



Dr. Günther Denzler:

Modernisiertes Rechnungswesen

Als erster Landkreis in Oberfranken stellt Bamberg seit Beginn des Jahres von Kameratechnik auf Doppik um - sehr zur Freude des Landrats.

Seite 6



Gabriele Bauer:

Kinderbetreuung für Gesunde und Behinderte

Rosenheims Oberbürgermeisterin unterstützt eine Initiative zur Frühförderung von Kindern mit cerebraler Behinderung in Niederpöcking.

Seite 16



Thomas Karmasin:

Überarbeiteter Internetauftritt

Das Landratsamt Fürstentum stellt der Öffentlichkeit ein erweitertes, fortlaufend aktualisiertes Informationsangebot zur Verfügung.

Seite 12

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 7. April 2005

56. Jahrgang / Nummer 7

Lesungen zum Jahrestag der Bücherverbrennung:

Verbrannt ist nicht vergessen!

Ein deutliches Zeichen setzen gegen das erneute Aufkommen tiefbraunen Gedankenguts in Deutschland wollen der Interessenverband Deutscher Schauspieler und das Paul-Klinger-Künstlersozialwerk e.V., „Künstler helfen Künstlern“ mit Lesungen aus den Werken der Autoren, die in der Nazizeit verboten und verbrannt wurden. Die Präsidenten der Verbände, Wolfgang Klein und Gerhard Schmitt-Thiel, haben dazu aufgerufen, am 10. Mai 2005, dem Jahrestag der Bücherverbrennung, in ganz Deutschland Texte aus den damals verbrannten Werken vorzulesen.

Klein und Schmitt-Thiel verstehen sich nur als Initiatoren; die individuelle Organisation liegt ganz ausschließlich beim jeweiligen Veranstalter. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt: Ob Vormittags in Schulen und Hochschulen, oder am Abend in Theatern, Opernhäusern, Kinos jeweils vor den Aufführungen, auf öffentlichen Plätzen, vor oder in Rathäusern, in Bibliotheken, Museen, Buchhandlungen ...

„Die Zeit drängt sehr, aber das darf kein Hinderungsgrund sein. Auch die Organisatoren der Lichterkette hatten seinerzeit nur sechs Wochen Vorlauf - und welcher Erfolg war ihr beschieden!“ schreiben die Präsidenten in ihrem Aufruf. Im Internet werden unter www.buecherlesung.de alle Unterstützer, Vorleser und Veranstaltungen veröffentlicht - soweit sie gemeldet werden.

In den wenigen Tagen seit Beginn der Aktion haben u.a. folgende Personen bzw. Institutionen positiv reagiert: Die Minister Erwin Huber und Thomas Goppel, OB Christian Ude, Landesbischof Johannes Friedrich, Dirk Ippen, Verleger Münchner Merkur und TZ, die Chefredakteure der Zeit und des Reinischen Merkurs, Giovanni de Lorenzo und Michael Rutz, Ernst Fischer, SZ; Thomas Gruber, ARD-Vorsitzender und Intendant des BR; Johannes B. Kerner, ZDF; Barbara Dickmann, Mona Lisa; Anne von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung; Ruth Dorlhagen, Weiße Rose Stiftung u. v. a. Weitere Informationen unter www.buecherlesung.de und www.buecherverbrennung.de.

Feinstaubbelastung in den Städten:

Resolution der Oberbürgermeister

Mit großer Sorge für ihre Bürgerinnen und Bürger sehen die Oberbürgermeisterin und die Oberbürgermeister der Städte Augsburg, Bayreuth, Hof, Ingolstadt, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg dass die von der Europäischen Union für die Feinstaubbelastung vorgeschriebenen Grenzwerte zum Teil bereits überschritten sind bzw. in Kürze überschritten sein werden.

Dr. Pia Beckmann, Dieter Döhla, Dr. Alfred Lehmann, Dr. Dieter Mronz, Dr. Ulrich Maly, Hans Rampf, Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger sowie sein Stellvertreter Christian Ude, und Dr. Paul Wengert mahnen in einer gemeinsamen Resolution eine realitätsbezogene und sachliche Diskussion über die Ursachen des Problems und seine Lösungsmöglichkeiten an.

Die Feinstaubbelastung hat

nach Auffassung der Repräsentanten der großen bayerischen Städte vielfältige Ursachen, die nur mit einem Maßnahmenbündel von Bund und Ländern bekämpft werden könnten. Städtische Maßnahmen zur Umleitung oder Beschränkung des örtlichen Straßenverkehrs seien nur additive Aktionen.

Maßnahmenbündel

Selbst hierfür fehlten den (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayerischer Städtetag Oberbayern:

Parforceritt und Blockadehaltung

Hartz IV, Büchergeld und Lufthygiene Schwerpunkte bei Bezirksversammlung in Freilassing

Bei der Bezirksversammlung Oberbayern des Bayerischen Städtetags in Freilassing machte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, deutlich, dass die Vorwürfe von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, wonach die Kommunen massenweise arbeitsunfähige Sozialhilfeempfänger zu Unrecht als arbeitsfähig deklarieren und damit ins Arbeitslosengeld II drängen, haltlos seien. Es habe keinerlei Grund bestanden, mit derart massiven Vorwürfen an die Öffentlichkeit zu gehen. Im Übrigen handle es sich dabei um ein „Ablenkungsmanöver im großen Stil“, so Schaidinger.

Der Hintergrund für Clements Parforceritt dürfte laut Schaidinger sein, dass bereits im Vorfeld der Arbeitsmarktreform vom Bund die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II zu niedrig angesetzt wurde, um den Bundeshaushalt auf dem Papier zu schönen. Vor allem sei zu vermuten, dass Clement mit seiner Diffamierung der Kommunen das Feld dafür bereiten will, die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Unternehmungskosten für Langzeitarbeitslose massiv zurückzuführen.

Revisionsklausel

Dem Vernehmen nach plane die Bundesregierung, den Kommunen 2,7 Milliarden Euro weniger zur Verfügung zu stellen, als ursprünglich vorgesehen. Im Klartext: Sie sollen statt 3,2 Milliarden Euro nur maximal rund 500 Millionen Euro bekommen. Damit würde das angepeilte Ziel, den Kommunen im Rahmen der Gemeindefinanzreform ein Stück Luft zu verschaffen, absolut unterlaufen. Schaidinger zufolge werden die Städte dieses Spiel nicht mitmachen, sondern im Rahmen der Revisionsklausel auf der ursprünglichen Vereinbarung bestehen, dass die Kommunen unterm Strich 3,2 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen bekommen. Nach ersten Berechnungen zahlten die bayerischen Kommunen rund 200 Millionen Euro drauf, wenn der Bund seine Leistungen nicht erhöht.

Geradezu absurd sei es, das Milliardenloch im Bundeshaus-

halt im Zusammenhang mit Hartz IV darauf zurückzuführen, dass die Kommunen Koma-Patienten, Untersuchungshäftlinge und Junkies für arbeitsfähig erklärt hätten, fuhr der Städtetagschef fort: „Es mag Fälle gegeben haben, in denen Fehler passiert sind, weil alles dem Ziel untergeordnet war, die punktliche Auszahlung des Arbeitslosengeldes sicherzustellen. Diese wenigen Fälle, die sich nicht einmal im Promillebereich bewegen, können aber kaum dafür verantwortlich gemacht werden, dass der Bund im Januar statt 1,23 Milliarden Euro 1,83 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II ausgeben musste.“

Angaben der Betroffenen

Im Übrigen sei nicht jeder Suchtabhängige per se arbeitsunfähig und es könne bei Antragsstellung nicht immer abgesehen werden, wie lange jemand in Untersuchungshaft verbleiben muss. Zunächst einmal seien die Kommunen auf die Angaben der Betroffenen angewiesen gewesen, die diese zu ihrer Erwerbsfähigkeit gemacht hatten. Nicht nur der Bund, sondern auch der Freistaat versuche sich von den Kosten der Arbeitsmarktreform zu Lasten der Kommunen finanziell zu drücken. Statt seine Einsparungen beim Wohngeld in Höhe von ca. 170 Millionen Euro voll an die Kommunen weiterzugeben, wolle Finanzminister Kurt Faltlhauser 150 Millionen Euro abziehen, die er als (Fortsetzung auf Seite 2)



Vorfremde auf die internationale Konferenz „Visions of Football“ vom 27. bis 29. Juli 2005 in München (v. l.): Münchens Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert, Kultusministerin Monika Hohlmeier, Franz Beckenbauer, Präsident OK FIFA WM 2006, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Lennart Johansson, Chairman der Organisationskommission für die FIFA Fußball-Weltmeisterschaft (tm) und UEFA Präsident. Bild: obs/Conference Office 'Visions of Football'

Gipfeltreffen der Fußball-Fachwelt in München:

Visions of Football

Internationaler Fußball-Kongress vom 27. bis 29. Juli

JST. Um das gemeinsame Projekt „Visions of Football“ vorzustellen, hatten Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, Franz Beckenbauer, UEFA-Präsident Lennart Johansson, Bayerns Kultusministerin Monika Hohlmeier und Münchens Bürgermeisterin Gertraud Burkert in den Kuppelsaal der Münchner Staatskanzlei zur Pressekonferenz geladen.

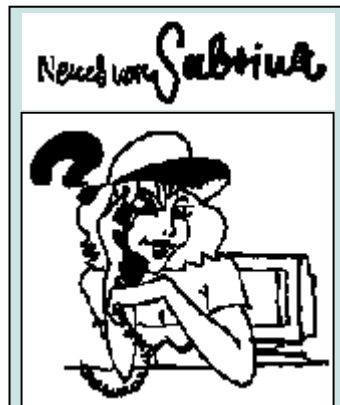
Ein Jahr vor dem Eröffnungsspiel sollen von der Konferenz „wichtige Impulse für die WM 2006“ ausgehen, erhofft sich Stoiber: „Fußball ist Volkssport Nummer eins, es ist nicht mehr die schönste Nebensache der Welt, sondern fast schon die schönste Hauptsache.“

Die Veranstalter erwarten rund 1000 Gäste aus Wirtschaft und Gesellschaft. Medienpartner von „Visions of Football“ sind der Sportsender DSF und der Münchner Burdakonzern. (Fortsetzung auf Seite 2)

Fußball-Praktiker und prominente Gäste

Das Thema Fußball soll in all seinen Facetten diskutiert werden. Für die Schwerpunkte „Fußball und Gesellschaft“, „Fußball und Medien“, „Fußball und Business“, „Fußball und Training“ sowie „Fußball und Medizin“ haben sich Fußball-Praktiker und prominente Gäste angemeldet. Eröffnet wird der Kongress mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Die völkerverbindende Funktion des Fußballs“ an der unter anderem Franz Beckenbauer und FIFA-Präsident Josef S. Blatter teilnehmen werden.

Außerdem werden Fußball-Größen wie Karl-Heinz Rummenigge vom 27. bis 29. Juli ebenso dabei sein wie die DFB-Präsidenten Dr. Theo Zwanziger und Gerhard Mayer-Vorfelder.



Vor einem Jahr war der Feinstaub noch Teil des Alltags, heute wird er bereits als heimtückischer Killer betrachtet. Zu Recht wundert sich der Bürgermeister über die Hysterie, mit der in Deutschland umweltspezifische Fragen behandelt werden. Doch hat auch die schwarzmalereihafteste Diskussion ihre fruchtbaren Folgen. Seite 15



Auf unserem Bild (v. l.): Erster Bürgermeister Günther Knoblauch, Mühldorf, Bezirksvorsitzender des Städtetags im Regierungsbezirk Oberbayern, Reiner Knäusel, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, OB Hans Schaidinger, Regensburg, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Erster Bürgermeister Josef Flatscher, Freilassing. Foto: Natter

Sie lesen in dieser Ausgabe

Kommunaler Finanzausgleich - noch verfassungsgerecht? .. 2	Seite
Bezirk Mittelfranken weist Kritik zurück .. 2	2
Kommunen profitieren vom Stromvertrag mit E.ON .. 2	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Bundesregierung in Konflikten mit der Verfassung .. 3	3
Ländliche Kommunen - ärmer, älter, bunter? .. 3	3
GZ-Fachthemen:	
EDV - Ausstattung für die Kommunalverwaltung .. 4 - 8	4 - 8
Umwelt - Abfall .. 8/10	8/10
Kommunalfahrzeuge .. 11	11
Aus den bayerischen Kommunen .. 12 - 16	12 - 16

Ist der kommunale Finanzausgleich noch verfassungsgerecht?

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Das gab es in der Nachkriegszeit noch nie: Zwei Bezirke, ca. 30 Landkreise und rund 150 Gemeinden in Bayern wollen eine Popularklage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof wegen der Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts durch den kommunalen Finanzausgleich erheben.

Ausgelöst wurde der Streit durch die hohen Bezirksumlagen. Dies verwundert nicht. Der Verband der bayerischen Bezirke wies schon seit zehn Jahren auf die Verfassungsproblematik hin. Der heutige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Hans-Jürgen Papier kam in einem Gutachten zu Rechtsfragen zur Finanzausstattung der Bezirke (BayVBL 94, 737 ff.) zu der Auffassung, „dass die gegenwärtige Finanzausstattung der bayerischen Bezirke nach Ausmaß und Modus nicht den Anforderungen der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes entspricht“.

Bayerns Garantstellung

Die Verfassungsklage wird tief in Grundsatzfragen der kommunalen Selbstverwaltung und der Garantstellung des Landes für alle drei kommunalen Ebenen führen. Es gilt hauptsächlich zu prüfen, ob die jetzige Finanzausstattung den Anforderungen unserer beiden Verfassungen entspricht. Die kommunale Selbstverwaltung ist - einschließlich der Selbstverwaltungsgarantie für die Bezirke - nach Art. 28 Abs. 2 GG institutionell gewährleistet; deren Wesensgehalt darf vom Staat nicht angetastet werden. Zum Kernbereich zählen auch die kommunale Finanzhoheit und die finanzielle Mindestausstattung. Der bayerische Verfassungsgerichtshof hat schon früher in seiner Rechtsprechung betont, dass sich für den

Staat aus der Gewährleistung der Selbstverwaltung nach der Verfassung die Verpflichtung ergibt, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten den innerstaatlichen Finanzausgleich so zu gestalten, dass die finanzielle Lebensfähigkeit der Gemeinden und der Gemeindeverbände erhalten bleibt.

Gegenseitige Rücksichtnahmen

Zweifelsohne kann die Finanzgarantie auch durch die Einräumung des Umlagenrechts erfolgen. Das hat aber seine Grenze dort, wo die beanspruchten Kommunen ihre übrigen Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Das eine Selbstverwaltungsrecht darf nicht das der anderen Ebenen auslöschen. Die heutigen Bezirksumlagen sind politisch und rechtlich an ihre Grenzen gestoßen. Im Rahmen der Gesamtverantwortung und des Gebots der gegenseitigen Rücksichtnahmen zwischen den kommunalen Ebenen wurden die Kommunen durch die vom Staat immer stärker auf sie verlagerten sozialhilferechtlichen Aufgaben an den Rand des Finanzabgrunds geführt. Selbst wenn dies durch die Bundesgesetzgebung erfolgte, bleibt dafür das Land Finanzgarant. Er ist es auch für die Landkreise und die Gemeinden. Eine unbegrenzte Erhöhung der Bezirksumlagen darf er nicht hinnehmen. Eine weit mehr als die Hälfte der eigenen Einnahmen aus der Kreisumlage erfassende Abführung an die Bezirke über die Bezirksumlage, wie heute fast durchwegs der Fall, tangiert gefährlich das Recht der Kreise auf eine eigene angemessene Finanzausstattung.

Nichtzuständigkeit des Mittelausgleichs für Bundesgesetze

Die Überweisung in den eigenen Wirkungskreis durch die Bundes- oder Landesgesetzgebung darf keinesfalls zu einer Umgehung der finanziellen Mittelzuteilung zur Aufgabenerfüllung nach Art. 83 BV sowie zum Ausschluss des Konnexitätsprinzips für bundesrechtliche Aufgabenveranlassung führen. Der Verweis unseres Landes auf Nichtzuständigkeit des Mittelausgleichs für Bundesgesetze macht wegen des Fehlens einer der bayerischen Regelung ent-

sprechenden Konnexitätsbestimmung im Grundgesetz den Freistaat Bayern nicht unzuständig, sondern verpflichtet ihn erst recht als Finanzgaranten für die Kommunen.

Verfassungsrechtlich geschützter Kernbereich des Selbstverwaltungsrechts

Der bayerische Verfassungsgerichtshof wird also zu mehreren kommunalverfassungsrechtlichen Grundsatzfragen Stellung beziehen müssen, die von der fehlenden Finanzausstattung der Bezirke für ihren sozialen Aufgabenbereich ausgelöst sind. Das geltende gesetzliche Regelungssystem, das die Finanzausstattung der Bezirke normiert, greift in den verfassungsrechtlich geschützten Kernbereich des Selbstverwaltungsrechts der Bezirke und aller anderen Kommunalebene ein.

Sinnvolle Symbiose

Der Verdacht auf Verfassungswidrigkeit ist spürbar. Schade, dass es einer Verfassungsklage überhaupt bedarf. Noch wäre, - allerdings höchste - Zeit, für Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich, der Aufgaben- und Finanzverantwortungen zu einer sinnvollen Symbiose führt, im Sinne der Belebung des Subsidiaritätsprinzips.

Gemeindetag widerspricht SZ-Bericht:

Kommunen profitieren vom Stromvertrag mit E.ON

„Wir haben für die bayerischen Kommunen das bestmögliche Ergebnis erzielt. Günstige und stabile Preise für die nächsten Jahre schaffen Kalkulationssicherheit für die kommunalen Haushalte. Verbilligungen beim Strompreis werden selbstverständlich an die Kommunen weitergegeben“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, aus Anlass eines Berichts in der Süddeutschen Zeitung vom Montag, wonach der Energieversorger E.ON den Kommunen ein „Preisdiktiert“ vorschreibe. „Die Behauptung, dass die Kommunen vier Jahre lang nicht in den Genuss möglicher Preisreduzierungen auf Druck eines erst einzusetzenden Regulierers kommen würden, ist schlicht falsch. Der von den kommunalen Spitzenverbänden mit E.ON abgeschlossene Rahmenvertrag sieht ausdrücklich eine Anpassungsklausel zu Gunsten der Kommunen vor. Sollte sich der Strompreis tatsächlich verbilligen, so wür-

den die Kommunen automatisch davon profitieren.“

Unter der Verhandlungsführung von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl haben die kommunalen Spitzenverbände in Bayern jüngst mit der E.ON Bayern AG eine Vereinbarung über den kommunalen Strombe-

(Fortsetzung von Seite 1) Ausgleich für ostdeutsche Kommunen aus seinem Umsatzsteueraufkommen zahlen muss. Dieser von den Ländern im Vermittlungsausschuss geschlossene Deal sei ohne Zustimmung der Kommunen getroffen worden. Schaidinger: „Wenn der Freistaat glaubt, zusätzliche Aufbauhilfe Ost leisten zu müssen, dann soll er das auf seine Kosten tun und nicht seine Kommunen zur Kasse bitten.“

Aus familienpolitischen Gründen „prinzipiell ablehnend“ steht der Bayerische Städtetag auch der

Diskussion um Bayerische Bezirke:

Mittelfranken weist Kritik zurück

Mit Nachdruck hat der Präsident des Bezirkstags Mittelfranken, Richard Bartsch, den seiner Meinung nach „nicht nachvollziehbaren“ Vorwurf der Bayerischen Staatsregierung zurückgewiesen, die dritte kommunale Ebene zeige nicht genügend Reform- und Sparwillen. In einem Brief an Staatskanzlei-Chef Erwin Huber schildert Bartsch, welche Sparmaßnahmen der Bezirkstag von Mittelfranken durchgeführt oder eingeleitet hat.

Zunächst, so der Präsident, seien im Oktober 2003 die Aufwandsentschädigungen der Bezirksräte erheblich reduziert worden. Zudem sei für alle Stellen in der Bezirksverwaltung und in den Einrichtungen des Bezirks für freierwerbende Stellen eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre veranlasst worden. Außerordentliche Vergünstigungen wurden gestrichen. Durch die Zusammenlegung von Referaten seien in der Bezirksverwaltung Referatsleiterstellen reduziert worden.

Auf Initiative der CSU-Bezirkstagsfraktion wurden darüber hinaus die von den Bezirkskrankenhäusern vorgelegten Wirtschaftspläne für das Haushaltsjahr 2004 nicht akzeptiert und eine Halbierung des prognostizierten Defizits gefordert. Zum 1. Januar 2005 wurden laut Bartsch alle Bezirkskrankenhäuser und Nebeneinrichtungen zu einem Kommunalunternehmen zusammengefasst. Gleichzeitig wurden eine Service-GmbH und eine gemeinnützige Mosaik-GmbH gegründet, um beispielsweise bei der Reinigung oder in der Cafeteria erhebliche Kosten einzusparen. An den Krankenpflegeschulen wurden komplette Ausbildungsjahrgänge gestrichen.

Für die landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf wurde eine Kommission eingesetzt, um Einsparpotenziale durch die Nutzung von Synergieeffekten zu ermitteln. Bei Baumaßnahmen in der Maschinenbauschule Ansbach wird, so der Präsident in seinem Schreiben, versucht, mittels PPP neue Wege zu gehen. Sämtliche Einrichtungen seien im Sachmittelbereich budge-

tiert worden, weitere Budgetierungen, auch im Personalkostenbereich, würden angestrebt. In mehreren Gesprächen mit den Vertretern der Seenzweckverbände und Innenminister Günther Beckstein seien Regelungen getroffen worden, um die finanzielle Belastung des Bezirks durch die genannten Verbände deutlich zu reduzieren.

Wie aus diesen aufgeführten Punkten zu ersehen, habe der Bezirk Mittelfranken „dank einer konsequenten Politik der CSU-Fraktion“ längst die richtigen Weichen gestellt. Problematisch sei jedoch der Sozialetat. Auch hier seien deutliche Einsparungen vorgenommen worden, in dem für die Eingliederungshilfe für Behinderte für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 jeweils eine Nullrunde beschlossen wurde. Durch diverse Modellprojekte seien Kosten eingespart worden. Dennoch seien hier erhebliche Steigerungen zu verzeichnen. Dies liege insbesondere an der Erhöhung der Fallzahlen. Bartsch: „Es wäre jedoch fatal, wenn man die Bezirke dafür verantwortlich machen würde, dass es in unserer Gesellschaft jährlich mehr pflegebedürftige Menschen und mehr Menschen mit Handicaps gibt. Der Bezirk Mittelfranken hat bei den meisten Hilfearten die niedrigsten Aufwendungen je Hilfeempfänger. Einsparmöglichkeiten könnten dann noch genutzt werden, wenn die Bayerische Staatsregierung bereit wäre, eine zusätzliche Zuständigkeit der Sozialhilfeträger für ambulante und stationäre Hilfen einzuführen.“

Es sei schon erstaunlich, schloss der Präsident, „dass aus der Bayerischen Staatsregierung heraus Einsparmöglichkeiten verhindert werden, um dann den Bezirken gleichzeitig mangelnden Sparwillen vorzuwerfen“. Solange es politisch nicht möglich sei, ein Bundesleistungsgesetz für Behinderte durchzusetzen und solange die Sozialleistungen dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich vorgeschrieben sind, werde kein Sozialhilfeträger in der Lage sein, den Kostenanstieg nennenswert einzudämmen. **DK**

zug abgeschlossen. Die Vereinbarung mit einer vierjährigen Laufzeit sieht vor, dass die derzeit gültigen Netto-Preise für die Jahre 2006 bis 2009 um weniger als 10 Prozent angehoben werden. Diese Preissteigerungen würden weit unter den prognostizierten Steigerungen. Zudem handelt es sich um eine Rahmenvereinbarung, der keine Kommune beitreten muss. Den in der Berichterstattung enthaltenen Vorwurf zu großer Nähe zu E.ON bezeichnete

Brandl als „schlichtweg abwegig“. Die kommunalen Spitzenverbände hätten nämlich auch andere Stromanbieter um Abgabe entsprechender Angebote er sucht. Ergebnis: Fehlanzeige. Auch haben einzelne Kommunen individuelle Ausschreibungen für Stromlieferungsverträge vorgenommen. Im Ergebnis war jeweils der hierfür erforderliche Verwaltungsaufwand ungleich höher als das zu realisierende Einsparpotential. Brandl: „Wir haben das Optimum erreicht.“

Parforceritt und ...

Einführung eines Büchergelds gegenüber. In Zeiten eines demographischen Wandels müsse bedacht werden, dass ein Büchergeld ausschließlich Familien mit Kindern treffe. Andererseits werde sich der Städtetag nicht quer legen, wenn der Landtag sich für die Einführung ausspreche.

Beschäftigungsprogramm für die Verwaltung

Der Städtetag befürchtet aber, dass mit der Einführung des Büchergelds ein erheblicher Verwaltungsaufwand und unter dem Strich Mehrkosten für die Kommunen verbunden sind. Schaidinger: „Die Abwicklung des Büchergeldes ist ein eklatantes Verwaltungsbeschäftigungsprogramm“. Während der Gesetzentwurf des Kultusministeriums für die Kommunen eine Einsparung von rund zwei Mio. Euro prognostiziert, wird es nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände tatsächlich zu Mehrbelastungen in mindestens dieser Höhe kommen. Die Städte werden eine volle Kostenerstattung durch den Freistaat einfordern. Schaidinger: „Wir pochen auf das Konnexitätsprinzip, d. h. wer anschafft, muss auch bezahlen.“

Wirkungsvolle Instrumentarien

Was das gerade hochaktuelle Thema „Schutz vor Feinstäuben“ anbelangt, forderte Schaidinger Bund und Land auf, end-

lich wirkungsvolle rechtliche Instrumentarien zum Schutz der Bürger zu schaffen.

Er stellte klar, dass der weitaus größte Teil der Feinstaubbelastung überregional verursacht und transportiert werde. Zugleich drängte der Städtetagsvorsitzende darauf, nicht nur die Symptome, sondern vor allen Dingen die Ursachen der Luftverschmutzung anzugehen. Er forderte den Bund auf, endlich dafür zu sorgen, dass alle neuen Dieselfahrzeuge mit Filtern ausgestattet werden und über steuerliche Anreize die Nachrüstung von Altfahrzeugen begünstigt wird.

Rechtliche Grundlagen

Statt Kritik an den Städten zu üben, sollte Umweltminister Jürgen Trittin nach Ansicht Schaidingers dafür Sorge tragen, dass den Kommunen die notwendigen rechtlichen Grundlagen an die Hand gegeben werden, innerstädtische Fahrverbote für Dieselfahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß aussprechen zu können. In Italien beispielsweise werde dies erfolgreich praktiziert. An die Länder, insbesondere auch an den bayerischen Finanzminister appellierte Schaidinger, die bisherige Blockadehaltung im Bundesrat aufzugeben und einer entsprechenden Änderung der Kraftfahrzeugsteuer zuzustimmen. Schließlich müsse die Gesundheit der Bürger mehr wert sein, als kurzfristige haushaltspolitische Überlegungen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Preißinger
95509 Marktchoragast
am 20.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Melitta Schön
90562 Heroldsberg
am 12.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Strasser
94530 Auerbach
am 11.4.

Bürgermeister Ernst Gebert
86643 Rennertshofen
am 12.4.

Bürgermeister Robert Hain
63763 Markt Hösbach
am 13.4.

Bürgermeister Albin Kaufmann
86666 Burgheim
am 17.4.

Bürgermeister Martin Heinz
87749 Hawangen
am 17.4.

Bürgermeister Karl Seitle
86668 Karlshuld
am 20.4.

Bürgermeister Max Schadenfroh
94428 Eichendorf
am 22.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schwegler
86573 Obergriesbach
am 11.4.

Oberbürgermeister
Ulrich Netzer
87435 Kempten
am 11.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Rogg
86860 Jengen
am 23.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Konrad
89340 Leipheim
am 13.4.

Visions of ...

Fortsetzung von Seite 1

„Die Welt schaut auf München“

„Die Fach- und Fußballwelt wird im Juli nach München schauen“, freuen sich Münchens Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert und Franz Beckenbauer. Die Konferenz wird im zukünftigen Pressezentrum der WM und dem neu eröffneten FIFA WM-Stadion München stattfinden. Die Bayerische Landeshauptstadt will sich mit dem Kongress als „perfekt vorbereitete WM - Gastgeberin“ präsentieren, als „Hochburg des Fußballs“ und „weltoffene Kulturstadt“. Denn, die Fußballweltmeisterschaft 2006 wird in München angepfiffen.

Weitere Informationen und Anmeldung zum Kongress: www.visions-of-football.com.

Leserbrief an die GZ

Verwaltungsvereinfachung für Millionen Bausparer.....

Aus über 40-jähriger Tätigkeit im Bereich der kommunalen Ebenen weiß ich, dass es Jahre dauert eingefahrene Strukturen zu verändern, auch in Bayern.

Bei der kürzlichen Podiumsdiskussion der HSS-Stiftung in München mit dem Reform-Minister Huber unterbreitete ich den Vorschlag Unterschriftsbelegungen für Grundbuchzwecke zu vereinfachen. Bei Freigabe von Grundschulden etc. der Bausparkassen für Löschungen im Grundbuch könnte locker auf eine gebührenpflichtige und zeitaufwändige Beglaubigung vor dem Notar verzichtet werden.

Warum nicht vor dem meist

Hans Eichhorn
Asbach-Bäumenheim

7. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung:

Ländliche Kommunen - ärmer, älter, bunter?

Diskussion über Perspektiven der Integrierten Ländlichen Entwicklung

„Ärmer, älter, bunter - Zur Zukunft ländlicher Kommunen und zu den (neuen) Möglichkeiten der Integrierten Ländlichen Entwicklung“ lautete das Thema der 7. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung an der TU München. Gastgeber Prof. Dr. Holger Magel konnte hierzu über 230 Gäste aus nahezu ganz Deutschland und verschiedenen Nachbarländern willkommen heißen.

Magel appellierte an die „Notwendigkeit von Planung und planerischen Konzepten“. Planung bedeute bedachtes Angehen von Problemkomplexen unter Beachtung des Faktors Zeit. Sie sei die notwendige geistige Auseinandersetzung mit dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Geschehen, der anschließend die Umsetzung folgen soll.

Dr. Jürgen Busse, Geschäfts-

führendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, betonte, ein ganz wesentliches, in der Praxis aber immer noch unterschätztes Problem stelle die demografische Entwicklung insbesondere in den ländlichen Räumen dar. In Bayern ergebe sich daraus eine Vielzahl von Fragestellungen, die äußerst differenziert betrachtet werden müssten. Die Gemeinden könnten ihrerseits nur einen Beitrag

entwickeln können.“

Demographischer Wandel

Dass der demographische Wandel weit reichende Konsequenzen für die künftige Siedlungsentwicklung hat, darauf machte Prof. Dr. Paul Gans von der Universität Mannheim aufmerksam. Die Folgen für manche Aufgabenstellung seien in vielen ländlichen Kommunen schon heute stärker zu spüren als in Großstädten, „da beispielsweise die Schließung sozialer und kultureller Einrichtungen oder die Aufrechterhaltung der Netzinfrastruktur aufgrund rückläufiger und sich ändernder Nachfrage in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte schwieriger als in städtisch geprägten Räumen aufgefangen werden kann“, so Gans.

Kommunale Stadt-Land-Allianzen

Aus der Sicht kommunaler Stadt-Land-Allianzen beschäftigte sich Claudia Platzöder, Erste Bürgermeisterin der Stadt Neustadt a. d. Aisch, mit der Frage, ob die Integrierte Ländliche Entwicklung die Probleme ländlicher Gemeinden zu lösen in der Lage ist. Die „Kommunale Allianz NeuStadt und Land“, entstanden 2002 aus einem von gegenseitigen Eifersüchteleien geprägten Verhältnis zwischen der Kreisstadt und ihren Nachbargemeinden, arbeitet Platzöder zufolge heute daran, die jeweiligen Stärken der Partner gegenseitig zu nutzen und zu fördern sowie die erforderlichen Kräfte zu bündeln. Für die Zusammenarbeit von Nachbargemeinden prädestinierte Maßnahmen wie der Radwegbau, ein gemeinsamer Veranstaltungskalender, die Zusammenarbeit der Bauhöfe, Kläranlagen und der Feuerwehren sowie die Abstimmung beim Winterdienst seien bereits erfolgreich in Angriff genommen worden.

Bürokratische Hindernisse vermeiden

Die Integrierte Ländliche Lösung könne dann Probleme ländlicher Gemeinden beheben helfen, wenn keine bürokratischen Hindernisse aufgebaut werden, wenn nicht jeder Maßnahme ein unangemessen umfangreiches projektmanagementgesteuertes Verfahren vorausgehen hat und wenn vor allem auch die

zur Lösung liefern. Im Mittelpunkt müssten individuelle Lösungsansätze stehen, die die Besonderheiten der einzelnen Kommune ins Visier nehmen. Um diese Leitbilder erarbeiten zu können, sei eine intensive Einbeziehung der Bürger unumgänglich.

Instrumente nutzen

Ausgangspunkt für jede Überlegung sei eine offene und ehrliche Analyse der zu erwartenden Entwicklung, fuhr Busse fort. Gerade im Bereich der Infrastruktureinrichtungen werde nicht mehr quantitative und qualitative Verbesserung im Vordergrund stehen, sondern Umbau und tendenziell sogar Abbau von teilweise auch lieb gewordenen Leistungen. Neben einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit plädierte Busse schließlich auch dafür, die rechtlichen Vorgaben für die Gemeinden stärker instrumental zu verstehen: „Gerade im Bereich der Regionalentwicklung darf nicht der Staat Ziele vorformulieren, die die Gemeinde zu erfüllen hat, sondern die Gemeinde oder die gemeindlichen Verbände müssen aus sich heraus diese Ziele

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Am 19. und 20. Oktober 2005:

Gemeindetag und Kommunale in Nürnberg

Die diesjährige Verbandstagung des bayerischen Gemeindetags findet am 19. und 20. Oktober 2005 wieder gemeinsam mit der „Kommunale“ - Bayerns größte Fachmesse für Kommunalbedarf - statt. Angesichts der angespannten finanziellen Situation in den Kommunen sind neue, effiziente Lösungen und Konzepte gefragt, mit denen Ein-sparungen erzielt werden können. Wichtiger denn je ist derzeit für Vertreter von Städten und Gemeinden der Erfahrungsaustausch mit Kollegen. Die Kommunale ist das ideale Informations- und Dialogforum für Bürgermeister, Geschäftsstellenleiter, aber auch Stadt- und Gemeinderäte. Parallel zur Fachmesse organisiert der Bayerische Gemeindetag zusammen mit dem Verband kommunaler Unternehmen und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund ein umfangreiches und interessantes Kongressprogramm.“

Bayerisch-österreichische Strategietagung der Agrarminister:

Ländliche Räume stärken!

Landshut - Vitale ländliche Räume sind eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Lissabon-Strategie, wonach die EU zur wirtschaftsstärksten Region der Welt werden soll. Dies stellte Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller gemeinsam mit Ministern und Staatssekretären aus 15 europäischen Staaten in der sogenannten Landshuter Erklärung zum Abschluss der zweitägigen bayerisch-österreichischen Strategietagung „Bauern, Märkte, Leben - Visionen für Europa 2020“ fest.

Kernelement und Entwicklungsmotor des ländlichen Raumes bleibt danach die Land- und Ernährungswirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen. Als standorttreuester Wirtschaftsbereich bietet sie eine hohe Wertschöpfung mit großem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial.

Um diese entfalten zu können, müssen die Rahmenbedingungen der Ökonomie und Ökolo-

gie gleichermaßen Rechnung tragen und soziale Komponenten berücksichtigen. Notwendig sind dafür faire Wettbewerbsbedingungen in der EU und im weltweiten Handel sowie eine angemessene Honorierung für die Erhaltung der Kulturlandschaft sowie für die Lebensmittelsicherheit und -qualität. Die Landwirte müssen aber in die Lage versetzt werden, die sich bietenden vielfältigen Chancen wie im Sektor Nachwachsende Rohstoffe einschließlich der Bioenergie sowie im Dienstleistungsbereich noch besser für Wertschöpfung nutzen zu können. Die EU ist aufgefordert, dafür günstige rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Entscheidend für die Zukunft des ländlichen Raums ist zudem die Fortführung der ländlichen Entwicklung mit einem ausreichenden Finanzvolumen. „Unabhängig davon muss die lähmende Bürokratie spürbar abgebaut und den Betrieben wieder mehr Handlungsspielraum gegeben werden“, so Miller.

GZ Kolumne Luitpold Braun

Die bisherige Regelung aufgehoben.

Das Grundgesetz bestimmt in Artikel 64 Abs. 2, dass die Mitglieder der Bundesregierung den in Artikel 56 GG normierten Eid zu leisten haben. Dort heißt es, dass sie das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen müssen.

Man könnte also annehmen, dass Schröder und seine Minister ihr Wächteramt für das Grundgesetz ernst nehmen und alles vermeiden, was sie mit der deutschen Verfassung in Konflikt brächte. Weit gefehlt!

Bundesregierung in ständigen Konflikten mit der Verfassung

Die Bundesregierung hat im Gegenteil eine Reihe von Niederlagen vor dem Bundesverfassungsgericht in Kauf genommen, um ihre ideologisch geprägte Politik durchzusetzen. Dies begann Ende 2002 mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Zuwanderungsgesetz. Den meisten Lesern wird das würdelose Verhalten des Berliner Bürgermeisters Wowereit im Bundesrat im Frühjahr 2002 noch in Erinnerung sein.

Nach der Bundestagswahl hat Rot-Grün durch eine Veränderung der Berechnungsgrundlagen erreicht, dass sie im Vermittlungsausschuss die Mehrheit hatten. Auch dies war verfassungswidrig. Im Dezember 2004 wurde



die bisherige Regelung aufgehoben.

Der Versuch, Juniorprofessuren durch Bundesrecht einzuführen, war ebenfalls verfassungswidrig. Damit wurde in die Länderrechte unrechtmäßig eingegriffen.

In der Frage der Studiengebühren wurde auch versucht, in Länderrechte einzugreifen. Sie wurden bundesweit verboten. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch diesen Versuch, Bildungszentralismus durchzusetzen, gestoppt. Mit dem gleichen Urteil wurde die bundeseinheitliche Pflicht zur Einführung verfasster „Studierendenschaften“ aufgehoben.

Weitere Klagen gegen mutmaßliche Rechtsverstöße der Bundesregierung und der sie tragenden Mehrheit sind anhängig. So zum Beispiel die Klage gegen den Nachtragshaushalt 2004 und die Verfassungsklage gegen das neue Luftverkehrsgesetz.

Was soll man eigentlich von einer Regierung halten, die vom Verfassungsgericht wegen Verfassungsbrüchen in Serie ständig korrigiert wird und mit ihren Erlassen (siehe Visum-Affaire) wohl auch gegen EU-Recht verstoßen hat?

Die Ermittlung des Handlungsbedarfs für die übergeordnete Abstimmung und Zusammenarbeit wurde, so Mirbeth, von den Gemeinden selbst vorgenommen. Diese Arbeitsweise habe zu einer aktiveren inhaltlichen Beteiligung und Auseinandersetzung geführt. Als Möglichkeiten der Zusammenarbeit führte Mirbeth u.a. an:

den wachstumsstarken Umland-Gemeinden unumgänglich, ein Entwicklungs- und Ordnungskonzept zu erstellen. Die Gemeinden im Stadt-Umland-Bereich sollten weder „Schlafstädte“ werden, noch sich als „Baulandreserve“ des Oberzentrums fühlen.

Die Ermittlung des Handlungsbedarfs für die übergeordnete Abstimmung und Zusammenarbeit wurde, so Mirbeth, von den Gemeinden selbst vorgenommen. Diese Arbeitsweise habe zu einer aktiveren inhaltlichen Beteiligung und Auseinandersetzung geführt. Als Möglichkeiten der Zusammenarbeit führte Mirbeth u.a. an:

„Runder Tisch „Landwirtschaft und Siedlungsentwicklung“ zur Steuerung der Sied-

lungsentwicklung und Sicherung hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen im Gäuboden

- Wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten: Räumliche Schwerpunktsetzung der Gewerbeentwicklung; gezielte Stärkung einer eigengetragenen Wirtschaftsentwicklung
- Touristische Kooperationen zur Profilierung der Flusstäler; Schaffung von touristischen Angeboten in den Sequenzen Kultur und Gesundheit.

„Wichtig erscheint mir“, so der Landrat, „dass die erarbeiteten Leitlinien, Ziele und konkreten Maßnahmen nicht abstrakt bleiben dürfen, sondern gezielt umgesetzt werden.“ Die Direktion für Ländliche Entwicklung werde hierzu ein wichtiger Partner sein. **DK**

Umweltminister Dr. Werner Schnappauf bei oberfränkischer Bürgermeisterkonferenz:

Neuer Praxisratgeber zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene

In Bayern wurden im Rahmen der Kommunalen Agenda 21 mehrere hundert vorbildhafte Projekte zum Klimaschutz gestartet. Dieses Resümee zog Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf anlässlich der Regionalen Bürgermeisterkonferenz Oberfranken in Neunkirchen am Brand: „Eine umfassende Auswahl kreativer Projekte haben wir jetzt in einem Praxisratgeber zusammengestellt, der auch andere Kommunen zum Mitmachen anregen soll. Denn Klimaschutz funktioniert nur, wenn die Menschen in Städten und Gemeinden mit anpacken und neue Ideen entwickeln“.

Dies sei gelebte Umwelt- und Gesundheitsvorsorge. Als vorbildlich hob Schnappauf neben einer Vielzahl anderer Projekte die Energieversorgung kommunaler Gebäude durch ein Biomassekraftwerk in Sauerlach hervor. Gleiches gelte für das Modell der sogenannten Bürger-Solarstromanlagen, bei dem die Bürger in einigen Kommunen Anteile an Solarstromanlagen auf öffentlichen Dächern erwerben können. Schnappauf betonte auch, dass Bayern sich durch die aktuelle Windenergie-Studie der Deutschen Energieagentur (dena) bestätigt sehe: „Gerade im Binnenland gibt es andere, bessere und günstigere Möglichkeiten, viel für den Klimaschutz zu tun. Der großräumige Einsatz der Windenergie rechnet sich nur an windreichen Standorten“.

In Bayern wird bei den vielfältigen Agenda-Aktivitäten ein be-

sonderer Schwerpunkt beim kommunalen Klimaschutz gesetzt. „Durch die „best-practice“-Beispiele in Bayern bekommt das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auch auf kommunaler Ebene ein Gesicht“, so der Minister.

Best-practice-Beispiele

Insgesamt verfolgt die kommunale Agenda 21 einen ganzheitlichen Ansatz. Verstärkt soll Schnappauf zufolge neben der Umweltvorsorge auch die Gesundheitsvorsorge mit einbezogen werden: „Denn Vorsorgen ist besser und billiger als Heilen und Reparieren. Dies erfordert, Zusammenhänge insgesamt zu erkennen und zu berücksichtigen“. Hier sei die kommunale Agenda 21 ein wichtiges Modell, das Bürger, Kommunen und Unternehmen zusammen-

bringt. Dies gelte es auszubauen, um den Nachhaltigkeits- und Vorsorgegedanken durch weitere Projekte greifbar zu machen und mit Leben zu erfüllen. Schnappauf sagte zu, die Kommunen tatkräftig zu unterstützen, um dieses freiwillige Instrument zur Selbstverständlichkeit zu machen. So sollen Informationsangebote für die Kommunalparlamente, die Begleitung von Modellvorhaben, Leitfäden sowie die Unterstützung von Netzwerken der bürgeraktiven Kommunen die Tür für die Kommunale Agenda 21 weiter öffnen. Auch soll der „Eine-Welt-Gedanke“ stärker in den Agenda-prozess einfließen, um eine engere Kooperation bei Produkten aus regionaler Herkunft und Produkten aus fairem Handel zu erreichen.

Der Anteil der Agenda-Kommunen liegt in Bayern fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Europaweit wurde mehr als jeder zehnte Agenda-Prozess in Bayern gestartet.

Ratgeber für Kommunen im Internet: http://www.bayern.de/lfu/komma21/bausteine/index_bausteine.php; weitere Informationen: <http://www.agenda21.bayern.de>

Gut gerüstet ins Rentenalter

Die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden wird 65

Der 65. Geburtstag ist für viele ein ganz besonderer Tag, endet doch damit in aller Regel das aktive Berufsleben und beginnt der oft lang ersehnte Ruhestand - ein besonderer Grund zur Freude also! Nun ist auch die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden 65 Jahre alt geworden: Am 1. April 2005 vollendete sie ihr 65. Lebensjahr. Doch anders als im Leben ihrer Versicherten ist an Ruhestand nicht zu denken, denn als Trägerin der betrieblichen Altersversorgung für mehr als eine Million Versicherte aus dem öffentlichen und kirchlichen Dienst zählt die Zusatzversorgungskasse monatlich mehr als 55 Millionen Euro an ihre Rentner aus - und trägt so maßgeblich dazu bei, dass der Eintritt in den Ruhestand für ihre Versicherten auch tatsächlich ein Grund zur Freude bleiben kann.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1940 hat sich die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zur größten kommunalen Zusatzversorgungskasse und - nach der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) - zur zweitgrößten in ganz Deutschland entwickelt.

Sicherheit durch Größe

Zuständig für öffentliche und kirchliche Arbeitgeber in Bayern und in einem Teil von Rheinland-Pfalz betreut die Zusatzversorgungskasse heute ca. 5.300 Arbeitgeber aus dem kommunalen und kirchlichen Bereich als Mitglieder sowie mehr als 181.000 Rentner, 600.000 aktiv Versicherte und ca. 400.000 beitragsfrei Versicherte, deren Versicherungsverhältnis zur Zeit ruht. Mit der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeitnehmer der kommunalen und kirchlichen Arbeitgeber leistet die Zusatzversorgungskasse seit Jahrzehnten einen wertvollen Beitrag zu deren finanzieller Altersabsicherung.

Sicherheit im Wandel der Zeit

Auch wenn es paradox klingt: Versorgung im Alter ist ein immer junges Thema! So haben sich in all den Jahren ihres Bestehens die rechtlichen Grundlagen und die Bedingungen für die Zusatzversorgung immer wieder erheblich verändert. War zu Beginn eine bloße Ergänzung der gesetzlichen Rente bezweckt, so wandelte sich die Zusatzversorgung im Laufe der Jahrzehnte und insbesondere ab dem Jahr 1967 zu einem Gesamtversorgungssystem, in dem die gesetzliche Rente durch die Leistungen der Zusatzversorgung bis zu einer beamtenähnlichen Versorgung aufgestockt wurde. Zeitweilig mussten sich auch die Versicherten mit eigenen Beiträgen an der Finanzierung der Zusatzversorgung beteiligen.

Vor ihre bislang größte Herausforderung wurde die Zusatz-

versorgungskasse jedoch im Jahr 2002 gestellt: Durch Tarifvertrag wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein kapitalgedecktes System ersetzt.

Kapitalgedecktes System

Infolgedessen mussten unter anderem für mehr als 550.000 Versicherte die im bisherigen System erworbenen Anwartschaften zum Stand 1. Januar 2002 errechnet werden. Dies und viele andere Vollzugsarbeiten mehr erforderte für annähernd zwei Jahre einen erheblichen Mehrarbeitsaufwand inklusive einer völligen Umstrukturierung der EDV. Doch letztendlich gelang auch dies und mittlerweile hat jeder Versicherte eine Mitteilung über seine bis zum 1. Januar 2002 erworbenen Anwartschaften erhalten.

Seit der Systemumstellung stellt die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden ihre Finanzierung von einem Umlageverfahren in ein kapitalgedecktes Verfahren um. Nunmehr werden die Beiträge der Arbeitgeber von der Kasse angespart und verzinslich angelegt. Dies macht die Altersversorgung weitestgehend unabhängig von demographischen Entwicklungen und auch insofern noch ein Stück weit sicherer.

Mehr Sicherheit durch PlusPunktRente

Infolge der demographischen Entwicklungen und dem künftigen Absinken der gesetzlichen Rente ist eine betriebliche Altersversorgung wie die der Zusatzversorgungskasse in Zukunft ganz besonders wichtig, um die Versorgung im Alter sicher zu stellen. Dennoch wird sich das Absinken der gesetzlichen Rente in den nächsten Jahren vielfach nicht mehr alleine durch eine Betriebsrente auffangen lassen.

Deshalb bietet die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden ihren Versicherten seit dem Jahr 2002 auch die

Möglichkeit der weiteren Altersvorsorge durch eigene Beiträge im Rahmen einer freiwilligen Versicherung - der so genannten PlusPunktRente - an.

Freiwillige Zusatzversorgung

Hier kommen die Versicherten im Rahmen einer Entgeltumwandlung oder im Rahmen einer so genannten Riester-Rente in den Genuss staatlicher Fördermaßnahmen. Für viele Versicherte ist die PlusPunktRente „die cleverere Alternative“, um mit einem relativ geringen eigenen Aufwand und einer starken staatlichen Förderung eine gute Altersversorgung zu erlangen. „Sorglos im Alter“ - das wünscht die Zusatzversorgungskasse ihren Versicherten.

Auch wenn sich bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden alles ums Älterwerden dreht, so ist die Kasse in all den Jahren doch keineswegs „alt“ geworden. Vielmehr zeigt sie immer wieder durch die erfolgreiche Bewältigung neu übernommener Aufgaben ein stets junges, unternehmensfreudiges Gesicht.

Heute ist die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden zusammen mit der geschäftsführenden Bayerischen Versorgungskammer moderner Dienstleister und Partner der

Vereinfachung kommunaler Aufgaben:

Vernetzung von Geodaten

Schweitenkirchen nutzt GeoService-Portal von E.ON

Die Gemeinde Schweitenkirchen und der Wasserzweckverband Geroldshausener Gruppe nutzen das von der E.ON Bayern AG entwickelte GeoService-Portal. Das innovative System vernetzt die Geobasisdaten von Vermessungsverwaltung, Bezirksregierung und Ministerien mit den lokalen Geodaten und der vorhandenen Verwaltungssoftware übers Internet.

Die bereits vorhandenen Informationen über die kommunale Infrastruktur wie Bauleitplanung, Raumordnung, Verkehrswege, Biotop, Entsorgungsleitungen usw. stehen damit auf Knopfdruck für Auskünfte und qualifizierte Entscheidungen in der gesamten Verwaltung zur Verfügung.

Kosten reduzieren

Die Gemeinde Schweitenkirchen nutzt diesen einfachen Zugang zu vernetzten Geodaten, um besonders in Zeiten knapper Kassen die Kosten für eine eigene Datenerfassung zu reduzieren

Mitglieder und Versicherten für Fragen der Altersvorsorge. Insbesondere an Beratungstagen im Hause der Arbeitgeber informiert und berät die Zusatzversorgungskasse die versicherten Beschäftigten in allen Fragen zur betrieblichen Altersversorgung und zur freiwilligen Versicherung im Rahmen der „PlusPunkt Rente“.

IPE-Award 2004

Dass die Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten bei der Zusatzversorgungskasse bzw. bei der Bayerischen Versorgungskammer mehr als gut aufgehoben sind, zeigt die Auszeichnung mit dem „IPE-Award 2004“: In der durch die internationale Fachzeitschrift „Investment&Pensions Europe (IPE)“ ausgerichteten Preisverleihung konnte sich die Bayerische Versorgungskammer gegen namhafte Konkurrenz aus ganz Deutschland durchsetzen und erhielt von einer Jury bestehend aus 70 unabhängigen Investment- und Pensionsspezialisten für ihre hervorragenden Leistungen im Kapitalanlagemanagement die Auszeichnung als „Best Pension Fund Germany 2004“!

So steht die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden nun im Alter von 65 Jahren so da, wie es sich wohl ihre Versicherten wünschen, wenn sie in diesem Alter in Rente gehen: Gesund, unternehmensfreudig und gut gerüstet für die kommenden Jahrzehnte!

Walter Dietsch

Im Nachgang zur CeBIT:

Nur noch für Fachpersonal?

Fachbegriffe erschweren potenziellen Anwendern zusehends den Umgang EDV-Technologien

Von Klaus Jamin

Die diesjährige Computermesse in Hannover hat es wieder einmal gezeigt. Fachleute unterhalten sich mit ihrem Fachchinesisch, interessierte Anwender kennen die Fachbegriffe noch, haben sie vielleicht sogar in der Zeitung gelesen aber sie können sie nicht mehr in ihrer Bedeutung interpretieren.

Das ist schade denn ein Ziel der CeBIT ist es, interessierten Anwendern die Informationen zu bieten, die sie brauchen, um sich die beste Computerausstattung zu beschaffen und ihren Wissensstand zu erweitern. Ich machte den Test ließ mich beraten.

Erstes Beispiel bei einem renommierten Computerhersteller: Angeboten wurden laut Hinweistafel Handhelds Options wie USB Host Cable, Car Air Carger und ein Screen Protector. Auf die Frage ob man an diesen Apparat einen USB 2.0 Flash Stock anschließen kann erntete ich nur müdes Lächeln. Statt sich weiter um einen „älteren Herrn“ zu kümmern, erhielt ein jugendlicher Kunde - wohl ein Schüler - den Vorzug. Der fragte dann sofort ob der Flash-Speicher gross genug sei, ob WMA-Dateien abgespielt werden könnten und ob ein Equalizer enthalten sei. Als er das LC-Display und die Pixel erwähnte, habe ich mich leise verzogen.

Als Nächstes kümmerte ich mich um die Sicherheit meines älteren Computers. Ich ließ mir das Sicherheitscenter einer bekannten Software erklären und stellte fest, dass ich sträflich leichtsinnig bin, indem ich keinen Firewall verwende. Außerdem hatte ich übersehen einen „Spam-Killer“ zu installieren. Hätte ich wirklich wissen müssen, dass der Begriff Frühstücksfleisch in Dosen (Spam) heute für unerwünschte Werbe Mail benutzt wird? Aber ich habe mich überreden lassen, die Software sofort zu bestellen, denn man weiß ja nie, von welchen Viren man befallen werden kann, und es gibt sogar trojanische Pferde, die den Computer überlisten (habe ich da etwas falsch verstanden?).

Auf dem Weg zur betriebswirtschaftlichen Anwendung informierte ich mich so nebenbei über High Performance Kommunikation mithilfe von blauen Zähnen (bluetooth) oder sollte man lieber Zinken sagen? Das Lexikon, das ich dabei hatte, gab leider nicht genügend her. Auf jeden Fall scheint dieser Stecker hoch-

interessant zu sein, ich könnte damit - würde ich ihn einsetzen - Daten zwischen meinen veralteten PCs drahtlos austauschen, allerdings bräuchte ich dazu neben diesen kleinen blauen Steckern natürlich noch die entsprechende passende Software. Das habe ich dann doch lieber nicht gemacht, weil ich nicht genau weiß, ob mein Computer drahtlos kommunizieren möchte.

Endlich war ich dort, wo ich mich auskannte. Bei den Finanzen. Das Finanzplanungsprogramm - so versicherte man mir - nutzt die bekannte „OLAP-Technologie der MIS AG und verwendet Microsoft Excel als Frontend. Eine gewohnte Bedienumgebung verbindet sich mit hoher Leistungsfähigkeit ... Kunden ... können Abschlussdaten aus dem Bilanzanalyzesystem EBIL als Planungsbasis und Branchenvergleichswerte zur Qualifizierung der eigenen Planungsergebnisse bereitgestellt werden“.

Ich hatte mich vorher für dieses Gespräch kundig gemacht und wusste, dass OLAP nichts anderes heißt als Online Analytical Processing. Das ist eine Software die eine Analyse von Daten ermöglicht, die in einer Datenbank gespeichert sind. Vor allen Dingen multidimensionale Daten können dabei bearbeitet werden. Wichtig ist aus der technischen Sicht der OLAP Server, der den Client mit dem Database Management System verbindet.

Eigentlich hatte mir das schon gereicht. Jetzt war ich informiert, im nächsten Jahr jedoch schicke ich meinen neuen Mitarbeiter, der frisch von der Fachhochschule kommt und sicher alle diese Begriffe während seines Studiums kennen gelernt hat.

Auf der Rückfahrt setzte ich mich in die DB Lounge im Service Center, dachte über Kommunikationsmöglichkeiten und Sprachbarrieren nach, träumte von Wellness und telefonierte mit dem Handy mit meinen Kids.

Bei Fragen zu den benutzten Begriffen fragen Sie bitte nicht den Autor!

CSU-Homepage wurde Testsieger

Als „großes Kompliment und tollen Qualitätsbeweis“ wertet CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder das Ergebnis der Vergleichsstudie einer Kölner PR-Agentur und der Universität Münster. Darin wurden die Homepages der fünf großen Parteien CDU, CSU, SPD, Grünen und FDP bewertet. Die Seite der CSU hat dabei als eindeutiger Testsieger abgeschnitten.

Söder: „Das Ergebnis zeigt den hohen Stellenwert des Internets für die CSU. Die CSU will politischer Service-Anbieter Nummer Eins im Netz sein. Jedes Mitglied, aber auch jeder politisch Interessierte soll auf der CSU-Homepage die Informationen finden, die er sucht.“

Den Gesamteindruck der Seite www.csu.de werteten die Tester als „herausragend gut“. Geprüft wurden Kriterien wie Benutzerfreundlichkeit, Gestaltung, Kontaktmöglichkeiten und Textqualität. Neben der professionellen Gestaltung sei bei der CSU vor allem das Informationsangebot positiv aufgefallen. Auch die Orientierung falle den Benutzern auf der CSU-Seite leichter als anderswo, so das Urteil der Internet-Experten. Hintergrund der

Studie der Agentur Ofischer und dem Institut für Kommunikationswissenschaft der WWU Münster war die inzwischen zehnjährige Präsenz der großen Parteien im Internet.

Die Benutzerfreundlichkeit der CSU-Homepage soll weiter verbessert werden. Söder: „Die CSU wird ihren Internet-Service noch stärker ausbauen.“ So werde derzeit eine Online-Umfrage ausgewertet, an der sich in den letzten Wochen mehrere tausend Nutzer beteiligt und ihre Wünsche über weitere thematische Schwerpunkte der Seite geäußert haben. Zudem könnten die Bürger aktuell auf www.csu.de Anregungen zur Streichung überflüssiger Vorschriften machen und sich aktiv in die Verwaltungsreform in Bayern einbringen.

Resolution der ...

(Fortsetzung von Seite 1) Städten jedoch die notwendigen rechtlichen Instrumente. Der Vorwurf, die Städte seien untätig gewesen, wird als falsch bezeichnet. Er vernachlässige ihre Aktivitäten in Sachen Verkehrsberuhigung, Attraktivität des ÖPNV und Luftreinhaltung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Fahrverbote keine Lösung

Die Städte sehen in Fahrverboten für bestimmte Straßen keine Lösung, weil Straßensperrungen den Verkehr nicht reduzieren, sondern den Verkehr nur behindern oder zu Lasten der Wohnquartiere verlagern. Eine „City-Maut“ ist ebenso wenig geeignet, weil sie die Luftverhältnisse nicht flächendeckend verbessern kann und dem innerstädtischen Einzelhandel schadet. Die Oberbürgermeister fordern daher den Bund, die Länder und die Automobilindustrie zum raschen Handeln auf.

1. Der Bund muss umgehen, politisch umsteuern, um die

Attraktivität des Siedelns und Pendelns im Umland der Städte zu beseitigen, so den Autoverkehr verringern und den Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr fördern,

2. Die Ausattung und Nachrüstung von Diesel-Fahrzeugen (Pkw und Lkw) mit moderner Rußfiltertechnik gesetzlich vorschreiben bzw. steuerlich begünstigen,

3. eine Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass die Städte in bestimmten Stadtgebieten flächendeckende Fahrverbote mit der Ausnahme besonders gekennzeichnete schadstoffarmer Fahrzeuge erlassen können. Hierzu ist nach dem Vorbild der früheren Smog-Verordnung eine Luftreinhalte-Verordnung erforderlich, die Fahrverbote und eine bundesweite Plaketten-Kennzeichnung für bestimmte schadstoffklassifizierte Kraftfahrzeuge ermöglicht.

4. Die Länder müssen ihre ablehnende Haltung bei der steuerlichen Förderung der Ausstattung von Diesel-Neufahrzeugen

mit Rußfiltern und der Nachrüstung der Altflotte von Dieselfahrzeugen aufgeben und einer entsprechenden Änderung der Kraftfahrzeugsteuer zustimmen.

3. Der Freistaat Bayern muss umgehend in den von ihm aufzustellenden Luftreinhalteplänen den Städten die Möglichkeit geben, nach örtlicher Entscheidung Sperrungen für bestimmte Verkehrsarten (Lkw-Durchgangsverkehr) vornehmen oder Fahrverbote für bestimmte Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß erlassen zu können. Die Städte werden von dieser Ermächtigung verantwortungsbewusst und nur dann Gebrauch machen, wenn damit eine wirksame Reduzierung der Feinstaubbelastung im jeweiligen Bereich erreicht werden kann.

4. Die Deutsche Automobilindustrie wird aufgefordert, umgehend freiwillig dieselbetriebene Fahrzeuge serienmäßig mit Rußfiltern auszustatten und damit endlich nachzuholen, was bei französischen Automobilherstellern seit Jahren Praxis ist.

E-Mails unterwegs:

Das Büro in der Westentasche

Dutzende von unbeantworteten Mails im Posteingang. Immer noch eine Horrorvision all jener, die beruflich viel unterwegs sind. Aber eigentlich muss das gar nicht mehr sein. Denn dank der mobilen Kommunikation kann man sich heute seine elektronische Post dorthin schicken lassen, wo man sich gerade aufhält. Alle Netzbetreiber bieten heute Möglichkeiten für ein „mobiles Büro“ an. So kann man etwa seinen Laptop mit einer Datenkarte ausrüsten und jederzeit online gehen. Je nach Versorgungsgebiet stehen einem dafür unterschiedliche Übertragungsgeschwindigkeiten zur Verfügung: von GPRS über UMTS bis WLAN.

Wer keinen Computer mit sich herumschleppen möchte, kann es auch noch ein Stück bequemer haben und das Büro in die Westentasche stecken. Beispielsweise mit dem BlackBerry Handheld und dem E-Mail-Push-Service von T-Mobile. Der Kunde bekommt jede E-Mail automatisch zugestellt - auf Geschäftsreisen, beim Kundenbesuch oder den kleinen Fluchten zwischendurch.

Komfortable Ausstattung

BlackBerry-Besitzer lesen und beantworten ihre E-Mails fast so komfortabel wie am Rechner im Büro. Das mobile Gerät ist zwar von hosen-taschen-freundlichem Format, hat aber ein komfortables Display und eine Volltastatur. Sogar angehängte Dateien, zum Beispiel in den Formaten Microsoft Word, Excel, PowerPoint oder Adobe PDF, lassen sich auf dem BlackBerry abrufen und anzeigen.

Einfache Handhabung

Die Nutzung des E-Mail-Push-Services von T-Mobile ist einfach. Einzige Voraussetzung ist eine E-Mail-Adresse,

le erreichbar sein. Eine Filterfunktion kann festlegen, dass nur E-Mails von bestimmten Absendern unterwegs zugestellt werden. BlackBerry-Nutzer sparen nach eigenem Empfinden im Schnitt bis zu 40 Minuten Arbeitszeit pro Tag.

Mehrfachnutzung

Die Nutzung des BlackBerry von T-Mobile beschränkt sich nicht nur auf den Empfang und Versand von E-Mails und SMS. Das Gerät ist zugleich eine mobile Büro- und Organisationsstation: Mit dem Tri-bandgerät telefonieren T-Mobile-Kunden in vielen Regionen der Welt, auch in weiten Teilen der USA. Ein Internetbrowser ermöglicht den Zugriff beispielsweise auf die Informations- und Serviceangebote in t-zones, dem mobilen Infotainmentportal oder PDA-optimierten Webseiten (eine Linksammlung ist unter www.pda-surftipps.de zu finden). Integriert sind zusätzlich zahlreiche Organizerfunktionen, beispielsweise ein Adressbuch und ein Terminkalender.

Automatische Versendung

Für größere Unternehmen mit eigenem E-Mail-Server bietet BlackBerry noch mehr Vorteile: Die BlackBerry Solution - die professionelle E-Mail-Komplettlösung, bestehend aus Serversoftware, Push-Service und BlackBerry Handheld - schickt Firmen-E-Mails ganz automatisch auf das Endgerät.

Zudem werden Termineinträge automatisch und mobil mit dem Büro-PC synchronisiert. So wird kein wichtiger Termin mehr verpasst - auch wenn gerade einmal etwas Wichtigeres zu tun ist. Und fehlt unterwegs mal eine wichtige Telefonnummer oder E-Mail-Adresse: Mit der BlackBerry Solution kann diese direkt vom Firmenserver abgerufen werden.

Diverse Varianten

Der BlackBerry von T-Mobile ist in verschiedenen Varianten verfügbar: mit Monochrom-Display oder hochauflösendem Farbdisplay. Speziell für die BlackBerry Solution bietet T-Mobile ganz neu das BlackBerry Handheld 7730 Enterprise an, das über ein extra großes und helles, hintergrundbeleuchtetes Farbdisplay verfügt.

Standardisierte IT-Systeme:

Fundament für moderne Verwaltung

Mit Beginn des Jahres traten für alle bayerischen Staatsbehörden erstmals verbindliche IT-Standards und -Richtlinien in Kraft. Damit standardisiert der Freistaat laut Innenminister Günther Beckstein konsequent die IT-Systeme aller Staatsbehörden von der Bürosoftware über die IT-Sicherheit bis hin zur elektronischen Verwaltung von Dokumenten. Eine weitere Richtlinie zur professionellen Abwicklung sei bereits in Vorbereitung. So werde nicht nur ein solides Fundament für die moderne Verwaltung der Zukunft geschaffen, sondern würden auch die IT-Kosten durch Synergieeffekte gesenkt.



Präsentation der Urkunde: E.ON-Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Deml (li.) und Umweltminister Dr. Werner Schnappauf.

Verleihung des E.ON Bayern-Umweltpreises

Am 26. Juli dieses Jahres verleiht die in Regensburg ansässige E.ON Bayern AG erstmals den mit insgesamt 250.000 Euro dotierten E.ON Bayern-Umweltpreis. Der Preis richtet sich an Kommunen, kommunale Einrichtungen, Vereine, Kirchen und Bürgerinitiativen.

Bisher gingen rund 70 Bewerbungen ein. Beispiele für eingereichte Projekte sind der Bau von Naturbädern mit biologischer Selbstreinigung, Renaturierungsmaßnahmen, Energieeinsparung bei Gebäuderenovierungen oder das Schaffen neuer Lebensräume für die heimische Tierwelt. Bis 30. April 2005 können noch Projekte eingereicht werden.

Der Umweltpreis wird laut E.ON Bayern jährlich verliehen und soll der Einführung und Umsetzung innovativer energie- und umweltschonender Projekte dienen. Dabei gehe es um Reduktion des Primärenergieverbrauchs, Verminderung

von Schadstoffemissionen, den Schutz natürlicher Ressourcen und um ökologisch orientiertes Bauen. Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG: „Im Fokus stehen Projekte der Gegenwart und der Zukunft, die ohne Förderung nicht oder nur sehr schwer realisierbar sind.“

Das Preisgeld sei zweckgebunden für die jeweiligen Konzepte und Maßnahmen. Die Gesamtsumme von 250.000 Euro teile sich auf in einen Top-Preis von 50.000 Euro und zehn Preise von je 20.000 Euro. Bewerbungsunterlagen sind bei E.ON Bayern oder im Internet unter www.eon-bayern.com zu beziehen.

Online-Vergabe:

Kommunen forcieren eVergabe

Für wen rechnet sich die Anschaffung der neuen Technik?

Die eVergabe macht von sich reden: Vor allem für Auftraggeber der öffentlichen Hand lohnen sich die Investitionen in die dafür nötige Informationstechnologie, denn sie können erheblich an Arbeitskosten sparen. Kleine und mittelständische Bau- und Ausbaubetriebe geraten unter Zugzwang. Sie stehen jetzt vor der Entscheidung: elektronische Vergabe - ja oder nein? Für wen lohnt sich eVergabe wirklich?

Kosten- und Zeiteinsparungen sind die Hauptargumente: Ausschreiber stellen zunehmend auf die eVergabe um. Doch viele Bau- und Ausbaubetriebe können oder wollen sich die nötigen Investitionen (noch) nicht leisten. Auch gibt es vielerorts Bedenken wegen der Datensicherheit.

Dateisicherheit

So gab zum Beispiel ein zum Thema befragter Baugewerbler zu bedenken: „Bei der Online-Vergabe weiß man nie so genau, wann das jetzt geöffnet wird und wer Einsicht hat. Die Ergebnisse könnten schon vor dem Submissionstermin bekannt werden.“ Tatsache ist jedoch: Die Programmierung verhindert, dass Dateien vorher geöffnet werden. Bis zum Submissionstermin hat nur der Bewerber auf seine eingestellten Unterlagen Zugriff. Maschinelle Zeitstempel stellen sicher, dass die Ausschreiber die Unterlagen nicht vorher einsehen können. Auch die Datensicherheit bei der Übertragung ist gewährleistet: Verschlüsselung, digitale Signatur, Kennung und Passwort verhindern die Möglichkeit eines Datenmissbrauchs.

Genau kalkulieren

Ernsthafte Überlegungen sollten Bieter hingegen darüber anstellen, ob sich für den Betrieb in der derzeitigen Situation der Umstieg auf die eVergabe lohnt. Für Frank Schmidt, zuständig für Projektentwicklung von Aufzugsanlagen bei der Kone GmbH in München, würde sich beispielsweise der Wechsel derzeit nicht rentieren: „Das Ganze ist momentan ein einfaches Rechenexempel. Die Investitionen für Grundgebühr, Ausschreibungsdownloads, usw. würden sich bei uns erst ab circa 25 Ausschreibungen im Jahr amortisieren. Die Anzahl an für uns interessanten öffentlichen Ausschreibungen ist begrenzt, so dass wir momentan nur an ca. 15 Ausschreibungen im Jahr teilnehmen. Deshalb ist eVergabe für uns im Moment noch nicht wirtschaftlich. Wir werden uns aber in Zukunft nicht davor verschließen.“

Noch zu wenig Anbieter

Auch bei Max Schnitzenbaumer, Juniorchef der gleichnamigen

Die Staatsanzeiger Online Logistik GmbH (SOL) ist ein hundertprozentiges Internet-Tochterunternehmen des Verlages Bayerische Staatszeitung/Bayerischer Staatsanzeiger. Im Bayerischen Staatsanzeiger werden seit über 50 Jahren öffentliche Ausschreibungen bekanntgegeben.

Im Februar 2004 hat SOL nach erfolgreicher Prüfung als erster Anbieter einer elektronischen Plattform für Ausschreibungen nach VOB/ VOL/ VOF das Zertifikat der TÜV Informationstechnik GmbH (TÜViT) erhalten, das unter anderem die Nutzerfreundlichkeit und Rechtssicherheit des Systems dokumentiert. Seit Oktober bietet SOL auch die elektronische Submission mit digitaler Signatur an. ☞

gen GmbH, sprechen die Umstände derzeit eher gegen die Online-Vergabe: „In unserer Region sind noch zu wenige Anbieter online. Bisher sind es erst ein bis zwei Architekten und das wäre für uns dann noch zu teuer. Aber wenn es aus unserer Region mehr Online-Angebote gibt, werden wir auch umsteigen.“

Und Matthias Regner von der Projektbau Matthias Regner GmbH hält es für besser, erst einmal abzuwarten, wer sich am Markt etabliert. „Man will ja nicht bei einem Anbieter sein, der nach kurzer Zeit wieder vom Markt verschwindet.“

eVergabe setzt sich durch

Franz Payer ist Geschäftsführer des Verlages Bayerische Staatszeitung GmbH. Das Unternehmen bietet sowohl die eVergabe-Plattform Staatsanzeiger Online Logistik GmbH (SOL) als auch die herkömmliche Bekanntmachung im Bayerischen Staatsanzeiger an. Der Experte ist sicher: Die eVergabe wird sich in der nächsten Zeit durchsetzen. „Wenn man über die entsprechende technische Ausstattung - also einen leistungsfähigen Computer und ISDN- oder DSL-Anschluss - verfügt und im Jahr an mehreren öffentlichen Ausschreibungen teilnimmt, sollte man auf jeden Fall so bald wie möglich einsteigen.“ Argumente für die eVergabe gäbe es genug, nur müsse man sich damit befassen: „Die meisten Betriebe sind so mit dem Tagesgeschäft beschäftigt, dass ihnen für strategische Planung kaum Zeit bleibt. Allerdings kann davon die Zukunft des Betriebes abhängen.“ Payer versteht zwar, dass sich der Wechsel zur eVergabe für manche auf den ersten Blick

scheinbar noch nicht rechnet. Fakt sei aber, dass der Trend hin zur elektronischen Submission unumkehrbar sei. „Und die Befürchtung, dass der gewählte Anbieter sich plötzlich wieder vom Markt verabschiedet, ist bei den inzwischen etablierten Vergabe-Plattformen unbegründet.“

Einsparung von Zeit und Kosten

Die Ernst Hähnlein BauGmbH hat schon vor einem Jahr die Investition gewagt: Nach einer Marktsondierung durch verschiedene Artikel und einen Vortrag der Bayerischen Bauakademie entschieden sie sich für die Online-Tochter des Bayerischen Staatsanzeigers, SOL. Ulrike Walz, zuständig für die LV-Einholung und -Bearbeitung, hat die Erfahrung gemacht, „...dass es auf jeden Fall eine Kosten- und Zeitersparnis ist. Sonst müsste wegen der Unterlagen immer jemand durch die Gegend geschickt werden. Da das jetzt nicht mehr nötig ist, ist die Kostenersparnis schon bemerkbar.“ Demgegenüber habe die Einarbeitung in das System lediglich wenige Minuten gedauert, erzählt sie. „Als ich das zum ersten Mal gemacht habe, habe ich mit jemandem von der Hotline gesprochen, der mir alles erklärt hat.“

Nicht mehr in der Zeitung blättern

Dass sich durch effiziente Online-Vergabe Kosten und Zeit einsparen lassen, hat sich inzwischen herumgesprochen. Selbst Unternehmer, die sich bislang nicht zu einem Wechsel entschließen konnten, erkennen dies an: „Bei der Online-Vergabe kann man seine Unterlagen um 7.50 Uhr fertig machen und sie sind trotzdem noch rechtzeitig um 8 Uhr bei der Submission“, meint zum Beispiel Matthias Regner. Und Frank Schmidt findet vor allem die Suchmaske praktikabel: „Das würde einem

die Suche schon erleichtern. Im Moment müssen unsere Office Service Damen noch den Staatsanzeiger durchblättern.“

EU, Bund und Land fördern die Umstellung

Sowohl die EU als auch die Bundesregierung fördern und unterstützen die sukzessive Umstellung von öffentlichen Vergabeverfahren auf eVergabe. In ihrem 7-Punkte-Programm gibt die Bundesregierung unter anderem den Beschluss bekannt, die Vergabeverfahren aller Bundesbehörden auf ein elektronisches Vergabesystem umzustellen. Auch der Freistaat Bayern fördert die Online-Vergabe. Im Rahmen des eGovernment-Konzeptes der Bayerischen Staatsregierung sollen im Laufe der nächsten Jahre möglichst viele sich dafür anbietende Verwaltungsvorgänge online verfügbar gemacht werden. In seiner Regierungserklärung vom 6. November 2003 hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber seine Ziele bis 2008 genannt. Wir wollen „sparen, reformieren und investieren“.

Weitere Informationen:

Staatsanzeiger Online Logistik GmbH Manfred Jahr Pragerstr. 1, 82008 Unterhaching Tel: 089 693907-0, Fax: 089 693907-55 E-Mail: vertrieb@staatsanzeiger-online.de http://www.baysol.de

Kone GmbH Frank Schmidt Bodenseestr. 288, 81243 München Tel: 089 87186-34, Fax: 089 87186-20 E-mail: frank.schmidt@kone.com; http://www.kone.com

Projektbau Matthias Regner GmbH Dr.-Georg-Schäfer-Str. 2, 93437 Furth im Wald Tel: 09973 8408-0 E-mail: regnermatthias@web.de

Max Schnitzenbaumer GmbH & Co. KG Seidinger Str. 19, 83629 Weyarn Tel:08020 9084-0, Fax: 08020 9084-20 E-mail: info@maxschnitzenbaumer.de http://www.maxschnitzenbaumer.de

Ernst Hähnlein Bau-GmbH Daimlerstr. 3, 91555 Feuchtwangen Tel: 09852 903-0, Fax: 09852 903-36 E-mail: ehf@ehf-bau.de http://www.ehf-bau.de ☞

Staatssekretär Georg Schmid:

Standesämter leisten hervorragende Arbeit

Einführung eines ePersonenstandsregisters noch offen

„Die bayerischen Standesämter leisten seit langem hervorragende Arbeit. Auch die Qualität der bisher in Schriftform geführten Personenstandsregister steht außer Frage. Ob und in wie weit künftig auf eine elektronische Führung der Personenstandsregister umgestellt wird, prüft derzeit der Bundesgesetzgeber. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist aber noch nicht im Deutschen Bundestag eingebracht, so dass derzeit offen ist, ob und wie bundesrechtliche Änderungen im Personenstandswesen Auswirkungen auf die Organisation und die Arbeit der Standesämter in Bayern haben werden“, erwiderte Bayerns Innenstaatssekretär Georg Schmid auf geäußerte Befürchtungen des Bayerischen Gemeindetags zur Zukunft der Standesämter.

Schmid erläuterte, dass auf Bundesebene derzeit an Vorschlägen für eine Änderung des Bundespersonenstandsgesetzes gearbeitet werde. Angedacht sei die Einführung eines elektronischen Personenstandsregisters und die Möglichkeit diese ggf. auch zentral einzurichten. „Um bayerische Interessen in das Gesetzgebungsverfahren fundiert einbringen zu können, prüfen wir - auch unter Einbindung des Bayerischen Städte- und Gemeindetags - derzeit Vor- und Nachteile solcher Lösungen. Denn klar ist, dass Änderungen beim Bundespersonenstandsgesetz für die bayerischen Bürger-

rinnen und Bürger Vorteile und keine Nachteile haben sollen.“

Zu den Möglichkeiten eines zentralen elektronischen Registers wurde im Staatsministerium des Innern eine Vorstudie durchgeführt, die sich mit der Machbarkeit und den Rahmenbedingungen für den Aufbau eines zentralen elektronischen Personenstandsregisters sowie möglichen Alternativen und der damit zusammenhängenden Frage einer Umorganisation von Standesämtern befasst hat. An zwei Projektgruppensitzungen haben auch Vertreter des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Gemeindetags teilgenommen. ☞

Landkreis Bamberg modernisiert Rechnungswesen

Als erster Landkreis in ganz Oberfranken modernisiert der Landkreis Bamberg jetzt sein kommunales Rechnungswesen. Mit dabei sind die Verwaltungsgemeinde Stegaurach und sechs weitere Gemeinden. Seit Beginn des Jahres wird das alte Rechnungssystem (Kameralistik) auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) umgestellt.

Damit werden zum einen betriebswirtschaftliche Elemente wie Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling in den Kommunen eingeführt. Vor allem soll diese Umstellung aber für mehr Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten in Verwaltung und Politik sorgen.

Innovationsring

Damit ist der Landkreis Bamberg in ein bayernweites Projekt des Innovationsrings eingebunden. Der Innovationsring ist ein Zusammenschluss von 21 bayerischen Landkreisen, die es sich zum Ziel gemacht haben, das kommunale Rechnungswesen zu reformieren. Von diesen 21 Landkreisen werden 13 in den kommenden Monaten ihr Rechnungswesen modernisieren; dies wurde bei einem Treffen in Miltenberg beschlossen. Das Projekt „Doppik“ ist somit das bisher größte Projekt dieser Art für Landkreise in Deutschland.

Den Grundstein dafür legte ein Beschluss der Innenministerkonferenz der Bundesländer bereits im November 2003. In

den kommenden zwei Jahren sollen nun die Landkreise zusammen mit dem Bayer. Innenministerium und dem Bayer. Kommunalen Prüfungsverband eine Grundlagen für Vermögensbuchführung, Kontenpläne usw. erarbeiten.

Vorreiter sind eine Reihe von Landkreisen in anderen Bundesländern. So haben die hessischen Landkreise Darmstadt-Dieburg und Lahn-Dill-Kreis bereits 2001 ihr Rechnungswesen umgestellt.

In Bayern ist der Landkreis Bamberg einer der ersten, die das Projekt in die Tat umsetzen. Hier wurde bereits im Dezember 2004 mit einem Grundsatzbeschluss des Kreistages einstimmig die Weichen gestellt.

Als weiterer Landkreis in Bayern hat der Landkreis Ebersberg zum 1.1.2005 die Doppik eingeführt. Der Landkreis Mühldorf am Inn will zum 1.1.2006 folgen. Auf Kommunalebene haben bereits die oberbayerischen Gemeinden Hallbergmoos und Putzbrunn sowie die schwäbische Gemeinde Königsbrunn umgestellt. ☞

Kreisstadt Prenzlau in Brandenburg:

Ganzheitliches eGovernment

Dass eGovernment auch in Mittelstädten wirtschaftlich effizient zu betreiben ist, zeigt die brandenburgische Kreisstadt Prenzlau. In der Stadtverwaltung wird in allen Ämtern ein elektronisches Informations- und Schriftgut-Management-System sowie ein Ratsinformationssystem eingeführt.

Den Auftrag erhielt die Firma Hans Held mit ihren Produkten REGISAFE IQ und KomSiD. Der entsprechende Vertrag wurde auf der CeBIT unterzeichnet. REGISAFE IQ soll stufenweise in allen Ämtern der brandenburgischen Kreisstadt flächendeckend eingeführt werden. Zu dem Auftrag gehört auch das Ratsinformationssystem KomSiD sowie eine Lösung zur Veröffentlichung von Dokumenten im Intra- oder Internet (WebPublisher IQ). Beide Lösungen sind vollintegriert in REGISAFE. In dem Informations- und Schrift-

gut-Management-System sind Dokumente und Akten nach den gleichen Prinzipien organisiert, gleichgültig auf welchem Medium sie vorliegen. Dabei wird jedes papierbasierte Dokument über einen Barcode eindeutig identifiziert. Zudem sind in jedem Papier- und digitalen Dokument Informationen darüber hinterlegt, um welchen Typ es sich handelt, wo es sich befindet, zu welchem Vorgang es gehört. Damit ist es nicht nötig, die gesamten Altakten einzuscannen und künftig alle Dokumente digital vorzuhalten. ☞

Grenzen der eVergabe liegen allenfalls in Berührungängsten

GZ: Unter welchen Bedingungen lohnt sich eVergabe?

Payer: Wichtig für alle Handwerker - unabhängig von Betriebsgröße oder Branche - ist zu wissen, dass die EU und die Bundesregierung die Umstellung von öffentlichen Vergabeverfahren auf eVergabe forcieren. Mit den Bestrebungen aus Brüssel, Berlin und der Bayerischen Staatskanzlei sind die Voraussetzungen für den Einstieg und den Umstieg auf die eVergabe geschaffen. Die Rahmenbedingungen durch die Behörden sind gegeben und können jetzt „mit Leben“ gefüllt werden.

Auch die Privaten stellen um

GZ: Wer sollte besser auf die Investition verzichten?

Payer: Ich gehe davon aus, dass nach und nach auch private Ausschreiber auf eVergabe umstellen werden. Deswegen betrifft die eVergabe im Grunde genommen jeden Bieter, ganz unabhängig von Branche oder Betriebsgröße. Höchstens kleinere Betriebe, die ihre Dienstleistungen oder Produkte ausschließlich einer lokal begrenzten Kundschaft anbieten, die noch nicht mit einer zertifizierten Online-Ausschreibungsdatenbank arbeitet, können vorläufig auf eine Teilnahme an

der Online-Vergabe verzichten. Bei der Entscheidungsfindung ist zu berücksichtigen, dass mit Online-Vergabe dann die größten Einsparungen möglich sind, wenn das System konsequent angewendet und in den betrieblichen Ablauf integriert wird.

Falls anfangs noch Berührungängste bestehen sollten, kann man sich langsam mit der neuen Technik vertraut machen und beispielsweise zunächst einmal nur die Ausschreibungssuche online durchführen.

Überschaubare Kosten

GZ: Welche Kosten fallen an?

Payer: Direkte Kosten für Software oder ein Plattform-Abo sind je nach Anbieter verschieden. Wird die digitale Angebotsabgabe gewünscht, fallen Kosten für eine qualifizierte Signaturkarte und ein Kartenlesegerät an. Da liegen die Preise so zwischen 150 bis 200 Euro, je nach Anbieter. Indirekte Kosten, z.B. für Arbeitsaufwand, hängen stark davon ab, welche technische Ausstattung vorhanden ist und wie die Computerkenntnisse der Mitarbeiter aussehen. Das ist folglich sehr unterschiedlich.

GZ: Welcher Gewinn an Kosten und Zeit entsteht demgegenüber?

Payer: Für Städte, Gemeinden und Handwerker lohnt sich die eVergabe auf jeden Fall: Personal wird entlastet, Bearbeitungszeiten verkürzt und daher Betriebskosten eingespart. Aber auch in der Privatwirtschaft werden elektronische Vergabeverfahren zunehmen, weil auch hier auf die Kosten geachtet werden muss, will man wettbewerbsfähig bleiben. Insgesamt können wahrscheinlich im Durchschnitt 15 Tage pro Jahr gespart werden.

PC für 1.500 Euro

GZ: Welche Investitionen in PC und Internetanschluss sind notwendig, damit ich effektiv mit Vergabeplattformen arbeiten kann?

Payer: Ein ordentlicher Computer mit Internetanschluss und Onlinezugang ist ab ca. 1500 Euro zu haben. Dazu kommen im Bedarfsfall dann noch die Kosten für die digitale Signatur.

GZ: Wo stößt Online-Vergabe an ihre Grenzen?

Payer: Die eVergabe ist ein für alle Beteiligten kostengünstiges Verfahren. Ihre Grenzen liegen allenfalls in den Berührungängsten mancher Bieter und in der noch lückenhaften technischen Ausstattung mancher Betriebe. ☞

mps gewinnt Doppik-Projekt

Die Gemeinde Griesstätt steigt auf modernste Systeme von mps um

Nachdem der 1. Januar 2005 in den ersten Bundesländern als Startschuss für die kommunale Doppik galt, zeigen sich kommunale Verwaltungen auch in anderen Ländern zunehmend aufgeschlossen für das neue Buchungssystem. Mit der bayerische Gemeinde Griesstätt konnte mps public solutions gmbh nun einen weiteren Kunden für das führende Softwaresystem mpsNF gewinnen.

Ende Januar wurde mps der Komplettauftrag für mpsNF und mpsEM erteilt. Für den Zuschlag zur Installation des Komplettsystems mpsNF war für die Gemeinde entscheidend, dass die mps-Software bereits in Kommunen anderer Bundesländer mit der kommunalen Doppik im „Echtbetrieb“ ist, und zwar dort durchgängig in allen Bereichen des Rechnungswesens. Zudem waren die langjährig guten Erfahrungen mit mps und den bisherigen Verfahren ausschlaggebend.

Viele Vorzüge

Griesstätt beschreitet frühzeitig den Weg in das neue Finanz-

Spracherkennungssysteme:

Deutschland schneidet besser als die USA ab

Düsseldorf/Bonn/Hannover - Deutsche Sprachforschung ist Weltspitze und den amerikanischen Systemen deutlich überlegen. Diese Ansicht vertritt Professor Dr. Wolfgang Wahlster im Gespräch mit dem Fachmagazin Teletalk. Wahlster ist ein international bekannter und anerkannter Experte für Sprachapplikationen. Er lehrt im Fachbereich Informatik der Universität des Saarlandes, leitet das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH <http://www.dfki.de> und ist Schirmherr des Voice Day, der im Oktober 2005 die wichtigsten Trends bei Sprachapplikationen in Bonn vorstellen wird.

Wahlster wurde 2001 als erster Informatiker mit dem Zukunftspreis des Bundespräsidenten ausgezeichnet und ist das einzige deutsche Mitglied im Nobelpreiskomitee der Royal Swedish Academy of Science. Deutsches Spracherkennungswissen - so Wahlster in der März-Ausgabe des Fachmagazins - hat eindeutig das Zeug zu einem Exportartikel.

Auch wenn Microsoft-Chef Bill Gates bei einem Roundtable mit Professor Wahlster vor kurzem betonte, dass die Sprachtechnologie höchste Priorität genieße, sieht der Voice Day-Schirmherr doch große Vorteile für die deutsche Seite: „Wir haben hierzulande eine hohe Kompetenz aufgebaut. Ausschlaggebend war dabei sicher auch, dass die deutsche Sprache, wie übrigens auch Italienisch, leichter und sicherer zu erkennen ist als etwa das Englische mit seinen vielen sehr kurzen Wörtern und gleich klingenden Polyphonen. Heute ist die deutsche Forschungslandschaft sehr gut aufgestellt, auch bezüglich europäischer einschließlich osteuropäischer Sprachen. Besonders für multilinguale Anwendungen sind europäische Lösungen den amerikanischen deutlich überlegen.“

Widerstände sind bald kein Thema mehr

Die jüngste Genesys Studie „Contact Center Realities“ kommt zu dem Schluss, dass bis Ende 2005 fast jedes dritte Contact Center Sprachtechnologie einsetzen wird.

Wahlster macht im Gespräch deutlich, dass gewisse Widerstände gegen spracherkennende Anwendungen bald der Vergangenheit angehören könnten: „Viele, auch unter den Entscheidern in den Unternehmen, haben einfach schlechte Erfahrungen mit kontextunabhängigen Diktiersystemen gemacht. Die sind zu früh auf den Markt gekommen. Sprachportale dage-

wesen, obwohl in Bayern politische Entscheidungen zu Details noch ausstehen. Die Gemeinde setzt dabei auf die Vorzüge des voll integrierten mps-Systems: einfache Erweiterbarkeit und flexible Anpassbarkeit an gesetzliche Vorgaben.

Vertrauen in Qualität

Die Gemeindeverwaltung begründet den frühzeitigen Umstieg in das doppische Rechnungswesen mit dem Vertrauen in die Qualität der neuen mps-Produkte. Weiterhin könne man dadurch genügend Freiräume für eine sorgfältige Vorbereitung mit eigenen Mitarbeitern ohne Zusatzpersonal schaffen. Der Ge-

meinderat Griesstätt und die Verwaltung erhoffen sich durch die Einführung der Doppik u.a., dass die finanzielle Situation der Gemeinde Griesstätt transparenter gemacht werden kann.

Die Gemeindeverwaltung wird mit mps-Spezialisten und einem externen Berater in den nächsten drei Jahren die Vorbereitungen zum Umstieg auf die Doppik durchführen.

Vorgehensweise

Beim „schrittweisen“ Umstieg auf den doppischen Rechnungsstil wird die Verwaltung zunächst mit dem neuen System mpsNF weiterhin kameralbuchend - und zunächst nur in Teilbereichen des Rechnungswesens auf kaufmännische Art arbeiten. Parallel kommen nach und nach die doppischen Programm-Module in den Einsatz.

Nach der schrittweisen Ein-

führung der Vermögenserfassung und -bewertung sowie Kosten- und Leistungsrechnung wird die Gemeinde Griesstätt ab Januar 2008 die Voraussetzungen geschaffen haben, um durchgängig doppisch buchen zu können.

Vorbildlicher Weg

Für eine kleine Gemeinde mit der Größe von 2500 Einwohnern schreitet die Verwaltung beachtenswert wegweisend in Bayern voran, stringent nach dem Motto: Wer etwas will, sucht einen Weg - wer etwas nicht will, sucht einen Grund.

Exzellentes Know-how

Mit mps setzt Griesstätt auf einen Partner mit ausgezeichnetem Know-how in IT-Entwicklung sowie Verwaltungs- und Betriebswirtschaft. Einzigartiger Vorteil ist zudem die volle Integration des neuen Systems für das Einwohnermeldewesen. Auf Wunsch können Finanz- und Einwohnerwesen über nur eine Datenbasis gesteuert werden. ☞



Das Griesstätter Rathaus.

Finanzstaatssekretär Franz Meyer:

Elektronischer Verwaltung gehört die Zukunft

„Die elektronische Verwaltungstätigkeit soll auf allen Ebenen ausgebaut werden. Dies bedeutet eine tief greifende Veränderung der Verwaltungsarbeit. Erforderlich ist eine kooperative, kreative und aufgeschlossene Zusammenarbeit aller Beteiligten“, stellt Finanzstaatssekretär Franz Meyer bei der AKDB (Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern) in München fest.

Der rasche Auf- und Ausbau leistungsfähiger eGovernment-Strukturen in Bayern sei eines der zentralen Zukunftsprojekte der Bayerischen Staatsregierung, betonte Meyer. Die AKDB sichere hier die wichtige Verbindung zwischen der Staatsverwaltung und den Kommunen.

Ganzheitlicher Ansatz

Die Durchdringung der privaten Haushalte mit PCs und Internetzugang würden die Erwartungen der Bürger an die Verwaltung hinsichtlich Schnelligkeit, Qualität und Transparenz steigern. Die Entwicklung hin zur digitalen Informationsgesellschaft habe daher bereits bei den Behörden Einzug gehalten. Der Begriff eGovernment sei ein ganzheitlicher Reformansatz, der alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung und der Gerichte umfasse. Dabei stehe die Bürgerfreundlichkeit als wesentlicher Faktor im Mittelpunkt bei der Erstellung des Gesamtangebots.

Guten Ruf festigen

eGovernment biete nach den Worten Meyers die nachhaltige Chance, den guten Ruf der bayerischen Verwaltung in ihrer Gesamtheit beim Bürger zu festigen. Gleichzeitig stelle der Ausbau der elektronischen Verwaltungstätigkeit einen entscheidenden Standortfaktor

Softwarelösung Quadriga-IT:

Daten zu IT-Ressourcen automatisch auslesen

Kommunalverwaltungen können sich einen umfassenden Überblick über die vorhandene Hard- und Software verschaffen, ohne diese manuell erfassen zu müssen: Die Softwarelösung Quadriga-IT bietet mit der Option PCScan die Möglichkeit, das gesamte Netzwerk zentral gesteuert zu „scannen“ und dabei eine Fülle von Daten über PCs, Drucker und aktive Netzwerkkomponenten auszulesen.

Um möglichst viele Informationen zu sammeln, wertet PCScan mit ganz unterschiedlichen Techniken gleich mehrere Quellen aus. Zu den vorhandenen PCs liefert PCScan unter anderem detailgenaue Informationen über deren Prozessor, Festplattenkapazität und vorhandene Sicherheitsupdates. Auch die auf den PCs installierte Software liest PCScan aus. Quadriga-IT vergleicht installierte und erworbene Softwarelizenzen und ermöglicht so eine verlässliche Lizenzkontrolle.

Klare Informationen

Von Netzwerkdrukern kann PCScan den Zählerstand und Tonerverbrauch ermitteln, ohne dass ein Mitarbeiter die betreffenden Geräte aufsuchen muss. Die IT-Abteilung kann auf Grundlage dieser Informationen entscheiden, ob und wie lange der vorhandene Bestand an Toner noch ausreicht und gegebenenfalls über das in Quadriga-IT integrierte Bestellwesen eine Nachbestellung veranlassen.

Mit PCScan lässt sich ermitteln, welcher PC an welcher Netzwerkdose angeschlossen ist. Erfolgt nun ein Umzug eines PCs, kann PCScan dies registrieren. Um den Umzug in Quadriga-IT abzubilden, reicht es, die von PCScan ermittelten Änderungen per Mausklick zu übernehmen.

Komfortable Möglichkeiten

So leistungsfähig eine Software zum automatischen Ermitteln von PC- und Netzwerkdaten auch ist, die ausgelesenen Informationen sind zunächst immer lückenhaft: Aus ihnen geht beispielsweise nicht hervor, wer den PC geliefert hat, welche Verträge ihn zum Gegenstand haben und vieles mehr. Quadriga-IT bietet komfortable Möglichkeiten, die gescannten Daten um weitere Angaben zu ergänzen. Mit wenigen Mausklicks ist etwa einem PC ein Lieferant, ein Anwender oder ein Wartungsvertrag zugeordnet.

Geeignet auch für andere Ressourcen

Als „offenes System“, das sich durch frei definierbare Zusatzfelder an unterschiedliche Bedürfnisse anpassen lässt, eignet sich Quadriga-IT auch zur Verwaltung von Gegenständen, die nicht zu den IT-Ressourcen gehören. In öffentlichen Verwaltungen kann die Software als allgemeine Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und technisches Gerät genutzt werden. Beim Einsatz von Quadriga-IT über die IT-Abteilung hinaus ist es möglich, die Berechtigungen gezielt so zu vergeben, dass etwa die für die Inventarverwaltung zuständigen Mitarbeiter zwar die Inventargegenstände verwalten können, ihnen aber der Zugang zu den Daten der IT-Ressourcen verwehrt bleibt.

Weiterhin bietet Quadriga-IT eine Schnittstelle zu der von Quadriga Informatik entwickelten Anlagenbuchhaltung Quadriga-Anlagen, die sich bereits seit vielen Jahren in zahlreichen Installationen bewährt hat. Damit bekommt das Rechnungswesen die Möglichkeit, in Quadriga-Anlagen die Buchwerte und Ab-

schreibungen der in Quadriga-IT geführten Anlagegegenstände zu ermitteln.

Integrierte Lösung

Das Angebot der Firma Quadriga Informatik wird durch die enge Zusammenarbeit zwischen Quadriga-IT und Quadriga-Anlagen zu einer integrierten Lösung für die Anlagenverwaltung, mit der Kommunalverwaltungen für die Umstellung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens von der Kameralistik zum kaufmännischen Rechnungswesen mit Doppelter Buchführung (Doppik) gerüstet sind.

Kontakt: Quadriga Informatik GmbH, Frankfurter Str. 61, 63067 Offenbach, Tel.: 069.850030-0, Fax -99, Internet: www.quadriga.de, KOMCOM SÜD 2005, Karlsruhe, 10. bis 12.05.2005, Stand C08.

Bayerische Abfall- und Deponietage 2005:

Neueste Trends der Abfallwirtschaft

Bereits zum sechsten Mal in Folge veranstaltete der Förderverein KUMAS in enger Kooperation mit dem Ingenieurbüro Abfallwirtschaft und Umwelttechnik (A & U), dem Bayerischen Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik (BIFA) sowie dem Bayerischen Landesamt für Umweltschutz (LfU) die Bayerischen Abfall- und Deponietage 2005 in Augsburg. Heuer standen die Zukunft der Getrennterfassung von Abfällen und die Deponienachsorge im Zentrum der zweitägigen Veranstaltung am Landesamt für Umweltschutz.

Umweltminister Dr. Werner Schnappauf erwartet, dass die bayerischen Abfallgebühren auch in den nächsten Jahren stabil bleiben, möglicherweise sogar sinken. Vor mehr als 300 Teilnehmern erläuterte er, dass die Müllgebühren bereits seit fünf Jahren gleich geblieben und mehr als 10 Prozent günstiger als der Bundesdurchschnitt sind. Schnappauf: „Nachdem Bayern als eines der ersten Länder bereits im Dezember 2004 mit den Firmen Interseroh und Landbell neben der DSD zwei Mitbewerber um den ‚Grünen Punkt‘ zugelassen hat, könnten die Müllgebühren stellenweise sogar noch nachgeben. Denn Konkurrenz belebt das Geschäft.“ Derzeit zahle eine vierköpfige Familie in Bayern mit 168 Euro jährlich 22 Euro weniger als im Bundesdurchschnitt.

Restmüllmenge halbiert

Bayern hat durch die getrennte Sammlung von Abfällen die Restmüllmenge in den vergangenen Jahren von 4,9 Millionen Tonnen auf 2,4 Millionen Ton-

nen halbiert, die Wertstoffmenge pro Einwohner seit 1990 hingegen von 116 Kilogramm auf 322 Kilogramm nahezu verdreifacht.

Offen für Innovationen

In der derzeit geführten bundesweiten Diskussion um die Zukunft der getrennten Erfassungssysteme erklärte Schnappauf, Bayern sei offen für Innovationen. Allerdings müsse ein neues System den Nachweis erbringen, dass es ökologisch wie ökonomisch eindeutig besser ist und flächendeckend zur Verfügung steht. Dieser Nachweis stehe derzeit bei den diskutierten Systemen noch aus. In anderen Ländern liefen gegenwärtig Experimente mit der teilweisen Abschaffung der Getrenntsammlung und mit dem Einsatz neuer Sortieranlagen. Bayern wolle die Ergebnisse abwarten, so der Minister, und sich dann entscheiden.

Wie Walter Hartwig, VIVO GmbH, Wangau, betonte, haben sich die Kommunen und ihre Spitzen- und Unternehmens-

verbände zur „Zebratone“ (Gemeinsame Erfassung von Verpackungsabfällen und Restabfall) oder auch „Gelben Tonne plus“ noch nicht generell und abschließend positioniert. Eine für alle Gebietskörperschaften allgemeingültige Haltung werde es wohl auch nicht geben können, weil die Interessenlage der einzelnen Kommunen nicht einheitlich ist: „Es macht schließlich einen Unterschied, ob eine Kommune um die Auslastung ihrer Müllverbrennungsanlage fürchten muss, ob sie ihren Restmüll mechanisch-biologisch behandelt oder ob sie keine eigenen Behandlungsanlagen besitzt.“

Skeptische Kommunen

Die Struktur des Entsorgungsgebietes spiele ebenso eine Rolle wie die praktischen Ergebnisse der heutigen Abfalltrennung. Generell sei auf kommunaler Seite jedoch Skepsis gegenüber den diskutierten Systemen noch aus. In anderen Ländern liefen gegenwärtig Experimente mit der teilweisen Abschaffung der Getrenntsammlung und mit dem Einsatz neuer Sortieranlagen. Bayern wolle die Ergebnisse abwarten, so der Minister, und sich dann entscheiden.

Was versteht man unter Phisher?

Von Prof. Dr. Klaus Jamin

Stellen Sie sich vor: Sie wollen auf der Internetseite, also der Homepage ihrer Bankseite, eine Überweisung tätigen und geben dazu alle wichtigen Passwörter und Nummern ein. Sie befinden sich aber auf einer nachgemachten Seite, die nur das Ziel hat, diese Nummern einzusammeln. Angreifer und Phisher können Schwachstellen ausnutzen, um täuschend echt gemachte Seiten im Netz zu hinterlegen und Passwörter und Kreditkartennummern zu sammeln. Der Anwender hat kaum eine Chance festzustellen, dass die Seite gefälscht ist. Insbesondere der bei vielen Dienstleistern zu findende Hinweis, das Server-Zertifikat auf seine Gültigkeit zu prüfen, ist hier fast nutzlos. Erst die Anzeige des vollständigen Zertifikats offenbart, dass das Zertifikat zwar gültig ist, aber gar nicht für das entsprechende Unternehmen ausgestellt wurde.

Presstext schreibt u. a. dazu: „Eine Studie des US-amerikanischen Sicherheitsspezialisten McAfee www.nai.com zeigt eine deutliche Tendenz weg vom isolierten Computerhacker, der von seinem Schlafzimmer aus Angriffe auf einzelne Rechner unternimmt, hin zu einer organisierten ‚Cybermafia‘, die umfangreiche, unsichtbare Netzwerke mobilisiert.“

Ausmaß des organisierten Verbrechens

Die Ergebnisse des „Crimiology Reports“ zeigen das Ausmaß, in dem sich das organisierte Verbrechen heute des Internets bedient. Die Aktivitäten umfassen dabei klassische Verbrechen wie Erpressung und Schutzgelderpressung, Betrug und Diebstahl ebenso wie neue, auf das Internet beschränkte Machenschaften globalen Ausmaßes. Nach dem Report kauft das organisierte Verbrechen zunehmend IT-Fachwissen auf dem hierfür bestehenden Schwarzmarkt ein (IT-Söldnertum), um online klassische Verbrechen wie Diebstahl, Schutzgelderpressung und Betrug zu begehen. Dazu werden zunehmend traditionelle Werkzeuge der Gewalt und Einschüchterung gegen Hightechwaffen des 21. Jahrhunderts eingetauscht.

Eindeutige Anzeichen

Nach dem explosionsartigen Anstieg so genannter Phishing-Angriffe im vergangenen Jahr deuten alle Anzeichen darauf hin, dass der Einsatz von Bot-Netzen durch das organisierte Verbrechen zunehmen wird.

Was ist ein BOT-Netzwerk? Das Langenscheidt Lexikon gibt Auskunft: Bot ist ein Wortbestandteil, der einen Automatismus bezeichnet: Ein „answer bot“ reagiert z. B. automatisch auf alle Nachrichten, die

treten zu können, müssten wenigstens folgende Grundvoraussetzungen erfüllt sein:

Grundvoraussetzungen

1. Systemänderungen dürfen nur im Einvernehmen mit der Kommune erfolgen.
 2. Entscheidungen über Systemänderungen können nur auf regionaler Ebene getroffen werden.
 3. Eine finanzielle Mehrbelastung der Abfallgebührenzahler muss ausgeschlossen sein.
 4. Der aktuelle Streitfall um die Papierfraktion, bei der ebenfalls in einem Behälter Abfälle in kommunaler und privater Verantwortung gesammelt werden, zeigt sehr deutlich, dass eine derartige Konstellation eine Vielzahl schwieriger kartellrechtlicher, vertragsrechtlicher und vergaberechtlicher Fragen aufwirft.
 5. Schließlich ergibt sich bei der Mitbenutzung der Restmülltonne z. B. für Leichtverpackungen auch eine gravierende gebührenrechtliche Problematik.
- Dr. Walter Michale, Abfallverwertung Augsburg GmbH, erklärte, dass weder Müllverbrennungsanlagen noch Sortier-



Leerung von Gelben Tonnen.

Bild: Thomas Mayer

anlagen sich den notwendigen Veränderungen verschließen können. Allerdings sollte der Entwicklung, dass immer mehr Abfälle der öffentlich-rechtlichen Andienungspflicht entzogen werden, bei einer eventuellen Gemischterfassung dadurch gegengesteuert werden, dass die Systemführerschaft der entsorgungspflichtigen Kommunen beibehalten wird.

Anzumerken sei, dass die Müllverbrennungsanlagen und Abfallverwertungsanlagen in Bayern und Deutschland in der Vergangenheit bewiesen haben, „dass sie in der Lage sind, neue

Herausforderungen frühzeitig zu erkennen, Konzepte zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen“. Dies gelte auch für die aktuellen Fragestellungen im Zusammenhang mit der möglichen Änderung der Erfassungssysteme.

Beispiel Eggingen

Mit der Verwertung von Reststoffen im Rahmen der Deponiestilllegung am Beispiel der Deponie Eggingen befassten sich Jürgen Krämer, ECOSOIL Sanierung GmbH, Ulm, und Ulrich Burst, Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm. Die Planung der Oberflächenabdichtung der Deponie Eggingen, südwestlich von Ulm gelegen, habe nach Abwägung auch anderer Lösungsmöglichkeiten zur Ausbildung eines Dachprofils über dem Müllkörper und einem darüber liegenden kombinierten Abdichtungssystem geführt.

Die für dieses Bauvorhaben erforderlichen Massen zum großen Teil aus Abfällen zur Verwertung zu gewinnen, führe zur Schonung ansonsten einzusetzender Primärrohstoffe. Eine zusätzliche Gefährdung oder Belastung der Umwelt durch die Verwertung von Reststoffen werde ausgeschlossen. Der Bauherr könne die durch die Rückvergütung erzielten Einsparungen für weitere Investitionen, im Idealfall für den weiteren Schutz der Umwelt, verwenden.

Beispiel Gallenbach

Einen Erfahrungsbericht am Beispiel der Hausmülldeponie Gallenbach gab abschließend Wolfgang Huber, Abfallwirtschaft & Umwelttechnik GmbH, Augsburg. Das Deponiezeitalter geht laut Huber im Jahre 2005 nicht zu Ende. Auch nach Abschluss der Deponie sei noch eine Vielzahl von Betreuungsmaßnahmen erforderlich. Dazu zählten Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen mit Investitionsvolumen von bis zu mehreren Millionen Euro, die Betriebsführung von verschiedenen Anlagen (wie z.B. Sickerwasserbehandlung, Aktivgasgasungsanlage etc.) sowie die regelmäßigen Kontroll- und Überwachungstätigkeiten im Rahmen der Eigen- und Fremdüberwachung. Nur dadurch sei ein sicherer Betrieb der Deponie in der Nachsorgephase gewährleistet.

Gravierender Einschnitt

Die Erfahrungen aus der Betriebserfahrung der HMD Gallenbach zeigten, dass im Bereich des Deponiegases ca. 20 Jahre nach Abschluss mit einem gravierenden Einschnitt zu rechnen ist. Nach dieser Zeit sei auf Grund der rückläufigen Mengen vermutlich über eine grundlegende Änderung der Erfassung und Behandlung des Deponiegases zu entscheiden. Die Ergebnisse im Bereich des Sickerwassers deuteten auf einen wesentlich längeren Nachsorgebedarf hin. Die bei den Abfall- und Deponietagen vorgestellten Erfahrungen bestätigten auch Erfahrungen auf anderen Deponien. **DK**

(Patch = Flicker für die Reparatur) für das Betriebssystem und die Anwendungen entwickelt. Dieses ermöglicht innerhalb von 24 Stunden ein netzweites Update der Server-Client-Systeme. Das bedeutet: Hat ein Angriff stattgefunden und sind zum Beispiel Daten verändert worden, kann der Ursprungszustand wieder hergestellt werden. Wurden Daten ‚geklaut‘, hilft das allerdings nicht.“

Wahrer Fortschritt

Zum Sicherheitsmanagement gehören auch eine Risikobewertung der Patches (denn in jüngster Zeit wurden von einem großen Software-Hersteller Patches angeboten, die mehr zerstörten als flickten), ihre Überprüfung sowie die Aufbereitung für eine automatisierte Verteilung, die zuerst etabliert werden musste. Das ist ein wahrer Fortschritt, denn früher musste jeder Nutzer die Flicker selbst installieren.

Unerlaubtes Kopieren

Ein weiteres Sicherheitsrisiko stellt das unerlaubte Kopieren von Daten aus dem Netzwerk dar. Dies machen unter anderem USB-Sticks möglich (da ja keine Diskettenlaufwerke mehr vorhanden sein werden). Um das zu verhindern, den Einsatz von Peripheriegeräten jedoch zu gewährleisten, hat Unisys eine Spezialsoftware zur kontrollierten Freigabe von USB-Geräten etabliert.

Das Projekt gilt als das größte und anspruchsvollste, das die bayerische Justiz je durchgeführt hat. Es hat ein Volumen von rund 80 Millionen Euro und läuft bis 2006. Bislang sind rund 6000 der Arbeitsplätze in ganz Bayern modernisiert, zieht der Leiter des Referats für Informations- und Kommunikationstechnik des STMJ, Walther Bredl, eine optimistische Zwischenbilanz. Insgesamt werden 72 Amtsgerichte, 22 Landgerichte, drei Oberlandesgerichte sowie 25 Staatsanwaltschaften und das Ministerium selbst IT-seitig generalüberholt.

Im Ergebnis, so Bredl, sei eine deutliche Effizienzsteigerung durch das Projekt zu verzeichnen. Die Effizienzsteigerung ist mit Sicherheit gegeben, ist aber auch die Sicherheit gegeben? Warten wir es ab. **z**

in der Mailbox ankommen; er informiert etwa darüber, dass der Adressat der E-Mail gerade in Urlaub ist. Die entsprechende Software führt die Aktion auf dem Internet-Server ohne weiteres eigenes Zutun immer wieder aus.

Bot-Netzwerke bestehen aus 20 bis 30.000 illegal vernetzten Rechnern. Diese Roboternetzwerke werden für Angriffe auf Unternehmen und zu deren Erpressungen genutzt. IT-Söldner vermieten riesige, als „Bots“ bezeichnete Computernetze an den Höchstbietenden, um Schutzgelder zu erpressen.

Spionage anfälliger Netze

Neuerdings werden zunehmend Script-Kiddies (Kiddies = Jugendliche, Script bezeichnet Programme oder Teile davon, die nicht vom Prozessor des Rechners, auf dem sie installiert sind, sondern z. B. auf einem Web-Server ausgeführt werden, eben dort wo die Homepage gespeichert ist) und Hacker eingesetzt, um anfällige Netze auszuspielen.

Auch der Onlinebetrug mit Aktienkursen wird zunehmend beliebter. Dabei kaufen Angehörige des organisierten Verbrechens billig Aktien eines Unternehmens auf, verbreiten über das Internet falsche Geschäftsinformationen, um den Kurs nach oben zu treiben (Pumping), und dann schließlich die Aktien zu überhöhten Preisen (Dumping) wieder zu verkaufen.

Die Computer Zeitung vom 31. Januar 2005 berichtet dazu: „Sicherheit spielt gerade im Internetbereich mit seiner Fülle an vertraulichen, personenbezogenen Daten eine große Rolle. Damit Attacken auf die Infrastruktur durch Viren, Würmer oder Trojaner abgewehrt werden können, hat die bayerische Justiz mit Unterstützung von Unisys ein effizientes Patch-Management

Abfallbehandlung auf der IFAT 2005:

Rückenwind für mechanisch-biologische Verfahren

Die aktuelle Gesetzgebung hat die Rahmenbedingungen für die Abfallwirtschaft verändert. Insbesondere die mechanisch-biologische Abfallbehandlung (MBA) hat durch die Abfallablagereverordnung an Bedeutung gewonnen und wird sich zu einem Standardbehandlungsverfahren für Restabfall entwickeln. Auf der IFAT 2005 präsentieren sich System- und Komplettanbieter ebenso wie die Hersteller wichtiger Einzelaggregate.

In Deutschland dürfen ab dem 1. Juni 2005 keine biologisch abbaubaren Abfälle mehr unbehindert abgelagert werden - so schreibt es die Abfallablagereverordnung vom Februar 2001 vor. Es gilt also, die organischen Bestandteile und Schadstoffe in den Abfällen zu zerstören und die anorganischen Schadstoffe abzutrennen oder zu immobilisieren.

Ausgebaute Kapazitäten

Neben Müllverbrennungsanlagen und der Mitverbrennung aufbereiteter Siedlungsabfälle in Industrieanlagen bieten sich hierzu mechanisch-biologische

Abfallbehandlungsanlagen (MBA) an. Derzeit werden die Kapazitäten dieser in vielen Fällen preisgünstigsten technischen Lösung deutlich ausgebaut.

Verfahrensvarianten

So berichtete die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) Mitte 2004, dass am Stichtag im Jahr 2005 bundesweit voraussichtlich 46 MBA tatsächlich zur Verfügung stehen werden, weitere 16 Anlagen befinden sich noch im Planungsstadium, in der Vorversuchsphase oder im Ausschreibungsverfahren. Die Gesamtkapazität aller

verfügbaren und geplanten MBA wird bei rund 6,4 Millionen Tonnen liegen - eine drastische Steigerung gegenüber der derzeitigen Kapazität von 1,5 Millionen Tonnen.

Bei der Entwicklung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung haben sich zwei Verfahrensvarianten herauskristallisiert: die stoffstromspezifische Behandlung und die mechanisch-biologische Stabilisierung.

Emissionen unterbinden

Hauptziel der stoffstromspezifischen Behandlung oder Endrotteverfahren ist die Vorbehandlung der Abfälle für eine umweltverträgliche Ablagerung auf der Deponie. Um biologische Abbauprozesse und die damit einhergehenden Emissionen im Deponiekörper zu unterbinden, wird in der Vorbehandlung

ein weitgehender biologischer Abbau der organischen Abfallbestandteile angestrebt. Mechanische Behandlungsstufen trennen heizwertreiche Fraktionen wie zum Beispiel Kunststoffe für eine energetische Nutzung und Metalle für die stoffliche Verwertung ab. Die biologische Behandlung erfolgt durch Rotte, Vergärung oder kombinierte Verfahren. Beim Einsatz von anaeroben Verfahren wird Biogas erzeugt, das zur Energieerzeugung genutzt werden kann.

Biogene Bestandteile weitgehend erhalten

Behandlungsziel der Mechanisch-biologischen Stabilisierungsanlagen (MBS) ist ein weitgehender Erhalt der biogenen Bestandteile im heizwertreichen Stabilat und die Gewinnung weiterer verwertbarer Fraktionen. Zur Verbesserung der Aufbereitungseigenschaften werden die Abfälle vor der weiteren Aufbereitung biologisch getrocknet. Nach der Abtrennung von Metallen, Inert- und Störstoffen teilt die anschließende trocken-mechanische Aufbereitung die Abfälle in eine oder mehrere heizwertreiche Abfallfraktionen unterschiedlicher Qualität auf. Es werden keine oder allenfalls nur noch sehr geringe Mengen Sekundärabfälle deponiert.

Vorreiterrolle Deutschlands

Deutschland nimmt bei der mechanisch-biologischen Anlagentechnik in Europa eine Vorreiterrolle ein. So erwartet die Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung (ASA e.V.) mittelfristig einen noch intensiveren Wissenstransfer zu den anderen EU-Ländern.

Auf der IFAT in München stellen zum einen Systemlieferanten aus, die schlüsselfertige MBA aus einer Hand anbieten. Hinzu kommen auch die Hersteller der vielen benötigten Einzelaggregate aus den Bereichen Zerkleinern, Fördern, Trennen, Sieben, Sichten, Fe-/NE-Abtrennung, biologische Behandlung und Abluftreinigung.

Die IFAT ist die wichtigste Messeveranstaltung der Welt für Umwelt und Entsorgung: Wasser, Abwasser, Abfall und Recycling. Mit 2.042 Ausstellern aus 39 Staaten sowie 97.245 Fachbesuchern aus 121 Ländern präsentierte sich die Veranstaltung im Jahr 2002 mit neuen Rekordzahlen. Die IFAT 2005, die vom 25. bis 29. April 2005 in München stattfindet, bietet ein attraktives Ausstellungsprogramm: Innovative Branchenlösungen und den neuesten Stand der Technik zur Umsetzung praxisorientierter, wirtschaftlicher Lösungen sowie ein breites Angebot an qualifizierten Dienstleistungen im Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft mit zahlreichen attraktiven Informationsveranstaltungen.

tauchte Filtrationsmodule in Abwasserreinigungsanlagen jeder Größe ist ebenso Einsatzfall, wie die Filtration von Oberflächenwasser und die produktionsintegrierte Filtration zur Rückgewinnung von Wertstoffen.

Verkürzte Nachsorge

Im Bereich Abfall bietet die A3 ein Verfahren zur Aerobisierung von Abfalldeponien an. Durch den Einsatz dieses Verfahrens werden die Nachsorgezeiten extrem verkürzt. Somit wird eine kostengünstige Alternative zur konventionellen Nachsorge geboten. In beiden Bereichen ist die A3 Inhaberin verschiedener Patente.



20'' Containermodul für die Abwasserreinigung in Feldlagern.

A3 Abfall-Abwasser-Anlagentechnik GmbH:

Moduldesign weiter verbessert

Gelsenkirchen. Die A3 Abfall-Abwasser-Anlagentechnik GmbH, Gelsenkirchen, stellt auf der diesjährigen IFAT die neue Baureihe Ihrer MAXFLOW Module vor. Durch den Einsatz neuer, innovativer Materialien und Fertigungsschritte wurde das herausragende Moduldesign weiter verbessert. Die neue Baureihe setzt hinsichtlich der Filtrationsleistung, des Energieaufwands, der Standzeit sowie der chemischen Beständigkeit neue Maßstäbe und dies zu einem Preis, der überraschen wird.

Das kompakte und robuste MAXFLOW Membranmodul kommt in den Bereichen der Wasseraufbereitung und Abwasserbehandlung zum Einsatz. Als getauchtes Mikro- oder Ultrafiltrationsmodul wird die Technik zum Beispiel zur platzsparenden Reinigung von kommunalen und industriellen Abwässern, zum Teil mit Wasserwiederverwendung, eingesetzt.

Bessere Reinigungsleistung

Die Reinigungsleistung der sog. MBR-Technik (Membranbioreaktor) ist deutlich besser als die herkömmlicher Verfahren. Der Ablauf aus dieser Art Anlagen ist frei von Feststoffen und entspricht ohne weitere Behandlung in der Regel der EU-Badegewässerrichtlinie. Dabei reicht das Anwendungsspektrum von kleinen Hauskläranlagen mit vier Einwohnerwerten, bis hin zu großen kommunalen Anwendungen mit mehreren Tausend angeschlossenen Einwohnern.

Anwendungsspektrum

Ein interessantes Anwendungsfeld ist die Verwendung des Verfahrens in containerisierten Kläranlagen, die bereits im Herstellerwerk anschlussfertig hergestellt werden. Die genormten Überseecontainer können mit allen Containertransportmedien einfach und kostengünstig

an ihren jeweiligen Einsatzort verbracht und schnell in Betrieb genommen werden.

Bundeswehr als Anwender

Auch die Bundeswehr ist bereits Anwender dieser Containerklärtechnik. Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, Koblenz, hat die A3 Abfall-Abwasser-Anlagentechnik GmbH damit beauftragt, eine mobile Abwasserbehandlungsanlage nach diesem Verfahren in einem 20'' Container zu entwerfen und zu bauen. Die Anlage kann die Abwässer von 300 Soldaten soweit aufbereiten, dass der Ablauf der Anlage direkt vor Ort eingeleitet oder versickert werden kann. Durch die Verwendung des 20'' Containerkonzeptes ist die Anlage jederzeit weltweit und mit nahezu jedem Transportmittel zu verfrachten. Einsetzbar ist die Technik bei Umgebungstemperaturen von -32°C bis +49°C.

Ziviler Bereich

Im zivilen Bereich wird dieser Anlagentyp in Baugrößen bis 2.000 Einwohnerwerten eingesetzt. So reinigt zum Beispiel die LINEG zukünftig das Abwasser von 2.000 angeschlossenen Einwohnern auf ihrer Kläranlage Xanten-Vynen mit Containerklärmodulen aus dem Hause A3. Der modulare Aufbau gestattet umfangreiche Er-

weiterungsmöglichkeiten. Das ist insbesondere für industrielle Anwender von großer Bedeutung. Informationen zu diesem Verfahren und zu den MAXFLOW Membranmodulen sind direkt beim Hersteller erhältlich. Die Firma A3 Abfall-Abwasser-Anlagentechnik ist auf der IFAT auf dem Stand 117/216 in der Halle B1 vertreten.

Firmenprofil

Die A3 Abfall-Abwasser-Anlagentechnik GmbH wurde 2000 als Unternehmen der Hese-Unternehmensgruppe gegründet. Eigentümer sind die Maschinenfabrik Ernst Hese GmbH, Dipl.-Chemiker Jürgen Kanitz und Dipl.-Biologe Ulrich Brüß.

Als Beratungs-, Planungs- und Entwicklungsgesellschaft in den Bereichen Wassergewinnung, Abwasserreinigung und Abfallaufbereitung unterstützt die A3 Kunden aus Wirtschaft, Industrie und Verwaltung bei der Lösungsfindung und -umsetzung Ihrer Umweltaufgaben. Durch die Verknüpfung von innovativen Planungsideen mit der Erfahrung eines international tätigen Anlagenbauers präsentiert die A3 Lösungen, die sich durch einen hohen Innovationsgrad und wirtschaftliche Umsetzbarkeit auszeichnen.

Modulproduktion

Ein Fokus der Tätigkeiten im Wasser- und Abwasserbereich liegt auf der Produktion von Mikro- und Ultrafiltrationsmodulen, die in verschiedensten Anwendungen eingesetzt werden können. Der Einsatz als ge-

Fachtagung des Landesamtes für Umweltschutz:

„Deponien - auch nach 2005 notwendig“

Seit Inkrafttreten der TA (Technische Anleitung) Siedlungsabfall ist bekannt, dass spätestens ab 1. Juni organisch belastete Abfälle nicht mehr behandelt abgelagert werden dürfen. Da dies mehr oder weniger einschneidende Veränderungen der abfallwirtschaftlichen Landschaft mit sich bringen wird, veranstaltete das Bayerische Landesamt für Umweltschutz in Augsburg eine Fachtagung zum Thema „Deponien - auch nach 2005 notwendig“.

Josef Giglberger vom Landesamt für Umweltschutz wartete eingangs mit einigen Eckdaten auf: Die Kapazität der bayerischen Hausmüllverbrennungsanlagen betrage 2,9 Mio. Mg/Jahr. In Bayern fielen derzeit rund 2,4 Mio. Mg/Jahr an Restmüll aus Haushaltungen an. Von den Gewerbeabfällen würden derzeit ca. 400.000 Mg/Jahr in Hausmüllverbrennungsanlagen verbrannt und ca. 270.000 Mg/Jahr gingen in Zementwerke. Rund 280.000 Mg/Jahr gingen derzeit als Abfall zur Verwertung andere Wege, überwiegend außerhalb Bayerns.

Anlagenkapazität

Die in Bayern vorhandene Anlagenkapazität ist nach Giglbergers Ansicht ausreichend, den Restmüll aus Haushaltungen sowie die derzeit zur energetischen Verwertung angenommenen Gewerbeabfälle zu verarbeiten. Sie wäre nur bedingt ausreichend, wenn zusätzlich die derzeit in andere Länder abwandernden Gewerbeabfälle zur Verwertung vollständig aufzunehmen wären. Ein Rückfluss dieser Abfälle sei jedoch nicht abzusehen.

Werbung für den Weiterbetrieb

Christian Daehn, LfU Außenstelle Nordbayern, machte Werbung für einen Weiterbetrieb von Deponien, „wenn dies sinnvoll möglich ist“. Schließlich werde es auch künftig Stoffe geben, die man weder (weiter-)behandeln noch sinnvoll verwerten kann und die dann gesichert abgelagert werden müssen. Bei einer optimalen Zusammenarbeit der Deponiebetreiber erscheint es laut Daehn zumindest mittelfristig möglich, die Entsorgungssicherheit auch ohne größere Ausbauten oder die Ausweisung neuer Deponiestandorte sicherzustellen.

Bei den Gebietskörperschaften, die nach derzeitigem Stand nicht mehr über Volumen der Deponieklasse II verfügen, dürfte es nicht zu gravierenden Entsorgungseingängen kommen, wobei die Transportentfernungen in einigen Fällen allerdings erheblich sein dürften. Gebietskörperschaften ohne eigenes Deponievolumen sollten sich jedoch schleunigst um entsprechende Partner bemühen. Mittelfristig, so Daehn, dürfte sich die Anzahl von Deponien aller Klassen weiter verringern. Ein Anlass, diese Entwicklung noch weiter zu forcieren, bestehe nicht.

Sinnvolle Reserve

Schon aufgrund der Unsicherheiten bei den künftigen Ablagerungsmengen erscheine eine gewisse Reserve an Deponievolumen durchaus sinnvoll, fuhr Daehn fort. Gerade weil schwer abzuschätzen sei, welche Mengen an Schlacken oder kontaminierten Böden künftig auf den bayerischen Deponien zur Ablagerung kommen werden und man zudem durch die Anforderungen für die Deponieklasse I auch mit einem Rückgang bei den bisherigen „Bauschuttdeponien“ rechnen muss, sollte auch längerfristig nutzbares Volumen für die Deponieklasse I nicht aufgegeben werden. Auch nach 2005 würden Deponien benötigt.

Hohes technisches Niveau

Peter Bothmann von der Landesanstalt für Umweltschutz, Baden-Württemberg, betonte, die neuen Verordnungen (Deponieverordnung und Abfallablagereverordnung) beließen den Stand der deutschen Deponietechnik grundsätzlich auf hohem Niveau. Er prognostizierte, „die zeitlich begrenzten Möglichkeiten zur Kosteneinsparung bei Oberflächenabdich-

tungen werden weitgehend genutzt werden, daher werde die jeweilige ‚Sparversion‘ von Standort zu Standort verschieden und nicht unbedingt sehr billig sein“.

Sinnvolle Zwischenabdichtung

Für den Weiterbetrieb von Altdeponien als Klasse I-Deponien sei die Zwischenabdichtung zum Altteil gefordert. Technische Lösungen seien vorhanden, wenn auch nicht einfach zu realisieren. Für den Weiterbetrieb von Altdeponie als Klasse II-Deponien sei ebenfalls die Zwischenabdichtung zum Altteil sinnvoll, insbesondere dann, wenn das Sickerwasser aus dem Neuteil ohne große Reinigungsmaßnahmen entsorgt werden kann.

Wirtschaftsplanung

Durch eine Deponiewirtschaftsplanung will das Land Baden-Württemberg Bothmann zufolge den Betreibern helfen, ihre Deponien auch in Zukunft wirtschaftlich zu betreiben. Im Rahmen der Fortentwicklung dieser Planung gemeinsam mit den Betroffenen werden auch Hilfen zur Umsetzung der beiden neuen Verordnungen und zum Weiterbetrieb geeigneter Altdeponien gegeben.

Qualitätsmanagement erforderlich

Karl Drexler, LfU, unterstrich seinerseits die Notwendigkeit von Qualitätsmanagement. Dies sei gerade bei einem „Ewigkeitsbauwerk“ notwendig, „denn Fehlstellen an der Basisabdichtung lassen sich in den seltensten Fällen reparieren, und wenn, dann mit hohem Aufwand“. Auch im Hinblick auf die Diskussion, wann eine Deponie aus der Nachsorge entlassen werden kann, seien die Dokumentationen der Bauteile ein wichtiger Bestandteil, unterstrich Drexler.

„Beispiele für Nachfolgenutzungen auf Deponien“ stellten Christian Daehn und Reiner Schultheiß, beide LfU, Außenstelle Nordbayern, vor. während

bei der Deponie Arnshausen im Landkreis Bad Kissingen eine „herkömmliche Rekultivierung“ mit Grasbewuchs vorgenommen worden sei, werde die Deponie Leichendorf im Landkreis Fürth für Erholungs- oder Freizeitzwecke genutzt.

Teil eines „Funparks“

Inzwischen ist die Deponie Teil eines „Funparks“ der Firma playmobil geworden. Photovoltaikanlagen wurden auf den Deponien Erbenschwang (Landkreis Weilheim-Schongau) und Atzenhof (Landkreis Fürth) gebaut. Auf der Deponie in München befindet sich wiederum eine Windkraftanlage. Deponieflächen können schließlich auch als Lager oder Parkplatz genutzt werden - so auf der Deponie Blumenrod bei Coburg.

Nachfolgenutzung

Deponien sind laut Daehn und Schultheiß „sicherlich nicht der einfachste und ideale Baugrund“, trotzdem gebe es Fälle,

in denen eine Nachfolgenutzung möglich ist, „wobei dies aber meistens mit einem Mehraufwand gegenüber der „Rekultivierung“ verbunden sein dürfte. Die Wirtschaftlichkeit müsse sich also aus der Nachfolgenutzung oder einer Einsparung an anderer Stelle ergeben.

Erleichterungen

Die Tatsache, dass künftig kein unbehandelter Hausmüll mehr abgelagert werden darf, werde in der Zukunft die Nachfolgenutzung von Deponiestandorten erleichtern, weil es wesentlich weniger Probleme mit Deponiegas oder Setzungen geben dürfte. Sicherlich werde es schwierig sein, Deponien, bei denen eine intensive Nachfolgenutzung erfolgt, aus der Nachsorge zu entlassen. Die weitere Nutzung eines Standortes sollte aber auch dazu führen, dass die Bereitschaft erhöht wird, die notwendigen Maßnahmen im Rahmen der Nachsorge durchzuführen. **DK**

Auflagen für Remondis

bvse: Richtige Signale für den Wettbewerb aber noch nicht am Ziel

Die Entscheidung des Bundeskartellamtes, der Übernahme der RWE Umwelt AG durch die Remondis AG (Ex-Rethmann-Gruppe) nur unter strengen Auflagen zuzustimmen, wird vom bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. im Ergebnis weiterhin skeptisch beurteilt.

„Obwohl wir im Kartellverfahren einiges zum Schutz des Wettbewerbs erreicht haben, sind wir nicht am Ziel“, bewertete bvse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer die Entscheidung des Kartellamtes zu RWE/Remondis.

Intensive Prüfung

„Die Auflagen sind zwar richtige Schritte und Signale zum Schutz des Wettbewerbs“, so Fischer, doch gingen die Einschränkungen für den Zusammenschluss „nicht weit genug“. Der bvse werde daher die Entscheidung innerhalb der Frist von vier Wochen „sehr intensiv zu prüfen haben. Wir müssen uns als Anwalt des Mittelstandes hier vorbehalten, nötigenfalls Beschwerde vor den Gerichten einzulegen“, so Fischer.

Übernahmekarussell

Es sei „am Horizont klar erkennbar, dass mit dieser Mega-

fusion nun das „Übernahmekarussell erst richtig in Schwung“ komme. Der bvse rechnet mit „erheblichen langfristigen Strukturverwerfungen“ im Entsorgungsmarkt.

Zunehmende Tendenz zur Konzentration

„Völlig zu Recht“ habe Kartellamtspräsident Ulf Böge bei der Bekanntgabe der Entscheidung unterstrichen, dass er mit Sorge die zunehmende Konzentrationstendenz in der Entsorgungswirtschaft betrachte. Böge wies auch daraufhin, dass zahlreiche Entsorgungsmärkte eine Tendenz zur Oligopolisierung aufwiesen, die durch die zahlreichen Verflechtungen innerhalb der Branche gefördert werde.

„Nährboden für Monopolbildung“

Diese Tendenz innerhalb der Branche bezeichnete Fischer als „Nährboden für Monopolbildung“. Der bvse begrüße daher nachdrücklich die Zusage von Präsident Böge, der ausgeführt hatte, das Kartellamt werde „dieser Entwicklung auch weiterhin im Rahmen seiner gesetzlichen Möglichkeiten entgegenwirken.“

Erdrückende Marktmacht

Fischer wies darauf hin, dass z.B. in NRW bei Restmüll ein Duopol mit erdrückender Marktmacht bestehe und Remondis als Betreiber von Müllverbrennungsanlagen kleineren Firmen „über extrem hohe Preise“ schaden könne. „Wettbewerber könnten gezielt aus dem Markt gedrängt werden“, warnte Fischer.

Ausgangsmodell

Der bvse erneuerte in diesem Zusammenhang die Forderung des bvse nach einer Regulierungsinstitution zur Schaffung von echtem Wettbewerb in diesem Bereich. Der bvse treffe mit diesem Vorschlag auf „steigende Akzeptanz in den Fachkreisen“. Als Ausgangsmodell könnten die Erfahrungen aus dem Bereich der Telekommunikation dienen. **DK**

Terminhinweis:

GAB-Altlasten-Symposium am 6. und 7. Juni

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB mbH) lädt am 6. und 7. Juni zum Altlastensymposium in die Max-Reger-Halle nach Weiden ein. Zentrale Themen der Veranstaltung werden u.a. sein:

- ≪ Altlasten- und Bodenschutzrecht, Kostentragung und Finanzierung
- ≪ Flächenrecycling, Entwicklung von Konversionsflächen
- ≪ Rüstungsalasten: Sprengstoffe, Kampfstoffe und deren Bewertung
- ≪ Altablagerungen: Gefährdungsabschätzung, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr
- ≪ Natürliches Reinigungsvermögen, innovative Sanierungsverfahren

Einen vertiefenden Praxisbezug soll die Exkursion zum benachbarten Truppenübungsplatz Grafenwöhr bieten. Das Tagungsprogramm kann seit März auf der Homepage der GAB mbH - www.altlasten-bayern.de - abgerufen werden. Wie in den Vorjahren wird auch Unternehmen und Behörden die Gelegenheit geboten, sich im Rahmen des Symposiums zu präsentieren. Für Informationen steht Peter Bachhuber, Tel.: 089/447785-0 zur Verfügung. **DK**

GSB-Neustrukturierung:

Weiter nach Plan

Die Neustrukturierung der GSB läuft weiter nach Plan und in Abstimmung mit der Belegschaft, insbesondere die Abwicklung des Standorts Schwabach. Dieses Fazit zog Umweltminister Werner Schnappauf auf der dritten Sitzung des Politischen Beirats zur Neustrukturierung der GSB in Baar-Ebenhausen. Ein Konzept für die Folgenutzung des Schwabacher Geländes sei bereits in Auftrag gegeben. In den kommenden Jahren wird die Konsolidierung der Gesellschaft bei gleichbleibend hohen Sicherheitsstandards fortgeführt. Bereits in den letzten Jahren hatte sich die Betriebssicherheit der GSB kontinuierlich verbessert. So war die Zahl der emissionsrelevanten Ereignisse (Grenzwertüberschreitungen und Sicherheitsauslassöffnungen) von 337 im Jahr 1996 auf 11 in 2003 zurückgegangen. In 2004 kam es lediglich zu 8 Störungen.

Der Politische Beirat hatte auch über Grundsatzfragen der künftigen Sonderabfallentsorgung in Bayern diskutiert und sich darauf verständigt, dieses Thema in der nächsten Sitzung nach der Sommerpause zu vertiefen. Daneben wurden auch konkrete Themen zur weiteren Verbesserung der Situation in Baar-Ebenhausen, vor allem die Möglichkeit einer direkten Zufahrt durch Schaffung eines eigenen Autobahnanschlusses an die A 9 erörtert. Aus vielen Alternativen wurden zwei Varianten in die nähere Auswahl genommen. **DK**

BayWa bleibt auf Wachstumskurs

Konzernumsatz erstmals über sechs Milliarden Euro / Baustoffhandel konstant

München. Die BayWa AG München erzielte im vergangenen Jahr bei einem Umsatz von 6,1 Milliarden Euro einen Konzernüberschuss von 31,8 Millionen Euro. Das operative Ergebnis nach DVFA-Standard stieg um über 10 Prozent auf 44,9 Millionen Euro. Die Umsatzsteigerung um 3,7 Prozent kommt überwiegend aus externem Wachstum und höheren Mineralölpreisen. Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, die Dividende von 24 auf 26 Cent pro Stückaktie anzuheben.

Trotz Marktturbulenzen und schwacher Konjunktur war es nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Deml insgesamt ein gutes Jahr für die BayWa „und wir haben erneut Fortschritte erzielt“.

Um den profitablen Wachstumskurs des Konzerns fortzusetzen will die BayWa auch heuer weiter zukaufen. Derzeit führe das Unternehmen Übernahmegeräusche mit 27 Unternehmen, die meisten davon sind mittelständische Baustoffhändler in Norddeutschland. Drei dieser Unternehmen mit einem Umsatzvolumen von 135 Millionen Euro sind bereits realisiert.

Während die anhaltend schwache Baukonjunktur in der Bundesrepublik vor allem mittel-

ständische Firmen in Bedrängnis bringt, hat die BayWa im Baustoffhandel gute Zahlen vorzuweisen. Der Umsatz lag mit 1,2 Milliarden Euro fast auf Vorjahreshöhe, inklusive Franchise bei 1,2 Milliarden Euro.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg in der Sparte Bau von minus 1,7 auf 7,1 Millionen Euro. Rechtzeitig habe sich die BayWa, so Deml, auf das Geschäft mit der Modernisierung von Bauten konzentriert und so den schwachen Absatz im Neubau auffangen können. Zur Bauparte gehören auch die Bau- und Gartenmärkte, die Verkaufserlöse von 384 Millionen Euro erzielten. Sie liegen um knapp 2 Prozent unter Vorjahreshöhe.

Das Segment Agrar steuerte

2004 rund 44 Prozent zu den Konzernlöhnen bei. Mit Agrarhandel sowie technischen Investitionsgütern und Dienstleistungen erwirtschafteten die Konzerngesellschaften insgesamt einen Zuwachs von 1,8 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro. Die Steigerung im Agrarhandel kommt zu wesentlichen Teilen aus Akquisitionen und der Erweiterung des Konsolidierungskreises. Nach Jahren zögerlicher Investitionen haben die Landwirte im vergangenen Jahr auch wieder vermehrt neue Schlepper und Maschinen gekauft. Der Umsatz mit Agrartechnik wuchs um 2,5 Prozent

auf 627 Millionen Euro. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Agrarbereich lag bei 26,2 Millionen Euro.

Im Energiegeschäft, der dritt-wichtigsten Sparte im Konzern, wuchs der Umsatz vor allem wegen der hohen Mineralölpreise. Gegenüber dem Vorjahr legte er um neun Prozent auf 1,5 Milliarden Euro zu.

Für das laufende Jahr erwartet der Konzern eine stabile Geschäftsentwicklung sowie eine weitere Verbesserung der Ertragskraft. Die Geschäfte hätten sich zwar wegen des strengen Winters zeitlich verschoben. „Trotz dieser Witterungsrisiken, Konjunkturschwäche und volatiler Märkte“, so Deml, „sind wir aber zuversichtlich, dass wir 2005 noch besser abschneiden als im Vorjahr“.

E. Scholl

Umweltminister Schnappauf:

„Luftreinhalteplan für München umsetzen!“

Nach der EU-Grenzwertüberschreitung in München hat Umweltminister Dr. Werner Schnappauf die Landeshauptstadt München aufgefordert, bei der Feinstaubbekämpfung in München aktiv zu werden entsprechend dem seit November 2004 vorliegenden Luftreinhalteplan für die Landeshauptstadt München.

Schnappauf: „Die Stadt München muss jetzt handeln. München ist jetzt in der Pflicht, den gemeinsam entwickelten Luftreinhalteplan umzusetzen und sofort erste Maßnahmen zu ergreifen.“

Eine wirkungsvolle Maßnahme, die sofort gestartet werden kann, sei zum Beispiel die regelmäßige Nassreinigung der besonders mit Feinstaub belasteten Straßenzüge im Münchner Stadtgebiet. Auch andere Städte ergreifen vergleichbare Sofortmaßnahmen wie etwa Düsseldorf und Dortmund auf schwer belasteten Straßenzügen.

Gezielte Aktionen nötig

Nach Erkenntnissen des Landesamtes für Umweltschutz sind ca. 15 Prozent der Feinstaubbelastung auf Streusalz und Rollsplitt zurückzuführen. Schnappauf: „Hier kann mit gezielten Schwerpunktaktionen der kommunalen Hand sehr rasch eine merkliche Verbesserung der Feinstaubbelastung erreicht werden.“

In einem zweiten Schritt sollen die Landeshauptstadt Pläne vorlegen, mit welchen geeigneten verkehrsleitenden Maßnahmen eine Verbesserung der Situation an den besonders stark belasteten

ten Straßenzügen in München erreicht werden kann. Schnappauf: „Die Landeshauptstadt hat nach der Straßenverkehrs-Ordnung die entsprechenden rechtlichen Möglichkeiten.“

Maßnahmenpaket

Schnappauf kündigte an, dass die Staatsregierung ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen wird, das im Schwerpunkt den Bund und die EU betrifft, weil die meisten politischen Maßnahmen nur überregional entschieden werden können. Dazu zähle vor allem eine aufkommensneutrale Steuererleichterung für den Einbau von Rußpartikelfiltern. Die meisten rechtlichen Maßnahmen zur Reduzierung von Feinstaub sind Bundesrecht oder Europäisches Recht.

Schnappauf: „Wir haben in Deutschland die neuesten Technologien, um die Schadstoffbelastung im Straßenverkehr spürbar zu reduzieren. Hier ist jetzt die rot-grüne Bundesregierung aufgefordert, endlich aktiv zu werden und eine aufkommensneutrale steuerliche Förderung für den breiten Einsatz von Rußpartikelfiltern zum Schutz der Bürger und der Umwelt vorzulegen.“



Mit Erdgas als Kraftstoff ist man in jedem Fall auf der Überholspur.

Erdgasautos im Aufwind

AWO in Traunreut umwelt- und kostenbewusst unterwegs

Traunreut - Immer mehr Kunden steigen von einem herkömmlichen Benziner auf ein Erdgasfahrzeug um. Dieser Trend ist auch bundesweit zu erkennen: Fuhren Ende 2003 nur knapp 20.000 Erdgasfahrzeuge auf deutschen Straßen, so sind es heute bereits rund 28.500. Das bedeutet einen Anstieg von etwa 35 Prozent.

Für Eduard Vogt vom Opel Autohaus Günther in Traunreut ist das Erdgasauto vor allem angesichts der hohen Benzinpreise eine echte Alternative: „Mit einem Erdgasauto schone ich nicht nur die Umwelt, sondern vor allem meinen Geldbeutel.“ Denn die Tankfüllung des erdgasbetriebenen Opel Zafira schlage momentan mit nicht einmal 20 Euro zu Buche, ergänzt der Opel-Mann.

Traum erfüllt

Diesen Traum vom vollen Tank für unter 20 Euro erfüllt sich künftig die Sozialtherapeutische Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V. AWO in Traunreut. „Mit Erdgas als Kraftstoff sind wir ab sofort auf der Überholspur“, erklärt Erwin Schnürch, Leiter der Einrichtung in Traunreut, schmunzelnd über die Anschaffung eines Opel Zafira CNG. Der erdgasbetriebene Wagen ist bereits seit

zwei Wochen im täglichen Einsatz und wird vor allem für Personentransporte genutzt. Erwin Schnürch betonte bei der Fahrzeugübergabe, „dass saubere Luft und weniger Lärm weitere Aspekte waren, die für die Entscheidung Erdgasantrieb ausschlaggebend waren.“

Förderung durch Energiedienstleister ESB

Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) fördert die Anschaffung eines Erdgasautos mit einer Startprämie von 400 Euro. Je nach Fahrzeug kann der Besitzer damit etwa 11.000 Kilometer kostenlos fahren. ESB-Kunden, die sowohl mit Erdgas heizen als auch ein Erdgasfahrzeug fahren, erhalten zudem mit dem Bonusprogramm „Fahr & Spar“ 1.000 Kilowattstunden Erdgas mit der Jahresabrechnung gutgeschrieben. Um die Gutschrift zu erhalten, reicht es aus, die Kopie des Fahrzeugscheins an die ESB zu schicken.

City-Maut oder Fahrverbote in Innenstädten?

Bündnis pro Erdgasfahrzeuge wächst

Zunächst weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit traten zum Jahresbeginn neue, strenge EU-Luftqualitätsziele in Kraft. Sie legen Grenzwerte für die Konzentration von krebserregendem Feinstaub und ab 2010 auch von Stickoxiden in der Atemluft fest. Die ungefilterten Abgase von Dieselfahrzeugen sind ein Verursacher dieser Substanzen. Während derzeit viel über mögliche Lösungen wie zum Beispiel Rußpartikelfilter, City-Maut, Fahrbeschränkungen oder Straßenbefeuchtung diskutiert wird und nun auch eine erste Musterklage wegen extremer Luftverschmutzung in Berlin eingereicht wurde, werden von Experten zunehmend ganz andere Alternativen als relevant erkannt.

Für den ADAC ist die Umstellung auf umweltschonende Fahrzeuge wie zum Beispiel Erdgasbusse, Erdgastaxen und Erdgas-Pkw eine der Forderungen, um City-Maut und Fahrverbote zu umgehen. Dies machte Dr. Erhard Oehm, ADAC-Vizepräsident für Verkehr deutlich.

Auch der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) setzt sich unter anderem für den verstärkten Einsatz von Erdgas als Kraftstoff ein. Im Interview mit dem am 30. März erscheinenden Informationsdienst „Das Erdgasfahrzeug“ erklärte Gerd Lottsiepen, Verkehrspolitischer Sprecher des VCD: „Die Kommunen haben das Problem lange verdrängt und müssen nun handeln, sonst verstoßen sie gegen geltendes Recht. Je länger die Verantwortlichen zögern, desto häufiger wird es zu Verkehrsbeschränkungen kommen müssen.“ Er empfehle bei Neuananschaffungen neben Dieselfahrzeugen, die zwingend mit Partikelfilter ausgerüstet sein sollten, Erdgasfahrzeuge. Durch deren Einsatz auch in öffentlichen Busflotten ließen sich zudem noch erhebliche Potenziale zur Verbesserung der Luftqualität erschließen.

Wie die HNA Hessische Allgemeine berichtete, fordert genau dies auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) bundesweit von Kommunen, beziehungsweise deren Verkehrsbetrieben. So sollten nur Neubusse mit Partikelfiltern oder Erdgasantrieb angeschafft werden.

Wer selbst etwas gegen die Umweltbelastung tun will, dem bietet sich mit einem Erdgasfahrzeug tatsächlich eine lohnende Alternative - sowohl ökologisch als auch ökonomisch. Denn Erdgasautos haben weder ein Partikel-, noch ein Stickoxidproblem. Zudem ist für Erdgas als Kraftstoff ein günstiger Mineralölsteuersatz bis 2020 festgeschrieben. Damit tankt man fürs halbe Geld.

Breite Modellpalette

Mittlerweile hat die Autoindustrie Modelle für fast jeden Anspruch im Angebot. Nach Angaben des Kraftfahrtbundesamtes ist entsprechend die Zahl der Erdgasfahrzeuge auf Deutschlands Straßen im vergangenen Jahr um 42 Prozent auf 27.175 gestiegen. Unter anderem bieten Fiat, Opel, Volkswagen und Volvo eine breite Produktpalette an Fahrzeugen an, die mit Erdgas betrieben werden.

Erstmalig präsentiert Volkswagen auf der am 2. April beginnenden Automobil International 2005 (AMI) in Leipzig die seriennahen Studien der Modelle Caddy und Touran mit Erdgasantrieb. Zu sehen sind die quasi-monovalenten Fahrzeuge auf dem Gemeinschaftsstand Erdgasfahrzeuge in Halle 3, Stand E32. Ebenfalls seine Weltpremiere feiert dort der Ford Focus C-MAX mit Erdgasantrieb, der voraussichtlich im August dieses Jahres auf den Markt kommt.

Geoinformationssysteme:

Leitfaden zur Datenqualität für Planungsbüros und Behörden

Die Aufgabe, Geobasisdaten bereitzustellen, bedingt höhere Anforderungen an die Qualität der Daten, aber auch an die Art und Weise des Vorhaltens und Bereitstellens der Daten. Zu dieser Sachlage passt vortrefflich, dass sich eine unabhängige Stelle wie das Institut für Angewandte Forschung der Fachhochschule Nürtingen in Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch GIS e.V. in München und ausgewählten GIS-Fachleuten aus der Praxis mit dem Thema Qualität von digitalen Daten in besonderer Weise auseinandersetzt. Mit der Handreichung „Geoinformationssysteme - Leitfaden zur Datenqualität für Planungsbüros und Behörden“, herausgegeben vom Runden Tisch Geoinformationssysteme e.V. München, ist der Nutzer und Kunde auf einem wichtigen Arbeitsfeld nicht mehr auf sich allein gestellt, sondern hat eine verlässliche Orientierungshilfe zur Hand bekommen.

Viele Gemeinden, Städte, Landkreise, aber auch weitere Behörden und Institutionen haben zwischenzeitlich ein geographisches Informationssystem eingeführt. Auf GIS-Daten basieren in zunehmendem Maße Planungen und Entscheidungen. Deren Richtigkeit hängt oft ganz wesentlich von der Qualität der verwendeten Daten ab. Alle - ob Kommunen, Planungsbüros oder sonstige Behörden - erhalten mit diesem Leitfaden konzentriert und doch umfassend wichtigste Informationen zu GIS und Datenqualität. Ein Thema, das beispielsweise bei Ausschreibung und Vergabe von Planungen und Ingenieurleistungen sowohl für den Auftraggeber wie für den Auftragnehmer bedeutend ist.

Verlässliche Daten

Der Nutzen des GIS-Einsatzes in der Kommune liegt in fundierteren Entscheidungen auf der Basis aktueller und genauer Daten und Arbeitserleichterungen, da Informationen schneller gefunden werden. Dies hat wiederum eine schnellere Erledigung von Verwaltungsvorgängen sowie besseren Bürgerservice zur Folge.

Dieser angestrebte Nutzen kann, so die Autoren, nur erreicht werden, wenn die Daten verlässlich sind, also in der

benötigten Qualität vorliegen. Wenn beispielsweise Kanaldaten digital vorliegen und schnell verfügbar sind, ist das eine Arbeitserleichterung für einen Sachbearbeiter. Wenn er sich allerdings nicht darauf verlassen kann, dass die Daten aktuell und vollständig sind, nützen sie nichts. Mühsame Recherche ist dann erforderlich.

Beeinflussbare Qualität

Die Qualität der Daten kann bei der Datenbeschaffung, der Datenerhebung und der Datenpflege beeinflusst werden: Zu beschaffende Daten sollten, wenn möglich, in der für die Anwendung notwendigen Qualität und Struktur bezogen werden. Für Geodaten, deren Erhebung vergeben wird, sollten genaue Ausschreibungskriterien vorgegeben werden. Bei Datenerhebungen und Weiterführung von Daten sind genaue Vorgaben zu definieren und deren Einhaltung zu überprüfen.

Hilfestellung

Der Leitfaden gibt hierzu anhand von Beispielen und Checklisten Hilfestellung. Bei Nichtbeachtung der Qualitätsaspekte kann es zu negativen Folgen kommen: Daten, die mit viel Geldeinsatz und Aufwand erhoben wurden, sind nur für ein be-

stimmtes Projekt zu gebrauchen.

Wertlose Daten

Für Folgeprojekte müssen Daten nochmals erhoben werden, was wiederum enorme Kosten verursacht. Schlecht dokumentierte Daten werden spätestens bei einem Mitarbeiterwechsel wertlos, weil ihre Aussagekraft nicht mehr beurteilt werden kann. Sie müssen dann bei Bedarf neu erhoben werden.

Ersparnis an Zeit, Kosten und Aufwand

Im schlimmsten Fall kann es passieren, dass Entscheidungen

Herzogenaurach forciert eGovernment

Die Stadt Herzogenaurach will ihr eGovernment-Angebot weiter ausbauen. Grundlage dafür ist ein Handlungsleitfaden, den die Curiavant Internet GmbH erstellt hat. Mit weiteren Online-Dienstleistungen will die Stadt ihren Service steigern und die Vorteile des eGovernments für Bürger, Unternehmen und Verwaltungsintern nutzbar machen.

Die Curiavant Internet GmbH hat für die Stadt Herzogenaurach einen Handlungsleitfaden erstellt, auf dessen Basis weitere eGovernment-Aktivitäten der Kommune geplant und umgesetzt werden sollen. Der Handlungsleitfaden ist der erste Bestandteil eines Konzeptes für einen stufenweisen Auf- bzw. Ausbau des eGovernment-Angebotes der Stadt Herzogenaurach.

Solide Basis für den Ausbau des Angebots

Curiavant analysierte verschiedene erfolversprechende und zielführende Prozesse innerhalb der Kommune und stellte eine Prioritätenliste der nächsten Schritte vor. Empfehlung der Fachleute ist, das vorhandene Formularangebot weiter auszubauen und um verschiedene serviceorientierte Anwendungen zu ergänzen.

Die Grundlagen für den Ausbau der Online-Kommunikation hat Herzogenaurach bereits mit einem neuen Dokumentenmanagement- und Workflowsystem gelegt. Es ermöglicht die medienbruchfreie Bearbeitung von Vorgängen. Großes Lob gab es für den Internetauftritt der Stadt: Dank klarer Strukturen und des reichhaltigen Infor-

am der Basis fehlerhafter Daten getroffen werden und dadurch Folgekosten entstehen. Die Beachtung der vorgestellten Qualitätsaspekte mag kurzfristig einen Mehraufwand bedeuten. Mittel- und langfristig lassen sich so aber Zeit, Kosten und Aufwand in deutlichem Umfang sparen.

Hoher Anspruch

Der Leitfaden ist fachlich anspruchsvoll und setzt Grundkenntnisse in Geoinformationssystemen (GIS) und in der Planung voraus. Er gibt auf weniger als 50 Seiten konzentriert Informationen zum Thema GIS und Datenqualität. Er baut auf dem vom Bayerischen Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag, der Vermessungsverwaltung und dem Runden Tisch GIS e.V. herausgegebenen Leitfaden für GIS-Einsteiger in Kommunen auf. **DK**

mationsangebotes ist er bereits ein echter Mehrwert für Bürger und Wirtschaft.

Vorteile für Bürger, Unternehmen und Verwaltung

Mit ihrem wachsenden Online-Angebot will die Stadt Herzogenaurach den Service für ihre Bürger und ansässigen Unternehmen kontinuierlich steigern und ihr positives, modernes Image weiter ausbauen. Beide Gruppen erwarten heutzutage von Behörden attraktive und schnelle Service-Angebote, die sie unabhängig von Geschäftszeiten nutzen können und die ihnen Wege- und Wartezeiten ersparen.

Erhebliches Potenzial

Doch auch für die Verwaltung selbst erschließt sich ein erhebliches Nutzenpotenzial. Zum Beispiel mit der Entlastung von Routinearbeiten, der Reduzierung von Mehrfacherfassungen und der gezielten Optimierung von Geschäftsprozessen. Innovative und moderne eGovernment-Dienstleistungen nach innen und außen sollen das Image der Stadt weiter prägen und den Standort noch attraktiver machen. **☞**

Neuer Shopping-Guide auf www.muenchen.de

Attraktive Präsentationsplattform für den Münchner Einzelhandel / Schnelle Orientierungshilfe für den Verbraucher

muenchen.de, das offizielle Stadtportal der Landeshauptstadt, setzt neue Impulse für das regionale Marketing: In Zusammenarbeit mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft hat muenchen.de eine Allianz zur Vermarktung des Münchner Einzelhandels über das Internet ins Leben gerufen. Ergänzend zu seinem bisherigen umfassenden Informations- und Dienstleistungsangebot lädt muenchen.de ab sofort zu einem virtuellen Schaufensterbummel durch die Einkaufsstadt München ein.

Der neue Shopping Guide bietet dem Münchner Einzelhandel eine moderne Kommunikationsplattform, um Münchnerinnen/Münchner und Touristen/Gäste zielgruppengerecht über das World Wide Web zu erreichen. Zur Realisierung des neuen Shopping Guides im Stadtportal muenchen.de haben sich Politik, Handelsverbände, Wirtschaftskammern und Einzelhandelsgeschäfte zu einer Allianz zusammengeschlossen.

Die Reaktionen der Münchner Wirtschaft auf den neuen Online-Service sind überaus positiv. Die Kammern und Verbände sowie zahlreiche führende Einzelhändler sehen im Shopping Guide eine qualitativ hochwertige Plattform, um ihre Kunden noch zielgenauer und informativer anzusprechen. **☞**



Landratsamt Fürstfeldbruck:

Überarbeiteter Internetauftritt

Das Landratsamt Fürstfeldbruck hat seinen bestehenden Internetauftritt - www.lra-ffb.de - grundlegend überarbeitet und stellt ihn seit Mitte März der Öffentlichkeit zur Verfügung. Im Vergleich zur bisherigen Homepage fällt das neu gestaltete Design ins Auge, das sich in das einheitliche Erscheinungsbild des Landratsamtes bei Informationsträgern einfügt. Außerdem sollen mehrere mögliche Suchwege, eine nachvollziehbare Gliederung und bürgernahe, gebräuchliche Bezeichnungen die Orientierung im erweiterten Informationsangebot erleichtern, so Landrat Thomas Karmasin (sitzend). Erstmals wird für die Landkreisbürgerinnen und -bürger auch die Reservierung von Wunschkenntnissen online von zu Hause aus möglich sein. Ferner war es ein wichtiges Anliegen, sehbehinderten und blinden Besucherinnen und Besuchern der Homepage einen möglichst barrierefreien Zugang zu den darauf enthaltenen Informationen zu bieten. Anspruch auf Vollständigkeit erhebt der Internetauftritt des Landratsamtes allerdings nicht. Er wird fortlaufend aktualisiert und auch erweitert werden, um auch in Zukunft dem Informations- und Serviceanspruch der Bürgerinnen und Bürger möglichst gerecht zu werden. **☞**

Pilotprojekt erfolgreich abgeschlossen

Microsoft unterstützt Regensburger Realschule bei zukunftsorientierter Ausbildung

Die Regensburger Realschule Pindl hat die Pilotphase der Notebook-Einführung erfolgreich abgeschlossen. Alle Schüler der heutigen 7. und 8. Klassen sowie je zwei der drei 9. und 10. Klassen sind heute mit Notebooks ausgestattet. Das Ziel dieses Projektes ist das Erreichen des internationalen Computerführerscheins als Referenz für Bewerbungen. Seit dem Schuljahr 2004/05 ist das Notebook als elektronisches Hilfsmittel fester Bestandteil des Unterrichts. Alle Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 7 lernen damit bereits während ihrer Schulzeit die Computerprogramme kennen, die sie in der weiteren Ausbildung und im Beruf verwenden. Microsoft stellt als Partner der privaten Realschule Pindl e.V. im Rahmen des Projektes „Notebook-Schule“ je 100 Programmlicenzen für Office 2003 und OneNote zur Verfügung.

„Wir wollen den Kindern zukunftsorientierte Ausbildung bieten. Heutzutage gibt es wohl kaum noch Berufe, in denen keine Computer eingesetzt werden“, erklärt Schulleiter Jens Scheffel. Dennoch ist der Computer niemals der Mittelpunkt des Unterrichts. Er ersetzt nicht die bisher übliche Heftführung und Mitschriften sowie „klassische“ Hausaufgaben und Prüfungen. Das Notebook steht den Schülern lediglich als ergänzendes Hilfs- und Arbeitsmittel zur Verfügung. Die Schüler bereiten Referate mit PowerPoint vor, untersuchen mathematische Zusammenhänge mit Excel-Tabellen oder führen ihr Vokabelheft in einem digitalen Karteikartensystem.

Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit

Durch die individuelle Benutzung des Notebooks verbessert sich die Kommunikationsfähigkeit der Schüler. Die Verwendung von Unterrichtsoftware oder das Erstellen eigener Dokumente ermöglicht eine Differenzierung des Lerntempos. Dies fördert und fördert leistungsstärkere und -schwächere Schüler gleichermaßen.

Neben dem Spaß an der Computerarbeit sollen auch die Grenzen dieser Technik aufgezeigt und die Schüler für den kritischen Umgang mit der In-

formationsflut im Internet sensibilisiert werden.

Technische Ausstattung

Um dieses Projekt zu ermöglichen, bildet die Schule ihre Lehrkräfte für den internationalen Computerführerschein aus. Zudem wurden die Gebäude durch die notwendige IT-Technik-Ausstattung wie WirelessLAN, Beamer und Lautsprecheranlage ergänzt.

Zur Gewährleistung der Sicherheit dieses wertvollen Arbeitsmittels stellt die Schule jedem Notebookbesitzer ein persönliches, abschließbares Schließfach zur Verfügung und kümmert sich um die Versicherung der Geräte.

Projektphasen

Im November 2001 initiierte Schulleiter Jens Scheffel das Notebook-Projekt zunächst in einzelnen Klassen. Mit dem Beginn des Schuljahres 2004/2005 wurden die drei neuen 7. Klassen integriert. In den nächsten zwei Jahren sollen alle 7. bis 10. Klassen der Realschule Pindl mit dem Notebook arbeiten.

Zum Schuljahresbeginn 2004/2005 ist Microsoft in dieses Projekt eingestiegen und hat einen Wettbewerb veranstaltet, bei dem die Schüler das neue Programm OneNote in der Verwendung als „elektronisches Schulbuch“ testen und bewerten sollten. **☞**

Volkshochschulen der IT-Region:

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mitglieder der Geschäftsführung der Volkshochschulen Salzburg, Traunstein, Rosenheim und Kufstein haben bei einem Treffen in Rosenheim eine Arbeitsgemeinschaft „Erfahrungsaustausch Volkshochschulen“ im Rahmen der „IT-Region Salzburg - Rosenheim - Kufstein“ gegründet.

Das Treffen kam auf Initiative von Günter Scholz (Geschäftsführung VHS Traunstein) zustande. Gastgeber war Werner Pichlmeier, Leiter des Hans-Schuster-Hauses der Rosenheimer VHS.

Erfahrungsaustausch

Ziel der Zusammenarbeit ist der grenzüberschreitende Austausch von Erfahrungen der Volkshochschulen mit ihren vielfältigen Angeboten der Aus- und Weiterbildung. Einerseits können die Erfahrungen der Volkshochschulen mit praktischen Problemen ausgetauscht werden, andererseits könnten die Angebote der unterschiedlichen VHS-Einzugsgebiete innerhalb der IT-Region zu einem koordinierten Netz von Bildungsangeboten zusammen wachsen, das über eine gemeinsame Internet-Plattform für alle Bürger der Region erreichbar wäre.

Die Ideen reichen von gemeinsamen Projekten, z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien für Frauen und Senioren, bis hin zur Bildung eines grenzüberschreitenden Fachreferentenpools mit Salzburg, Rosenheim, Kufstein, Traunstein

und dem Berchtesgadener Land. Im Gespräch stellten die Teilnehmer fest, dass fast alle mit derselben Software aus Mühlendorf für die Kursverwaltung arbeiten. „Da sollten wir uns als erstes zusammensetzen, unsere Erfahrungen austauschen und bei Mitarbeiterschulungen und dem Austausch von Zusatzwertungen kooperieren.“, empfahl Günter Kotrba, Direktor der VHS Salzburg.

Wechselseitiger Gewinn

„Bei der Zusammenarbeit können die Volkshochschulen und die Bürger als Kunden nur gewinnen.“, begrüßte Prof. Dr. Roland Feindor als Leiter der Arbeitsgruppe Bildung/Qualifizierung der IT-Region die neue Initiative.

Natürlich ist die neue Arbeitsgemeinschaft für alle Volkshochschulen der Region offen.

Susanne Eberhardt von der VHS Rosenheim steht als Ansprechpartnerin und Koordinatorin des „Erfahrungsaustausches Volkshochschulen der IT-Region“ zur Verfügung. Sie ist unter Susanne.Eberhardt@rosenheim.de erreichbar. **☞**

15 Jahre Fränkisches Freilandmuseum Fladungen:

„Region im Blickpunkt“ das Saisonmotto für 2005

Das Fränkische Freilandmuseum im unterfränkischen Fladungen feiert heuer sein 15-jähriges Bestehen unter dem Motto „Region im Blickpunkt“. Seit April präsentieren sich Städte und Gemeinden, in denen die im Museum aufgebauten historischen Gebäude ihren ursprünglichen Standort hatten. Jeden Monat ist ein anderer Ort im Programm. Zum Museumsfest am 28. August ist außerdem ein „Festumzug der Regionen“ geplant.

Der Veranstaltungsreigen wird durch die Stadt Fladungen eröffnet. Sie veranstaltet an den Aprilsonntagen ein Schafkopfen, ein Wirtshaussingen und Platzkonzerte. Auch eine historische Feuerwehrrückführung wird im April zu sehen sein. Im Mai präsentiert sich die Gemeinde Wiesthal den Museumsbesuchern. Am Deutschen Mühlentag wird somit nicht nur Raps gekollert und geschlagen, sondern auch ein kur-

zer Vortrag mit Bildern der Wiesthaler Mühlen gehalten werden. Außerdem werden die Wiesthaler Musiker aufspielen. Da die Kommunbrauerei des Museums aus Alsleben stammt, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Gemeinde Alsleben den traditionellen Museums-Bieranstich im Juni als Veranstaltungstermin ausgesucht hat. Sie wird, zusammen mit der Gemeinde Trappstadt, dieses Fest gestal-

ten. Im Monat Juli stehen die Walddörfer Sandberg, Schmalwasser und Langenleiten „im Blickpunkt“. Diese Orte beherbergen heute noch zahlreiche Schnitzkünstler, die an den Juli-sonntagen ihre Fertigkeiten im Museum zeigen.

Musik und Malerei

Alljährlich pilgern zu St. Bartholomäus Gemeindeglieder aus Leutershausen zu „ihrer Kirche“ ins Freilandmuseum. Auch in diesem Jahr wallt die Kirchengemeinde am 27. August nach Fladungen. Darüber hinaus wird die Gemeinde im August Fotos ihrer neu erbauten Kirche ausstellen. Oberbernhards, das zur Marktgemeinde Hilders gehört, wird sich im September ein ganzes Wochenende lang mit Musik, Malerei, Nachbildungen keltischen Töpferhandwerks und lokalen Spezialitäten präsentieren. Bahra und Mühlfeld, zwei im Grabfeld gelegene Gemeinden, stellen sich im Oktober mit einer gemeinsamen Erntedankveranstaltung den Museumsbesuchern vor und beschließen mit einer breiten Palette an Aktivitäten den Veranstaltungsreigen.

Zum Höhepunkt der Saison, dem Museumsfestsonntag am 28. August, wird es einen „Festumzug der Region“ geben. Alle

Gemeinden des Landkreises Rhön-Grabfeld werden mit Abordnungen in Fladungen erwartet. Darüber hinaus werden sich Gemeinden aus benachbarten Landkreisen, sowie befreundete Delegationen beteiligen. Hierbei wird, ganz automatisch, die kulturelle Vielfalt dieser Region samt ihrer Verbindungen zum Ausdruck kommen und sprichwörtlich für alle Einheimischen und Gäste „sichtbar werden“. Da es sich um keinen historischen, sondern um einen regionalen Umzug handelt, der sich dem Betrachter nicht auf Anhieb erschließt, wird Hanns Friedrich vom Bayerischen Rundfunk den Zug bei seiner Ankunft im Museum kommentieren.

Schafkopf und Musikbox

2005 wird das Museum zwei neue Ausstellungen im Eingangsbau zeigen. In der Zeit vom 3. April bis 28. August wird die Wanderausstellung des Bezirks Unterfranken: „Schafkopf und Musikbox - Einblicke in unterfränkische Dorfwirtschaften 1950 - 1970“ zu sehen sein.

Ab dem 15. September werden die Ergebnisse des Schülerwettbewerbes: „Was macht unsere Heimatregion aus? Packe Sie in einen Koffer!“ präsentiert. Dieser Schülerwettbewerb ist Teil des LEADER+ Projektes „Region im Koffer“. Das Projekt wird vom Museumsverband Rhön-Saale, zusammen mit den beiden Landkreisen Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen durchgeführt und soll die regionale Identität stärken.

Auch „Freilichtkino im Freilandmuseum“ steht ganz im Zeichen des Heimatmottos. Die Freilichtkinowochenserie wird in der ersten Ferienwoche, vom 2. bis 6. August, durchgeführt. „Keine Angst“ so Susanne Orf, „wir werden keine röhrenden Hirsche vor Alpenkulisse zeigen.“

„Heimat im Film“

Erstmals wird im Freilandmuseum auch ein Filmseminar für Schulklassen (11.-13. Klasse) angeboten. Thema auch hier: „Heimat im Film“. Im Vordergrund steht die medien-

pädagogische Arbeit mit dem eigenen Heimatbegriff.

„Botschafterinnen“

Angesichts der Vielzahl an Veranstaltungen im Festjahr wird die Museumsleitung bei ihren Repräsentationspflichten durch „Botschafterinnen“ aus dem Kreis der Museumsführer unterstützt. Diese „Botschafterinnen“ werden die Akteure aus Städten und Gemeinden begrüßen und dazu beitragen, dass deren Auftritt im Museum für alle zu einem schönen und unvergesslichen Erlebnis wird. **DK**

„Heimat - zwischen heit und seinerzeit“

Literarische Begegnungen im Freilichtmuseum Massing

Seit fünf Jahren finden im Freilichtmuseum Massing, in der alten Wirtsstube des Heilmeierhofes, die LiteraturFreitage statt. Diese literarischen Begegnungen zwischen Autoren, Texten und Zuhörern sind mittlerweile zu einem festen und beliebten Termin im Kulturkalender geworden. In diesem Jahr stehen die LiteraturFreitage unter dem Motto „Heimat - zwischen heit und seinerzeit“. Von April bis Juni werden dabei „erlesene“ Texte von Autoren aus Niederbayern und angrenzenden Regionen zu Gehör gebracht - umrahmt, begleitet und untermauert von ausgewählter Instrumentalmusik.

Den Auftakt bildet am 8. April 2005 „Die Zauberflöte“ von Bohumil Hrabal in einer dramatischen Erzählung für Sprecher und Trompete von Anton Prestele. Bohumil Hrabal (1914 - 1997), Staatspreisträger für Literatur, zählt zu den bekanntesten und beliebtesten tschechischen Erzählern des 20. Jahrhunderts. Sein autobiographisches Werk „Die Zauberflöte“ hat der Komponist und Interpret Anton Prestele in eine dramatische Erzählung mit Musik verwandelt. Die Textzwischenräume füllt der Münchner Jazztrompeter Peter Tuscher mit Interpretationen und feinen Improvisationen.

Am 22. April 2005 folgt „Blech hören - Blech wörtlich“ der beiden gebürtigen Passauer Wolfgang Sréter und Leo Gmelch - ein weiterer gelungener Versuch, Literatur und Musik in einem spannenden Programm zusammen zu bringen. Ironisch-melancholische Texte spiegeln die große Erzähllust des Autors wider. Begleitend

dazu sind Eigenkompositionen, musikalische Zitate und freie Interpretationen von Leo Gmelch auf Bassposaune und Tuba zu hören.

Glanzvoller Abschluss

Den Abschluss der dreiteiligen LiteraturFreitage bildet am 10. Juni 2005 eine Wilhelm-Diess-Lesung von Dr. Hans Götter. In der ihm eigenen, schon klassisch gewordenen Manier wird er Texte des niederbayerischen Autors vortragen. Ebenso eigen gestaltet sich die musikalische Umrahmung der Lesung durch das Mundharmonika-Trio Sigl. Die gebürtigen Straubinger arrangieren mit Melodie, Bass und Akkordbegleitung Klassiker und Eigenkompositionen zu einem schwungvollen Potpourri.

Die Lesungen beginnen jeweils um 20:00 Uhr, der Eintritt ist frei. Veranstalter sind wie in den Jahren zuvor der Bezirk Niederbayern und das Freilichtmuseum Massing. **DK**

Regionalkonferenz in Straubing:

Plädoyer für bessere Verkehrswege

Ostbayerns Bau- und Verkehrswirtschaft fordert bis 2015 zusätzlich eine Milliarde Euro

Im Rahmen einer Fachkonferenz diskutierten im Rathaus Straubing Oberbürgermeister Reinhold Perlak, Repräsentanten des Bayerischen Bauindustrieverbandes sowie Verkehrsexperten über die dringend notwendigen Investitionsmaßnahmen in die Verkehrsinfrastruktur in Ostbayern in den kommenden Jahren.

Ostbayerns Verkehrswege sind den rasant wachsenden Verkehrsströmen im Zentrum Europas nicht mehr gewachsen. Zahlreiche Projekte des Straßen- und Schienenverkehrs aber auch die Wasserstraße Donau kommen nicht schnell genug voran. In Niederbayern sind hiervon besonders die Bundesstraßen B 20, B 15 neu, B 11 und B 12 sowie die Bundesautobahnen A 3 und A 94 betroffen.

Wachsender Verschleiß

Die immer stärker ausgedünnten Investitionshaushalte von Bund, Ländern und Kommunen sind nicht mehr in der Lage, dem wachsenden Verschleiß bei der Verkehrsinfrastruktur adäquat mit Unterhaltsinvestitionen zu begegnen.

In ihren Statements forderten Oberbürgermeister Reinhold

Perlak in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender der kreisfreien Städte in Niederbayern des Bayerischen Städtetages, Walter Gegenfurtner als Vorstand und verkehrspolitischer Sprecher des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Robert Fahrner vom Landesverband Bayerischer Bauingenieurwesen (LBT) e.V. und Willi Gerner vom Deutschen Wasserstraßen- und Schifffahrtsverein Rhein-Main-Donau e.V. (DWSV) konkret eine Milliarde Euro zusätzlich für bessere Verkehrswege in Ostbayern.

Nur dadurch sei es möglich, den Infrastrukturverfall zu stoppen, Verkehrsprojekte im Rahmen des Programms „Europäische Einheit“ anzuschließen und die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt zu stärken. **DK**



Altbürgermeister und Ortsheimatpfleger Hans Schuster überreichte sein neuestes Buch „Geschichte und Geschichten“, in dem es in den meisten Beiträgen um die Geschichte Hemaus geht, an Bürgermeister Hans Pollinger und Stadtcivar Thomas Feuerer. Bild: Markus Bauer

Zum 700-jährigen Stadtjubiläum Hemaus:

Großer Veranstaltungsreigen

Die Tangrintelstadt Hemaus begeht in diesem Jahr ihr 700-jähriges Stadtjubiläum. Der Faschingszug, ein Konzert des Vokalensembles Cantaloupes und ein Vortrag von Altbürgermeister Hans Schuster eröffneten den großen Reigen an Veranstaltungen, die bis zum Dezember mit dem Christkindlmarkt andauern.

Stichtag ist der 3. Dezember 1305. An diesem Tag, so schreibt Hemaus Stadtarchivar Thomas Feuerer, „belehnte Bischof Wulfing von Bamberg, der von 1304 bis 1318 in diesem geistlichen Amt wirkte, die Herzöge Rudolf und Ludwig von Bayern nicht nur mit Hemaus und dem ganzen Tangrintel, sondern auch mit fast allen Gütern, die der kurz zuvor kinderlos verstorbene Graf Gebhard von Hirschberg (+ 4. März 1305) von der Bamberger Kirche als Lehen gehabt hatte.“ In dieser Urkunde wird Hemaus - zumindest nach dem derzeitigen Stand der Quellen - erstmals als „opidum Hembaur“, also als Stadt, bezeichnet. In einer Urkunde aus dem Jahre 1273 wird Hemaus noch als Markt benannt, in den darauf folgenden Jahrzehnten muss Hemaus also zur Stadt aufgestiegen sein.

Exakt an dem Tag, an dem sich die erstmalige Beurkundung Hemaus als Stadt zum 700. Male jährt, am 3. Dezember 2005, wird im Zehentstadel Hemaus ein öffentliches Symposium „700 Jahre Stadt Hemaus“ durchgeführt. Doch viele weitere, zum Teil überregional bedeutsame Veranstaltungen laufen in den Monaten bis dahin. Am 24. April lädt die Stadt Hemaus zu einem Frühlingsmarkt ins Stadtzentrum ein. Sechs Tage später leistet die Freiwillige Feuerwehr Hemaus ihren Anteil zum Stadtjubiläum mit dem Landkreisescheid zum Bundesjugendwettkampf, am 14. Oktober ist in Hemaus die Kreisfeuerwehrverbandsversammlung. Weitere zum Teil traditionelle Konzerte der Stadtkapelle, von Cantaloupes, der

Tanngrindler Musikanten und der Liedertafel zu ihrem eigenen 125. Geburtstag gehören ebenso zum Festprogramm wie ein Mittagskonzert des Spielmanns- und Fanfarenzuges der Tangrintel Königstreu und ein Benefizkonzert des Nordbayerischen Jugendblasorchesters.

Festakt am 25. Juni

Der erste Höhepunkt steigt am 25. Juni um 11 Uhr mit dem Festakt zur 700-Jahr-Feier. Um 14 Uhr ist ein festlicher Gottesdienst, danach sozusagen das Jubiläums-Bürgerfest im gesamten Stadtplatzbereich. Auch bei dem vom 2. bis 6. September stattfindenden Tangrintel-Volksfest wird mit dem Historischen Festzug am Nachmittag des 4. September auf das 700-jährige Jubiläum der Stadt gebührend eingegangen. Der Bayerische Bauernverband hält sein Zentrales Erntedankfest heuer am 25. September anlässlich des Hemauser Jubiläums in der dortigen Tangrintelhalle ab.

Einen Querschnitt des Hemauser Kulturschaffens gibt es am 22. Oktober bei der dritten Auflage von „Mixed Pickles“ zu sehen, eher bodenständige Musik ist dagegen am 19. November beim Volksmusikabend des Landkreises Regensburg zu hören. Hier feiern auch am 5. November die Obst- und Gartenbauvereine des Landkreises Regensburg ihren Jahresabschluss. Einen Monat lang, vom 25. Juni bis 24. Juli wird außerdem im Hemauser Zehentstadel die Jubiläumsausstellung „700 Jahre Stadt Hemaus“ zu sehen sein. **DK**

Ehrung des Bezirks Oberfranken:

Zum 70. Geburtstag von Vizepräsident Kotschenreuther

Anlässlich seines 70. Geburtstages ehrte der Bezirk Oberfranken Hans Kotschenreuther mit einem festlichen Empfang im Forchheimer Rathaus. Langjährige Weggefährten, wie Jürgen W. Heike, Staatssekretär im Bayerischen Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Manfred Hölzlein, Bezirksstagspräsident von Niederbayern, und der mittelfränkische Bezirksstagspräsident Richard Bartsch hoben in ihren Reden das soziale Engagement von Hans Kotschenreuther hervor.

Ausführlich ging auch Dr. Günther Denzler, Bezirksstagspräsident von Oberfranken, auf die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit des Jubilars ein. Das von Hans Kotschenreuther selbst gewählte Motto: „Damit unsere Kranken, Behinderten und Pflegebedürftigen einen guten Platz in unserer Gesellschaft haben“, fasse seine vielen Tätigkeiten und Aufgaben einprägsam zusammen, so Denzler.

„Kommunalpolitisches Vorbild“

Der oberfränkische Regierungspräsident Hans Angerer hob auf die Funktion von Hans Kotschenreuther im Stiftungsrat der Oberfrankenstiftung ab. „Ich freue mich, wenn ich bei verschiedenen Gelegenheiten in Oberfranken mit Ihnen zusammentreffe“, formulierte Hans Angerer die angenehme und sehr gute Zusammenarbeit. Als „kommunalpolitisches Vorbild“ bezeichnete Dr. Michael Hohl seinen oberfränkischen Bezirksstagskollegen.

Werdegang

Hans Kotschenreuther wurde 1970 in den Bezirkstag von Oberfranken gewählt und ist damit einer der dienstältesten Bezirksräte in Bayern. Seit 1972 ist er zudem im Kreistag des Landkreises Forchheim vertreten. 1982 wurde Hans Kotschenreuther der stellvertretende Fraktionsvorsitz der CSU-Fraktion im oberfränkischen Bezirkstag übertragen. Mit der Bezirkstagswahl im Jahre 2003 ernannte ihn der oberfränkische

Bezirkstag neben Eberhard Siller zum Bezirkstagsvizepräsidenten.

Kompetente Leitung

Auf Verbandsebene gehört Kotschenreuther seit 1986 dem Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke an. Im selben Jahr wurde er auch in den Fachausschuss für Soziales gewählt. In diesem Gremium übertrug man ihm den Vorsitz, den er bis heute kompetent und engagiert leitet.

Die Belange der Menschen mit Behinderung lagen Hans Kotschenreuther schon immer am Herzen. So ist er 2. Vorsitzender des Vereins Lebenshilfe und Mitglied des Aufsichtsrates der Werkstätten GmbH für Menschen mit Behinderung. Außerdem übt er das Amt des Vorsitzenden der Blindenanstalt Nürnberg aus.

Zahlreiche Auszeichnungen

Für sein kommunalpolitisches und ehrenamtliches Engagement erhielt Hans Kotschenreuther zahlreiche Auszeichnungen. 1978 zeichnete ihn der Bezirks Oberfranken am Bande wurde ihm im Jahre 1991 verliehen und vier Jahre später, 1995, erhielt Hans Kotschenreuther die Verdienstmedaille für die kommunale Selbstverwaltung. Hans Kotschenreuther ist außerdem Träger der Goldenen Bürgermedaille der Stadt Forchheim. **DK**

Netzwerk UNSER LAND:

Unterstützung eines Agrarprojekts von Tsunami-Opfern in Sri Lanka

Nach der Soforthilfe für die Tsunami-Opfer steht nun die langfristige Wiederaufbauarbeit an. Die zum Netzwerk UNSER LAND zählenden Regionen engagieren sich ab sofort für Bauern in Sri Lanka.

Wiesenheu aus den Regionen rund um München - das ist eigentlich ein Produkt wie es heimischer nicht sein kann. Aber genau dieses Produkt ermöglicht es den Verbrauchern, auf ganz einfache Art und Weise den Opfern der Flutwelle in Sri Lanka zu helfen. Dreißig Cent jeder verkauften Tüte Wiesenheu spendet das Netzwerk UNSER LAND einem Projekt in Weligama auf Sri Lanka. Dabei trägt jeweils das Netzwerk zehn Cent, die Kaisers Tengelmann AG zehn Cent sowie Erich Klas zehn Cent. Er ist der Landwirt, der das Wiesenheuprojekt ins Leben rief und heute mit der Erzeugung und Abfüllung betraut ist. Der Verbraucher zahlt natür-

lich den normalen Preis. Hilfe bei dieser Aktion erhält das Netzwerk von dem prominenten Skiläufer-Paar Christian Neureuther und Rosi Mittermeier und dem 2. Bürgermeister von Unterhaching Volker Panzer.

Langfristiger Wiederaufbau im Vordergrund

„Die Soforthilfe war ungeheuer wichtig nach der Katastrophe. Aber jetzt geht es um den langfristigen Wiederaufbau und da brauchen die Menschen in den betroffenen Gebieten konkrete Unterstützung!“ Christian Neureuther engagiert sich schon seit einem Jahr in Projekten des Netzwerkes UNSER

LAND. Die Hilfe für die Tsunami-Opfer liegt ihm am Herzen. Keine Frage also, dass er auch bei diesem Projekt mitwirkt.

Konzentration auf Weligama

Das Netzwerk konzentriert sich dabei auf eine Region in Sri Lanka. Weligama liegt am Südpol der Insel und wurde durch die Tsunami-Welle enorm beschädigt. In Weligama lebt seit über zwölf Jahren das deutsche Ehepaar Thomas und Heike Gerbracht. Die beiden wanderten aus, um in Sri Lanka Land zu erwerben und biologisch zu bewirtschaften. Heute bauen sie erfolgreich tropische Früchte wie Ananas, Mango oder Papaya an. Ihre Farm, Target Agriculture, liegt auf einem Hügel drei Kilometer landeinwärts und wurde von der Welle verschont.

Hilfe für die Betroffenen

Das Ehepaar legte nach der Katastrophe aber nicht die Hände in den Schoß, sondern startete noch am gleichen Tag eine umfassende Hilfsaktion. „Am Anfang ging es schlicht und ergreifend darum, Menschen mit Lebensmitteln, Wasser, Zelten, Decken, also dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Nun schauen wir in die Zukunft und wir möchten einem Teil der Betroffenen helfen, sich wieder eine Existenz aufzubauen“, erklärt Thomas Gerbracht. Konkrete Pläne gibt es auch schon. Das Ehepaar Gerbracht

bemüht sich derzeit um die staatliche Unterstützung eines Dorfes in Warakapitiya bei Weligama. Dort sollen unter Berücksichtigung aller Erfahrungen und Fakten fünfzig Häuser, eine Gebetsstätte, eine Biomasse-Anlage und die dazu gehörige Infrastruktur entstehen. Die Regierung wird dafür eine Fläche von zwei Hektar Land zur Verfügung stellen.

Den Bewohnern des künftigen Dorfes wird auch Land zum Anbau von Biofrüchten angeboten. Thomas Gerbracht wird den Bauern das auf seinen Plantagen gezogene Pflanzmaterial kostenlos liefern, sie mit Know How unterstützen und die erzeugten Früchte zu fairen Preisen garantiert abnehmen. Die Kosten für die Biozertifizierung nach EU Richtlinien 2092/91 übernimmt Target Agriculture.

Vision für die Zukunft

„Ich denke, wir sind eindeutig in der Verantwortung, dort Hilfe zu leisten, wo sie wirklich notwendig ist und einen Weg in die sichere Existenz bietet. Bei diesem Projekt wird das vorbildlich umgesetzt“, so der 2. Bürgermeister von Unterhaching Volker Panzer. Auch die Gemeinde nimmt an der Umsetzung des Projektes teil.

Die Tengelmann AG bietet das Wiesenheu in allen Märkten, in denen UNSER LAND Produkte gelistet sind an und ermöglicht so den Verkauf zum Wohle der Menschen in Weligama. „Es macht Sinn, ein konkretes Projekt zu fördern, bei dem die Wirkung eingesetzten Mittel überprüft werden kann“, Peter Koch, Regionsmanager der Tengelmann AG das Engagement des Unternehmens.

Das Netzwerk UNSER LAND steht in einem engen



Rosi Mittermeier und ihr Ehemann Christian Neureuther unterstützen das Netzwerk UNSER LAND und auch das Sri Lanka Projekt (v.l.): Peter Koch, Regionsmanager Kaiser's Tengelmann AG, Erich Klas, Landwirt, Rosi Mittermeier, Volker Panzer, 2. Bürgermeister der Gemeinde Unterhaching.



Einig sind sich die Landräte Hubert Hafner, Günzburg (links), und Leo Schrell, Dillingen (2. von rechts), mit den vielen Gestaltern und Besuchern des „Tages der Region“ in Günzburg: Dies muss eine Dauereinrichtung, mit weitreichender Ausstrahlung bleiben. Bild: -jdt-

Vielseitige Eindrücke aus dem Schwäbischen Donautal

Rund 8000 Besucher beim „Tag der Region“

Günzburg (jdt). Ein Erfolg war der zum dritten Male organisierte „Tag der Region“ für das „Schwäbische Donautal“ und die Landkreise zwischen Donau-Ries und Neu-Ulm im Freizeitpark Legoland. Vielfältig präsentierten sich mit abwechslungsreichen Sonderschauen und Aktionen die Kommunen, Vereine, Schulen, Behörden, Firmen, Musikkapellen und Künstler. Erfolgreich demonstriert wurde, wie lohnenswert es ist, die Heimat zu entdecken.

Vielfach scheint die Erkenntnis zu wachsen, auch im Blick auf die rund fast 8000 Besucher (über 2000 mehr als beim „Tag der Region 2004“ an gleicher Stelle): „Warum denn in die Ferne schweifen“. Das Donautal ist gespickt mit Attraktionen, mit kulturellen Sehenswürdigkeiten und vielen Schmankeleer zur Stärkung von Leib und Seele.

Gemeinsame Stärke

Zum Beginn des „Tages der Region“ bekräftigte der Günzburger Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, im Blick auf das wachsende Selbstbewusstsein in der „Familien- und Kinderregion“ des Kreises Günzburg und seiner Nachbarkreise: „Gemeinsam sind wir stark“. Dies betonten auch die Landräte Hubert Hafner, Günzburg, und Leo Schrell, Dillingen (auch Vorsitzender von „Donautal-Aktiv“), die Geschäftsführerin von Regionalmarketing Günzburg, Dagmar Debus, und die Geschäftsführerin von Legoland Deutschland, Lotte Franch-Wamborg.

Gute Zusammenarbeit

Ein Lob galt übereinstimmend der guten Zusammenarbeit, auch mit den zwei „Do-

nautal-Aktiv“-Regionalmanagern, Lothar Kempfle und Giorgio Demartin.

Aus „Großmutter Kastle“

Zu den Besonderheiten der Veranstaltung gehörten Vorstellungen des Ferienlandes Donau-Ries, des Heilbades Krumbad, Brauchtum, See-Camping im Donautal, die Nutzung eines „Bauernhofes als Klassenzimmer“ (Stettendorf bei Mödingen) und die Gesundheitsvorsorge im Naturheilverfahren. Regionalmarketing Günzburg und der Kreisverband Günzburg des Hotel- und Gaststättenverbandes luden die Besucher zur Mitgestaltung eines Kochbuches aus „Großmutter Kastle“ ein.

Neuer Freizeitführer

Rechtzeitig zum „Tag der Region“ vorgestellt wurde der 210 Seiten starke, reich bebilderte und mit Kartenmaterial ausgestattete neue Rad- und Freizeitführer „Schwäbisches Donautal: Entdecken und Erfahren.“ Zusammengefasst sind Vorschläge zum Entdecken der Heimat, Kulturelles, Historisches, Kulinarisches, alles in allem eine reizvolle Erlebniswelt entlang der Donau.



Diskutierten die Ausrichtung der Arbeit des Naturparkvereins (v. l.): Wolf Weber, Forstamtsleiter in Schwabmünchen, Naturparkgeschäftsführer Werner Platteder, Naturparkvorsitzender Landrat Dr. Karl Vogele, Forstpräsident Günter Biermayer, Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert, Karlheinz Klopfer von der Stadt Augsburg und Landrat Hermann Haisch (Unterallgäu).

„Naturpark Augsburg - Westliche Wälder e.V.“:

„Die Naturparkidee bleibt modern“

Vorstand bekräftigt Bedeutung des Naturparks als naturnaher Erholungsraum

Immer mehr Menschen nutzen die Natur als Erholungs- und Tourismusraum. Gleichzeitig wird der Ruf nach mehr Naturschutz lauter. Nun traf sich der Vorstand des „Naturpark Augsburg - Westliche Wälder e.V.“, um die künftige Ausrichtung des Vereins zu diskutieren.

Der Vorsitzende Landrat Dr. Karl Vogele sowie Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert, Forstpräsident Günter Biermayer, Landrat Hermann Haisch und Naturparkgeschäftsführer Werner Platteder beschlossen auch einige Projekte zur Vermittlung des geschichtlichen und landschaftlichen Reichtums.

Geplant sind unter anderem ein neuer Radtourenprospekt sowie die Verlängerung des Radweges „Via Julia“, einer antiken römischen Straße, die von Italien über Salzburg bis nach Augsburg führt, durch den Naturpark bis nach Günzburg. Im Bereich

Landschaftspflege steht insbesondere das „Projekt Deuringen“ auf der Wunschliste. Ziel ist es, den ehemaligen Truppenübungsplatz der Amerikaner am Rande des kleinen Ortes als Freifläche zu erhalten und zu schützen. Außerdem wird ein vom Naturparkverein unterstützter Naturerlebnistag „Augsburger Land“ stattfinden.

In Zusammenarbeit mit dem Landschaftspflegeverein Landkreis Augsburg und der Stadt Bobingen werden am Sonntag, 5. Juni, dem Tag der Umwelt, bei Reinhartshausen Naturführungen, Kinderaktionen und Infostände geboten. Zudem wird in

Welden in Gemeinschaftsarbeit mit der Regio Augsburg Tourismus GmbH, der Gemeinde und den „Ganghofer Freunden“ eine Ausstellung über Ludwig und August Ganghofer vorbereitet.

Mit Blick auf die künftige Gestaltung der Naturparkarbeit sprach sich Vogele sowohl für eine Natur erhaltende Landschaftspflege als auch Naherholung aus. Es sei der richtige Weg, die Bedürfnisse der Natur mit denen der Menschen in Einklang zu bringen, ergänzte Platteder. Haisch erachtet das Zusammenspiel von Mensch und Natur gerade in einer ballungsraumnahen Kulturlandschaft, anders als in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet, für wichtig. Die Naturparkidee sei hier deshalb zeitgemäß.

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer, Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bündnis für Familien im Landkreis Fürth:

Leitbild Familienpolitik vorgestellt

„In vielen Gesprächen und Diskussionen mit Vertretern von Verbänden, Kirchen und Gemeinden hat der Landkreis Fürth ein Leitbild für Familien entwickelt, das vor allem eines deutlich machen soll: Familien haben im Landkreis Fürth Verbündete“, so Landrätin Dr. Gabriele Pauli bei der Vorstellung des Leitbildes Familienpolitik.

Im Auftrag des Kreistages hat die Projektgruppe Familie des Vereins „1-2-3“ in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung schriftlich die wichtigsten Ziele fixiert, die zur Stärkung der Familien im Landkreis in den nächsten zehn Jahren beitragen sollen.

Das Leitbild wurde Ende Januar vom Kreistag genehmigt und ist nun auch die offizielle Richtschnur für die künftige Familienpolitik vor Ort. Im Wesentlichen wurden dabei die von Bayerischen Landkreistag erarbeiteten familienpolitischen Aussagen aus dem Jahr 2000 zusammengefasst.

Viele Meinungen in Einklang gebracht

„Roßbals Bürgermeister Maximilian Gaul als Vorsitzender des Unterausschusses Jugend und Familie, hat mit viel Geduld und Sachverstand eine Vielzahl von Meinungen und Wünschen in den letzten Monaten in Einklang gebracht. Es liegt jetzt an uns allen, die guten Gedanken und Ideen umzusetzen“, erläuterte die Landrätin. Das fast 30-seitige Dokument kann auf der Homepage des Landkreises Fürth unter www.landkreis-fuerth.de abgerufen werden. In begrenzter Stückzahl wird es das Leitbild auch als gedruckte Broschüre geben.

Klare Ziele

Die Ziele des Landkreises für Familien sind darin klar und verständlich aufgelistet. Die Fa-

Hohe Gründungsdynamik:

Oberfranken an der Spitze

Bayreuth (fpo) - Staatsminister Dr. Werner Schnappauf äußerte sich erfreut über die hohe Gründungsdynamik insbesondere im östlichen Oberfranken. „In der Gründungsintensität sind wir in Deutschland ganz vorne dabei. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass Oberfranken den Strukturwandel aktiv anpackt und die Herausforderungen durch Eigeninitiative angeht“, sagte Minister Schnappauf, zugleich Vorsitzender des Forums Oberfranken, anlässlich der aktuellen Veröffentlichung des Global Entrepreneurship Monitor (GEM).

Rund 37.000 Befragte

Das Deutschlandteam des GEM unter der Leitung von Prof. Rolf Sternberg/Universität Köln befragte für den Länderbericht 2004 rund 37.000 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger, um eine genaue Darstellung der Gründungsintensität hierzu zu bekommen.

Unter den 97 deutschen Raumordnungsregionen wurde Oberfranken-Ost bei der erhobenen Quote zur Gründungsintensität auf einem hervorragenden 6. Platz eingestuft. Die Quote misst den Anteil der Existenzgründer und derer, die sich in naher Zukunft selbstständig machen wollen an der Gesamtbevölkerung. **fpo**

milienpolitik des Landkreises Fürth will demnach

≪ Lobby für Familien sein
≪ Familien annehmen wie sie sind
≪ Familien einladen sich aktiv zu beteiligen

≪ die sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und ökonomischen Strukturen sichern und stärken

≪ die Entscheidung für ein Leben mit Kindern durch kinderfreundliche Rahmenbedingungen erleichtern

≪ die Vermittlung von Wissen und pädagogischer Kompetenz für Eltern bei der Bewältigung ihrer Erziehungsaufgaben unterstützen

≪ die Selbsthilfekräfte in Familien und Nachbarschaften sowie in Familieninitiativen und Selbsthilfegruppen stärken
≪ auf ein familienfreundliches Klima hinwirken und jungen Menschen verlässliche Strukturen für ihre Lebensplanung bieten.

Deutliche politische Aussage

Auch die politische Aussage des Leitbildes sei deutlich, betont die Landrätin: „Familien tragen hier erheblich dazu bei. Sie vollziehen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen aktiv mit. Sie sind durch ihre Erziehungsauf-

gaben maßgeblich daran beteiligt, die jungen Menschen auf das Erwerbsleben vorzubereiten. Neben sozialen Kompetenzen ist der Erwerb und die lebensbegleitende Erweiterung berufsbezogener Qualifikationen eine wichtige, von Familien unterstützte Aufgabe.“

Der Landkreis Fürth hat jedoch auch schon in der Vergangenheit vorbildlich familiäre Belange beachtet. So beim Abfallkonzept 2000 plus, bei der Schulbedarfsplanung, im Kindergartenbereich und in der Jugendhilfeplanung.

Erhoffte Übernahme

„Wir hoffen, dass auch unsere 14 Landkreisgemeinden das Leitbild Familienpolitik für ihren Geltungsbereich übernehmen. Erst dadurch wird das Stück Papier zu einem Bündnis, das in der Praxis besteht“, so Gabriele Pauli. In einer Bürgermeister-Dienstbesprechung wurden die im Leitbild enthaltenen Punkte bereits den Rathauschefs erläutert.

Netzwerke berücksichtigen

Künftige Initiativen zur Umsetzung des Leitbildes, so hat es der Kreistag beschlossen, werden vom Unterausschuss Jugendhilfeplanung erarbeitet, der künftig den neuen Namen „Jugend und Familie“ führen wird. Vorhandene Netzwerke und gemeindliche Strukturen sollen bei allen Maßnahmen berücksichtigt werden. **DK**

Erfolgreiche Hallertauer Messe 2005

Gewaltig war die Resonanz der Hallertauer Messe 2005 in Pfaffenhofen vom 1 bis 4. April. Etwa 130 Aussteller nutzten die Messe als Plattform, um sich, ihre Produkte und Dienstleistungen vorzustellen. Damit zeigte sich auch, wie wichtig solche Gewerbeschauen wie die Hallertauer Messe für Betriebe und Unternehmen sind und wie stark die Wirtschaft in Stadt und Landkreis vertreten ist.

Handwerk & Handel bildeten einen Schwerpunkt auf der Hallertauer Messe. Die zahlreichen Betriebe und Unternehmen aus dem Landkreis informierten hierbei insbesondere über Innovationen in den Sparten, wie Bauen und Renovieren, Fenster und Türen, Balkone, Elektro- und Haustechnik, Inneneinrichtungen, Garagen, Garten und Gartenbedarf, Wintergärten, Heizungsanlagen, Sauna, Schwimmbadeinrichtungen und Swimming-Pools, Küchen, Wasseraufbereitung, Fliesen, Holzbau und Zimmerei.

Präsente Autohäuser

Auch zahlreiche Autohäuser und Autohändler aus Pfaffenhofen und dem Landkreis waren auf der Hallertauer Messe vertreten. Dabei wurden nicht nur die neuesten Pkw-Modelle gezeigt, sondern im Besonderen auch neue Technologien wie z.B. erdgasangetriebene oder solarbetriebene Fahrzeuge vorgestellt.

„Information & Dienstleistung“

Einen weiteren Schwerpunkt auf der Messe bildete der Bereich „Information & Dienstleistung“. Hier informierten Finanzdienstleister und Versicherungen über ihre Serviceleistungen. Auch der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Pfaffenhofen (AWP) war auf der Messe vertreten und gab dort den Besuchern ausführlich Auskunft über Trennpflichten und Gebührenveranlagungen.

Zudem präsentierten soziale Einrichtungen wie der Weiße Ring, der Sozialverband VdK oder das Bayerische Rote Kreuz ihre Organisation sowie ihr Leistungsspektrum. Darüber hinaus stellte das Röhrich Seniorenheim den neu gegründeten Kooperationsverbund I.S.A für Pflegebedürftige in der Region 10 vor. Auch die Regens-Wagner-Werkstätten waren auf der Messe vertreten.

„Gesundheit & Wellness“

Selbstverständlich war der Bereich „Gesundheit & Wellness“ ein fester Bestandteil der Hallertauer Messe. So waren neben einem Fitnessstudio auch Augenoptiker, Hörgerätekundiker, Bettengeschäfte und Sanitätshäuser mit ihren Produkten rund ums „Wohlfühlen“ mit dabei.

Vielfältiges Rahmenprogramm

Auch für das Rahmenprogramm ließen sich die Organisatoren einiges einfallen: Von Vorträgen, Helikopter-Rundflügen über Tanzvorführungen bis hin zu einem Konzert mit C. B. Green und einem Auftritt der Stachelbären zum Frühschoppen am Sonntagmorgen war für jeden Geschmack etwas dabei. Ebenfalls am Sonntag eröffnete Pfaffenhofens Landrat Rudi Engelhard persönlich die Ausstellung „Kinderstube des Waldes“ der Jägervereinigung Landkreis Pfaffenhofen und beantwortete Fragen rund um die Themenbe- reiche Wald und Jagd. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Da bauscht die Presse den Feinstaub zum neuen ‚Schwarzen Tod‘ auf und ausgewählte Politiker spielen vor aller Öffentlichkeit ‚Schwarzer Peter‘.“ Mein Chef, der Bürgermeister, wunderte sich einmal mehr über die Hysterie, mit der in Deutschland über umweltpolitische Fragen diskutiert wird.

Der Feinstaub raubt uns den Atem, der vor einem Jahr noch Teil des Alltags war und heute ein heimtückischer Killer ist. Leute kommen in den Zeitungen zu Wort, die zwanzig Jahre an Hauptverkehrsstraßen wohnen und jetzt urplötzlich merken, dass es da staubt. Der Dieselmotor, lange Jahre als ökologisch vorteilhaft, da sparsam gerühmt und gefördert, wird als neuer Nebukadnezar gebrandmarkt, der Alte und Kinder tötet. Dabei besteht der Feinstaub in München zu einem großen Teil aus Streusalzresten.

Hysterische Diskussion um den Feinstaub

Der Landesminister musste seinen Urlaub unterbrechen, weil in der Landeshauptstadt passiert ist, was in Athen, London und 14 italienischen Städten schon Anfang Februar eintrat: Ein Schwellenwert wurde überschritten. Der Bundesminister unkt über ein europäisches Vertragsverletzungsverfahren, das 24 andere Länder schon abgewendet haben. Trittin hätte da Bundesweichtschpülminister Eichel fragen sollen, wie man so was macht. Und alle zusammen zeigen auf die Stadt. Die Kommunalpolitiker, die keinen Einfluss auf EU-Richtlinien haben, die keine Gesetze machen können und denen man den Vollzug einfach vor die Füße kippt, müssen sich in der Zeitung als hilflose Zuschauer der Apokalypse brandmarken lassen. Aber was sollen Sie denn machen? Fahrverbote ohne Rechtsgrundlage anordnen? Den Einbau von Dieselfiltern durch Rabatte bei der Grundsteuer fördern?

Dabei sind doch alle vorgeschlagenen Maßnahmen von zweifelhaftem Nutzen. Fahrverbote gibt es in Italien und Griechenland, mal als Sonntagsfahrverbot, mal als Kennzeichenroulette, bei dem abwechselnd die geraden und ungeraden Nummern fahren dürfen. Bringen tut es nix außer Bürokratie und Erschwernisse für die Bürger, die sich stinkende Klapperkisten als



Zweitwagen mit anderer Nummer anschaffen, um weiter mobil zu bleiben. Die Luft wird nicht besser, denn die dortigen Busse sind in der Regel richtige Dreckschleudern (und dass der Brauch, an der Endhaltestelle den Motor nicht abzustellen, aufgegeben wurde, glaube ich auch nicht). Oder die Citymaut. London kassiert pro Einfahrt in die Innenstadt acht Euro ab, hat aber einen niedrigeren Anteil an ÖPNV als München.

Schließlich die Förderung von Rußfiltern. Bis dato eine reine Subvention der französischen Automobilindustrie, denn nur unsere gallischen Nachbarn rüsten ihre Wagen serienmäßig damit aus. Die Deutschen haben es schlicht verpennt. Beziehungsweise: Bei den Franzosen hat die bewährte Einheit von Politik und Industrie funktioniert. Französische EU-Beamte informieren ihre Regierung über neue Entwicklungen und diese gibt sie an die Verantwortlichen in der Wirtschaft weiter. Wenn ein Deutscher zur EU kommt, verlangt er erst mal Verschärfungen, die wir dann ausbaden dürfen (siehe Feinstaub) oder er macht gleich Verordnungen gegen die deutschen Interessen, wie Verheugen bei der Dienstleistungsrichtlinie.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist vorerst froh, dass wir im Städtchen keine Messstation haben. Und wenn eine kommt, will er ein italienisches Modell: Die wollen die Ansaugstutzen für den Feinstaub in Zukunft nämlich nicht wie die Deutschen knapp über dem Boden anbringen, sondern weiter oben, wo sich das Zeug in der Luft schon etwas verteilt hat. Aber klar ist auch: Künftig kommen soweit möglich nur noch Erdgasfahrzeuge in den städtischen Fuhrpark und die Anschaffung des neuen Dienstwagens wird auch verschoben, bis der Dieselfilter serienmäßig ist. So hat auch die hysterischste Diskussion ihre fruchtbarsten Folgen. Zum Nachdenken lege ich dem Chef einen Satz von Giovanni Guareschi auf dem heutigen Kalenderblatt hin: „Politik besteht nicht selten darin, einen einfachen Tatbestand so zu verkomplizieren, dass alle nach einem Vereinfacher rufen.“

the
Sabrina

Erfolgreiches LEADER+-Projekt:

„Schulnetz Auerbergland“

Zum Ende der LEADER-Projektförderung und zum zweijährigen Bestehen des Schulnetzes Auerbergland wurde in der Volksschule Lechbruck im Landkreis Ostallgäu ein großer Aktions- und Fortbildungstag für Lehrkräfte der Auerberglandschulen veranstaltet. Neben detaillierten Informationen über das Schulnetz Auerbergland und dessen Angebote gab es Workshops zu einzelnen Aktionen und Online-Aktivitäten des Schulnetzes. Darin wurden die didaktische Umsetzung der Unterrichtsziele und der praktische Einsatz der Angebote im Unterricht demonstriert. Auch praktische Übungen im „Selbstversuch“ waren Teil der Workshops. Am Aktionstag nahmen neben den Lehrkräften auch Vertreter der Regierungen von Schwaben und Oberbayern, Vertreter der Schulämter sowie Bürgermeister des Auerberglandes teil.

Im virtuellen „Schulnetz Auerbergland“ sind heute 18 Schulklassen aus 10 Grund-, Teilhauptschulen, Hauptschulen und einer Förderschule aus dem Landkreis Weilheim-Schongau, Regierungsbezirk Oberbayern und dem Landkreis Ostallgäu, Regierungsbezirk Schwaben, miteinander verbunden. Vor fünf Jahren noch waren freilich die Probleme ganz andere. Damals galt es, an den ländlichen Grundschulen in der Region Auerbergland erst einmal die nötige technische Infrastruktur für die Arbeit der Schüler mit Computern zur Verfügung zu stellen. Unter anderem unterstützt durch das Telezentrum Herzogsägmühle wurden, meist mit gebrauchten und gespendeten Computern, und verbunden mit viel persönlichem Engagement, an den Schulen die ersten Computer und Computernetzwerke mit Internetzugang etabliert.

Heute sind diese Schulen in der Regel relativ gut mit EDV-Systemen ausgestattet. Allerdings fehlt es jetzt häufig an

pädagogischen Konzepten, wie der Umgang mit den Neuen Medien auch in Grund- und Teilhauptschulen den Kindern nahegebracht werden kann und wie sich Lehrer durch die neuen Möglichkeiten des Internet in Ihrer Arbeit gegenseitig unterstützen können. Das Projekt „Schulnetz Auerbergland“ hat hier konkrete Lösungsansätze erarbeitet und verknüpft diese gleichzeitig mit dem Konzept regionaler Identität.

Stufenkonzept

Initiiert und begleitet von dem Computermedienpädagogen Andreas Kurz sowie den Lehrkräften Sabine Saalwith und Franz Mödl wurden in einem Stufenkonzept praktische Methoden der internetgestützten Unterrichtsgestaltung, Kommunikation und Interaktion entwickelt und angeboten. In einer ersten Versuchsphase bis Sommer 2003 waren dies sogenannte Fortsetzungsgeschichten, die zusammen über das Internet von unterschiedlichen Schülern ge-

schrieben werden, sowie eine Wissens-Rallye für alle beteiligten Schulen. Dabei stellten Schüler ihren Mitschülern über das Internet Fragen zum Thema „Geschichte des Auerberglandes“, die diese wieder über das Internet beantworteten. Unterstützung erhielten die teilnehmenden Lehrer über Mailinglisten und Internetforen. Diese Phase wurde begleitet von der Initiierung und Schulung eines Koordinatorenkreises von Lehrern der beteiligten Schulen, sowie durch eine enge Kooperation mit dem Arbeitskreis „Neue Medien“ des Auerberglandes und der Nutzung der Auerbergland-EDV-Ressourcen.

Die guten praktischen Erfahrungen in der Umsetzung sowie ein stabiler Koordinatorenkreis waren am Ende der Testphase das Grundgerüst für eine weitere Fortschreibung der inhaltlichen Arbeit in Form eines durch die EU kofinanzierten LEADER+-Projektes der Region Auerbergland. Die weiteren Entwicklungsschritte des Projektes bestanden zum einen in der Erstellung einfach zu bearbeitender Homepages für die Schulen auf dem neuen Poolserver des Auerberglandes - das Projekt Datenpool. Zum anderen entstanden virtuelle Galerien von Schülerbildern im Internet, ein Schulnetz-Workshop für alle interessierten Lehrer der teilnehmenden Schulen, diverse EDV-Schulungen, sowie Aktionen um die Dorfkulturtage im Herbst 2003. **DK**

Niederpöcking/Rosenheim:

Kinderbetreuung für Gesunde und Behinderte

Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu schaffen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Leider steht bislang noch keine einheitliche Versorgung für Kinder mit Behinderung zur Verfügung. Besondere Unterstützung bekommen betroffene Eltern von der Rosenheimer Bürgermeisterin Gabriele Bauer. „Auch in Zeiten finanzieller Engpässe ist es wichtig, dass es Betreuungsmöglichkeiten für alle Kinder gibt, für gesunde, aber auch für behinderte“, sagte sie anlässlich der Feierlichkeiten zur Erweiterung des heilpädagogischen Kindergartens Sonnenschein, einem konduktiven Förderzentrum zur Behandlung von Kindern mit cerebraler Bewegungsstörung.

Seit elf Jahren versucht der Niederpöckinger Verein FortSchrift die Versorgungslücke für cerebral geschädigte Kinder zu decken. In dieser Zeit sind bundesweit rund 40 Vereine mit angegliederten heilpädagogischen Tagesstätten entstanden, in denen die Kinder nicht nur fachgerecht betreut, sondern darüber hinaus nach der ungarischen Petö-Methode behandelt werden.

Problem Randgruppe

Der Schwerpunkt der Einrichtungen, die mit Hilfe von Elterninitiativen aufgebaut wurden, liegt in Bayern. Hier erfährt der Verein nach Angaben von Peter von Quadt, Bundesvorsitzender und Geschäftsführer der gemeinnützigen GmbH, die größte Unterstützung. In Oberbayern übernimmt der Bezirk die Behandlungskosten, da die Petö-Methode von den

Krankenkassen nicht anerkannt wird. „Wir haben das Problem, das es eine Randgruppe betrifft, die bei der Betreuung vergessen worden ist, sagte Quadt.“

Bereit zur Spende

Als vor zwei Jahren die Versorgungslücke für rund 20 betroffene Kinder in Rosenheim geschlossen werden sollte, fand der Verein große Unterstützung bei Bürgermeisterin Bauer. Da öffentliche Mittel nur sporadisch fließen, hat sie kurzerhand Sponsoren geworben. Aufgrund ihres Engagements ist eine private Spendenbereitschaft für die Tagesstätte entstanden, die bayernweit ihresgleichen sucht.

Barrierefreies Denken zulassen

„Wir dürfen nie nachlassen barrierefreies Denken in unseren Köpfen zuzulassen“, erklär-



Die CSU-Bundestagsabgeordnete Daniela Raab (li.) und die Rosenheimer Bürgermeisterin Gabriele Bauer (r.) unterstützen die Initiative zur Frühförderung von Kindern mit cerebraler Behinderung in den heilpädagogischen Tagesstätten des Vereins FortSchrift, hier im Bild mit dem Bundesvorsitzenden Peter von Quadt.

te sie. In Zeiten, in denen finanzielle Belastungen immer stärker auf die Kommunen abgewälzt würden, schaffe man Hilfe nur durch den gemeinsamen Einsatz für die Kinder. Sie hoffe, dass der Frühförderung durch den Verein FortSchrift schulische Leistungen ent-

Aufnahme in Regelschule

Diese Bestrebungen gibt es bereits. Von zehn Kindern, die in heilpädagogischen Tagesstätten zur konduktiven Frühförderung betreut wurden, können jedes Jahr vier bis sechs in einer

Regelschule eingeschult werden. Im kommenden Schuljahr können betroffene Kinder die Grundschule in Rohrdorf besuchen. Gleichzeitig werden sie dort ganztags betreut und konduktiv gefördert.

Ein bayernweit einmaliges Projekt

„Das ist bayernweit ein einmaliges Projekt“, freute sich die CSU-Bundestagsabgeordnete Daniela Raab, die das Engagement des Vereins FortSchrift bundesweit unterstützt und um die Anerkennung bei den Krankenkassen kämpft.

Die grünen Seiten des Freilichtmuseums Glentleiten

Das Freilichtmuseum Glentleiten des Bezirks Oberbayern errichtet auf dem Gelände der Bundesgartenschau (BUGA) in München einen Bauerngarten nach historischen Vorbild. Dieses Engagement ist Anlass für das Museum, das Thema „Kulturlandschaft“ in den Mittelpunkt der Aktionen in diesem Jahr zu stellen. Mit Sonderausstellungen und Veranstaltungen wird die Frage nach den verschiedenen Aneignungsformen von Natur und deren Bedeutung für den Menschen thematisiert.

Vom 8. - 17.4. gibt es eine Ausstellung seltener, historischer Blumenzwiebeln und ihrer Geschichte zu sehen. Am 25. 6. wird die Sonderausstellung „Kleine Paradiese? - Einblicke in Nachbars Garten“ eröffnet. Sie dokumentiert Beispiele aktueller Gartennutzung, zeigt einen Rückblick auf die Gartenentwicklung im 20. Jahrhundert und verdeutlicht, wie unterschiedlich die Nutzung und Bedeutung des privaten Gartens sein kann. Vom 30. 7. - 7. 8. werden historische Gemüsearten und Heilpflanzen gezeigt, am 17./18. 8. in einer Ausstellung regionale Obstsorten.

Durchdachte Komposition

Darüber hinaus bietet das Freilichtmuseum im Freigelände eine durchdachte und geschichtlich korrekte Komposition von historischen Gebäuden, Gärten und Kulturlandschaft. Ausgehend von einem detaillierten Landschaftspflegekonzept werden typische Elemente der voralpinen Kulturlandschaft gezeigt, wie sie noch bis in die 50er Jahre in Oberbayern existierten: Neben Bauerngärten gehören dazu Obstgärten, Felder und Wiesen, verschiedene Weideflächen wie Hutungen und Waldweide, aber auch Streuwiesen. In der historischen Gartenreihe wird die Entwicklung des Bauerngartens seit dem Mittelalter bis heute ge-

zeigt. Außerdem werden hier alte und fast vergessene Gemüsearten, Heil-, Gewürz- und Färbepflanzen angebaut.

Auf den Weiden sehen Besucher historische Tierrassen wie das Pinzgauer Rind, das Schwäbisch-Hallische Schwein oder das Stein- und Brillenschaf. Ein Lehrpfad unter dem Motto „Was wächst denn da?“ macht die Besucher mit dieser historischen Kulturlandschaft und den alten Tierrassen vertraut.

Stressfrei erreichbar

Das Freilichtmuseum Glentleiten ist stressfrei und preiswert mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen: Mit dem Werdenfels Ticket kann ein Erwachsener einen Tag lang im Werdenfels beliebig oft für nur 9 Euro Bus und Bahn fahren und mit dem BayernTicket kommen fünf Personen für nur 24 Euro aus Bayern ins Museum und wieder zurück. Vom Bahnhof in Kochel am See gibt es (im Sommerfahrplan) einen direkten Busanschluss des Regionalverkehrs Oberbayern (RVO) ins Museum.

Wer mit dem Auto anreisen muss, kann das Museum über die Autobahn München - Garmisch-Partenkirchen, Ausfahrt Murnau/Kochel erreichen. Anfragen unter Telefon 08851/185-0 oder in Internet unter www.glentleiten.de.

Vorschau auf GZ 8

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 8, die am 21. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ≪ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- ≪ Schulungen
- ≪ Kommunale Büchereien